

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/43
03.11.20

43. Sitzung

am 03. November 2020, 09.00 Uhr, in der Saarlandhalle
Saarbrücken

Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 13.10 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

Es fehlt:

Abg. Eder-Hippler (SPD)

Begrüßung zur 43. Plenarsitzung (Sondersitzung) in der Saarlandhalle	3178	Abg. Funk (CDU).....	3199
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	3178	Ministerin Rehlinger.....	3201
Gedenken an die Opfer der islamistischen Terroranschläge	3179	Abg. Hecker (fraktionslos).....	3207
Änderung der Tagesordnung	3179	Abg. Berg (SPD).....	3208
Geburtstagsglückwunsch	3179	Abg. Müller (AfD).....	3210
Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Tobias Hans zum Thema „Es kommt auf jeden Einzelnen an - Entschlossen und solidarisch der gesundheitlichen Notlage entgegenzutreten“	3179	Abg. Scharf (CDU).....	3211
Ministerpräsident Hans.....	3179	Abg. Dr. Jung (SPD).....	3213
1. Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Saarländischen COVID-19-Maßnahmengesetzes (Drucksache 16/1475)	3185	Abg. Heib (CDU).....	3214
Präsident Toscani zur Begründung.....	3185	Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	3215
2. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schließung von Gastronomie und Kultur-Einrichtungen rückgängig machen - Amateur-Sportvereine mit Profi-Sportvereinen gleichstellen (Drucksache 16/1477)	3187	Ministerin Bachmann.....	3216
3. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Schließung von Restaurants, Gaststätten, Theatern und das Verbot von kulturellen Veranstaltungen, die alle ein Hygienekonzept vorweisen können, wird sofort aufgehoben (Drucksache 16/1476)	3187	Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1475, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (VR)	3218
Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1477	3187	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1477, Ablehnung des Antrages	3218
Abg. Commerçon (SPD).....	3193	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1476, Ablehnung des Antrages	3218
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1476.....	3197		
		Präsident Toscani:	
		Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung des saarländischen Landtags. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser Sondersitzung unseres Parlaments. Es ist die 43. Landtagssitzung in der laufenden Legislaturperiode.	
		Herr Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 29. Oktober eine Sondersitzung des Landtages beantragt, um heute Morgen eine Regierungserklärung abzugeben. Der Titel der Regierungserklärung lautet: „Es kommt auf jeden Einzelnen an - Entschlossen und solidarisch der gesundheitlichen Notlage entgegenzutreten“.	
		Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD haben am gleichen Tag ebenfalls eine Sondersitzung des Landtages gemäß Art. 68 Satz 3 Verfassung beantragt, um über die Tragweite der aktuellen Verordnung der Landesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu debattieren. Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag entsprechend für heute Morgen, 09.00 Uhr, einberufen.	
		Im Mittelpunkt unserer heutigen Sondersitzung stehen die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Diese	

(Präsident Toscani)

Corona-Krise trifft nicht nur uns in Deutschland, sondern auch viele Länder in der Welt, insbesondere auch unsere europäischen Nachbarländer. Manche trifft es sogar noch schwerer als uns.

Als ob dies nicht genug wäre, gab es in zwei unserer Nachbarländer in den letzten Tagen islamistische Terroranschläge. Gestern Abend sind bei einem offensichtlich islamistisch motivierten Anschlag in Wien vier Menschen ums Leben gekommen. In den letzten 14 Tagen ist auch Frankreich von einer Welle des Terrors überzogen worden. Ein Lehrer wurde auf offener Straße enthauptet, Gläubige wurden in einer Kirche beim Beten ermordet. Wir verurteilen diese Terroranschläge. Sie richten sich nicht nur gegen unschuldige Menschen, sondern gegen unsere Werte. Wir sind solidarisch mit den Nachbarländern Frankreich und Österreich. Wir denken an die Opfer. Unser Mitgefühl gilt unseren beiden Nachbarländern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich im Andenken an die Opfer von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. Es folgt eine Schweigeminute.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Lassen Sie mich kurz zwei Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen der heutigen Sitzung machen. Wie Sie sehen, haben wir die Sicherheitsabstände zwischen den einzelnen Tischen auf 2 Meter ausgedehnt. Das soll Ihnen zusätzlichen Schutz gewähren. Ich habe für die Ausschusssitzungen im Landtagsgebäude empfohlen, dass wir die Sitzung alle 30 Minuten für eine Lüftungspause unterbrechen. Das ist in der Saarländhalle nicht möglich, es ist aber auch nicht nötig, denn die vorhandene Klimaanlage sorgt für einen regelmäßigen Luftaustausch. Die verbrauchte Luft wird abgesaugt und frische Außenluft wird in den Saal hineingeleitet.

Noch eine Anmerkung zu unserer Tagesordnung. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Zwischenzeitlich sind aber weitere Tagesordnungspunkte hinzugekommen: Einmal eine Erste Lesung und zum anderen zwei politische Beschlussanträge, einer von der DIE LINKE-Landtagsfraktion, ein anderer von der AfD-Landtagsfraktion. Alle Tagesordnungspunkte, so war die Verständigung im Präsidium, haben die Corona-Krise als Thema.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, noch eine angenehme Pflicht. Unser Landtagskollege Marc Speicher aus Saarlouis hat heute Geburtstag. Er wird 36 Jahre alt. Ich darf im Namen des gesamten Hauses, aber auch persönlich alles Gute und herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag sagen.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beginnen mit der heutigen Plenarsitzung. Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe seiner Regierungserklärung. Das Thema lautet:

„Es kommt auf jeden Einzelnen an - Entschlossen und solidarisch der gesundheitlichen Notlage entgegenzutreten“

Ministerpräsident Hans:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Acht Monate leben wir jetzt schon in einem Ausnahmezustand. Die Corona-Pandemie hat in kurzer Zeit den gesamten Erdball erfasst. Wann und mit welchen Folgen sie an ihr Ende kommt, weiß niemand.

Eine erste Phase dieser Pandemie haben wir gut bewältigt. Aber jetzt wird es wieder stürmisch und ungemütlich. Die Pandemie hat eine Dynamik entwickelt, wie wir es noch vor wenigen Wochen, ja vor ein paar Tagen kaum für möglich gehalten hätten. Ich erinnere daran: Ende September warnte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass wir bis Weihnachten tägliche Neuinfektionen in Höhe von 19.000 befürchten müssen. Die Reaktion vielfach: ungläubiges Kopfschütteln über die vermeintlich unangebrachte Panikmache. Und wo, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir heute, sieben Wochen vor Weihnachten? - 19.059 Neuinfektionen meldete das RKI letzten Samstag.

Meine Damen und Herren, spätestens dann, wenn die Wirklichkeit der Phantasie davonläuft, muss uns bewusst sein: Die Lage ist ernst.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Die Lage ist nicht nur ernst, sondern sie ist dramatisch in ganz Europa. Die 7-Tage-Inzidenz erreicht zum Teil schwindelerregende Höhen: in Frankreich über 400, in Luxemburg, Belgien und Tschechien über 700. Auch wir sind längst im exponentiellen Wachstum der Infektionsentwicklung. Im 7-Tage-Mittel kommen inzwischen mehr als 14.000 Infektionen pro Tag hinzu. Der Höchstwert in der ersten Phase Anfang April lag bei circa 6.500. Die Zahl der Regionen in Deutschland, die den kritischen Grenzwert von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner in sieben Tagen überschritten haben, liegt - Stand 31.10. - bei 346. Noch nie zuvor lagen so viele der 412 Regionen in Deutschland gleichzeitig über dieser Obergrenze.

Bei uns im Saarland, liebe Saarländerinnen und Saarländer, meine Damen und Herren, ist es nicht besser. Bei uns betrug die Zahl der aktiv Infizierten am 01. Oktober 126. Am 31. Oktober waren es 2.189. Das ist mehr als das 17-Fache. Die Zahl ver-

(Ministerpräsident Hans)

doppelt sich fast wöchentlich. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen hat die 300er-Marke schon gebrochen. Die Höchstzahl in der ersten Phase betrug 179 am 02. April dieses Jahres. Und das ist nicht nur das Ergebnis von mehr Testungen - keinesfalls. Die Positivrate bei den Testungen steigt auch permanent an, ebenso die Zahl der Hospitalisierungen. Das wurde immer wieder angemerkt. Die Zahl der stationär behandelten COVID-19-Patienten ist von 3 am 01. Oktober auf 153 am 31. Oktober gestiegen. Das ist mehr als das 50-Fache. Die Zahl der intensiv Behandelten ist von 1 am 01. Oktober auf 36 am 31. Oktober gestiegen.

Dabei schlug sich das Infektionsgeschehen hier im Saarland über Wochen eben nicht in einer steigenden Sterberate nieder. Das ist gut. Die drei Wochen vom 29. September bis zum 19. Oktober blieb die Zahl der Todesfälle konstant bei 177 - und das, obwohl sich die Zahl der Infizierten in diesem Zeitraum bereits mehr als verachtfacht hatte. In den letzten zwei Wochen dann aber - und das treibt mich um - waren es fast 20 Verstorbene. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt: Zuerst kommt der Anstieg der Neuinfektionen. Dann steigen die Hospitalisierungen, und es kommt schließlich auch zu Sterbefällen. Das Virus lässt sich eben nicht auf jene Bevölkerungsgruppen eingrenzen, die eher mit leichten Verläufen rechnen können. Es lässt sich nicht auf eine harmlose Seite reduzieren. Irgendwann dringt es auch in die Gruppe der gefährdeten Menschen ein, wenn man die Ausbreitung nicht bremst. Irgendwann entfaltet dieses Virus eine bedrohliche Seite. Das ist nur eine Frage der Zeit.

Steigende Infektionszahlen - das zeigt die Entwicklung in den letzten Tagen - sind zuverlässige Vorboten tödlicher Krankheitsverläufe. Das zeigen uns auch die Simulationsmodelle, wie sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Klinischen Pharmazie an der Universität des Saarlandes entwickeln. Diese Simulationen sagen schon für diesen Monat eine Überlastung unseres Gesundheitssystems voraus.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns daher in einer akuten gesundheitlichen Notlage. Das muss jedem klar sein. Das sollte vor allem jedem klar werden, der heute noch meint, COVID-19 sei nicht schlimmer als eine Erkältung. Die Wahrheit ist: Die Lage droht uns zu entgleiten. Es drohen uns Verhältnisse, wie wir sie im Frühjahr etwa in Bergamo gesehen haben: überfüllte Krankenhäuser; als Notlazzarette eingerichtete Turnhallen; Ärzte, die entscheiden müssen, wer behandelt werden kann und wer nicht; Personal, das über der Belastungsgrenze ist. Es ist nichts mehr undenkbar. Im Gegenteil, wir sind leider, leider sehr viel näher an diesen Zuständen, als viele glauben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In der ersten Phase der Pandemie hat sich unser Gesundheitssystem noch bestens bewährt. Man konnte sehen, wenn man es mit dem in anderen Ländern vergleicht: Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Vor allem ist es gelungen, schnell notwendige Intensiv- und Beatmungsplätze auszubauen, sodass hier früh ein Engpass verhindert wurde. Was uns jetzt aber droht, und das ist in dieser Form neu, ist ein Engpass beim Pflegepersonal. Das, meine Damen und Herren, wird die Achillesferse in den kommenden Wochen sein - das Pflegepersonal.

Dabei stelle ich eines ganz klar: Es ist keinesfalls so, dass wir hier in den letzten Jahren untätig gewesen wären. Wir haben vor vier Jahren den Pflegepakt ins Leben gerufen und die Pflegeausbildung neu geregelt. Wir waren das erste Bundesland, das die zweijährige Ausbildung zum Beruf des Pflegeassistenten und der Pflegeassistentin geschaffen hat. Wir haben gemeinsam mit den Krankenkassen für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern gesorgt und ein Pflegestellenförderprogramm initiiert. Wir haben für das Bundesgesundheitsministerium die Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe, kurz DeFA, im Saarland angesiedelt, um ausgebildete Pflegefachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, und zwar selbstverständlich aus Ländern, in denen kein Mangel an diesen Kräften besteht. Die ersten Pflegekräfte aus Mexiko arbeiten schon seit Anfang Oktober in saarländischen Kliniken. Gerade hier im Saarland haben wir ganz intensiv daran gearbeitet, den Pflegenotstand in unseren Kliniken zu beheben.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen, vor die uns Corona nun stellt, waren in dieser Weise nicht vorhersehbar. Niemand konnte sie vorhersehen. Insofern ist es jetzt aus meiner Sicht auch nicht die Zeit für gegenseitige Schuldwürfe. Jetzt ist die Zeit, gemeinsam Lösungen zu finden, um drohendes Unheil abzuwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und da bin ich für jeden konstruktiven Vorschlag wirklich dankbar. Es gab einige Vorschläge, die jetzt unmittelbar umgesetzt werden können. Die Situation duldet aus meiner Sicht überhaupt keinen Aufschub. Planbare Operationen müssen jetzt verschoben werden, um Personal für COVID-19-Patientinnen und -Patienten verfügbar zu machen, auch um unnötigen Druck vom Personal, von den Pflegekräften, von den in der Pflege Tätigen, von den medizinischen Kräften abzuwenden.

Meine Damen und Herren, es ist essenziell, dass wir jetzt diese planbaren Eingriffe verschieben. Es ist essenziell, dass dadurch entstehende Erlösausfälle kompensiert werden müssen. Denn wenn sie nicht kompensiert werden, kommen die Krankenhäuser weiter unter Druck und dieser Druck wird leider Gottes auch an die Pflegekräfte weitergegeben. Deswegen sage ich klipp und klar: Wir müssen die Freihal-

(Ministerpräsident Hans)

tepauschalen wieder einführen, die vom Bund im Frühjahr erstmalig eingeführt wurden. Denn es droht ansonsten der finanzielle Kollaps vieler Kliniken. Deshalb brauchen wir einen Rettungsschirm für unsere Krankenhäuser. All das habe ich beim Bund eindringlich eingefordert. Dafür müssen wir streiten, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Denn wir haben jetzt noch die Chance, das Schlimmste zu vermeiden. Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer, die Bundeskanzlerin hat es gesagt: Wir sind diesem Virus nicht schutzlos ausgeliefert. Ich sage, wir können dieser Pandemie die Stirn bieten. Das jedoch nur, wenn wir jetzt der Wirklichkeit ins Auge sehen, wenn wir entschlossen handeln und uns erneut ein Höchstmaß an Disziplin auferlegen, uns in einem Höchstmaß an Durchhaltevermögen üben und wenn wir uns größtmöglichen Zusammenhalt auferlegen.

Meine Damen und Herren, am Mittwoch vergangener Woche haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beschlossen, das öffentliche Leben in ganz Deutschland wieder ein Stück weit herunterzufahren. Im Gegensatz zu den vorherigen Zusammenkünften herrschte diesmal große Einigkeit. Es herrschte Einigkeit darüber: Nur in einem einzigartigen gemeinsamen nationalen Kraftakt können wir die vor uns stehende Herausforderung bewältigen. Und das Bemerkenswerte daran: Alle Parteien, die in den Landesregierungen vertreten sind - also CDU, CSU, SPD, GRÜNE, FDP und DIE LINKE - wirkten geschlossen mit. Und wenn bei uns im Saarland auch die Städte, Gemeinden und der Landkreistag ihre aktive Mitwirkung an diesem Kraftakt zugesagt haben und alle - auch die große Mehrheit hier im Parlament - gemeinsam mit uns an einem Strang ziehen, dann ist das ein ganz starkes Zeichen der Geschlossenheit und der Entschlossenheit in unserem Land und für unser Land. Und dafür, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, bin ich außerordentlich dankbar.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Hintergrund der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz sind die Erkenntnisse, über die wir in Bezug auf das aktuelle Pandemie-Geschehen verfügen. Diese Erkenntnisse lauten: Erstens, bei circa 75 Prozent aller Infektionen kennen wir den Infektionsweg nicht. Zweitens, der restliche Teil der Infektionen findet weitgehend im privaten Bereich statt, und das nicht mehr in einzelnen, klar identifizierbaren Hotspots, sondern vielmehr in der gesamten Breite unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund sehen wir - solange uns kein Impfstoff oder ein anderer Wirkstoff einen anderen Weg aus der Krise weist - in

dieser Situation die einzige Möglichkeit zur Pandemie-Eindämmung in einer spürbaren Reduktion der Kontakte. Es gilt jetzt die ganz einfache Formel: Je weniger Kontakte, desto geringer die Verbreitung des Virus.

Von daher kann ich auch an alle Saarländerinnen und Saarländer nur noch einmal appellieren, wie ich es im Frühjahr bereits getan habe: Orientieren Sie sich bitte auch jetzt nicht nur an dem, was erlaubt und was in den kommenden Wochen nicht erlaubt sein wird. Reduzieren Sie auch unabhängig davon, wo es irgend möglich ist, freiwillig Kontakte mit anderen Menschen. Darauf wird es in den kommenden Wochen ganz entscheidend ankommen, meine Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn ich höre, teilweise habe ich mir selbst ein Bild davon machen können, dass jetzt am Wochenende vor Inkrafttreten der neuen Beschränkungen manche noch mal kräftig auf die Pauke hauen mussten, dass sogar eine als Kulturveranstaltung getarnte Hochzeitsfeier von der Polizei aufgelöst werden musste, dann zeigt mir das: Die Botschaft ist offenbar noch nicht bei allen angekommen. Der Ernst der Lage ist noch nicht jedem klar. Meine Damen und Herren, daran müssen wir arbeiten, wir müssen erzeugen, dass alle Menschen verstehen, dass es darauf jetzt ankommt. Ich weiß, gerade uns Saarländerinnen und Saarländern fällt es besonders schwer, auf das gemeinsame Feiern zu verzichten, wer wüsste das nicht, aber das hilft doch jetzt alles nichts. Es geht jetzt nicht ohne dieses Höchstmaß an Disziplin, an Durchhaltevermögen und an Zusammenhalt, liebe Saarländerinnen und Saarländer!

Auch deshalb, meine Damen und Herren, hat am Freitag vergangener Woche der Ministerrat die Beschlüsse der MPK mit der Bundeskanzlerin umgesetzt. Die getroffenen Maßnahmen sind besonnen und angemessen. Sie sind klar auf das Ziel ausgerichtet, eine möglichst große Wirkung zu entfalten und möglichst geringen Schaden in Kauf zu nehmen. Sie sind darauf ausgerichtet, zentrale, lebenswichtige Bereiche unserer Gesellschaft, insbesondere Bildung und Wirtschaft, aufrechtzuerhalten und alles, was für ein paar Wochen nicht zwingend ist, herunterzufahren. Das ist der Kern unseres Notstandsmodus, in den wir unser Land für den Monat November versetzen müssen.

Damit unterscheiden sich unsere Maßnahmen in weiten, in zentralen Bereichen vom Lockdown im März dieses Jahres. Erstens. Wir lassen Schulen und Kitas offen. Das dort bestehende Infektionsrisiko nehmen wir aus zwei Gründen in Kauf: Erstens darf die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen nicht abermals unter einem Lockdown leiden. Zweitens wollen wir Eltern nicht noch einmal solch außerordentlichen Belastungen aussetzen, wie es im März

(Ministerpräsident Hans)

und April der Fall war. Im Zuge dessen werden wir in Bezug auf Schulen und Kitas ganz eng am Puls des Geschehens bleiben. Wir werden die Hygienekonzepte permanent überprüfen und optimieren - die Bildungsministerin hat dazu bereits Aussagen getroffen. Dabei hilft uns auch das Wissenschaftsprojekt SaarCoKids, das wir heute im Ministerrat auf den Weg gebracht haben und gemeinsam mit der Universität des Saarlandes und dem Uni-Klinikum durchführen. Bei diesem Projekt werden die Interaktionsaktivitäten der Kinder auf mögliche Infektionswege hin untersucht, ebenso die Infektionsanfälligkeit und der Immunitätsstatus der Kinder. Anhand von gezielten Testungen wird die Wirkung der Hygienekonzepte evaluiert, um auf Grundlage wissenschaftlich basierter Erkenntnisse das Infektionsgeschehen an den Kitas und Schulen zu minimieren. Um nichts anderes geht es an dieser Stelle. Wir wollen das geringstmögliche Risiko für unsere Kinder, für unsere Schülerinnen und Schüler und für unsere Lehrerinnen und Lehrer. Deswegen sind wir es diesen Menschen schuldig, dass wir überprüfen, wie unsere Maßnahmen wirken.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ungeachtet dessen treiben wir die Digitalisierung der Schulen weiter voran. Damit wappnen wir uns für den Fall, den wir verhindern wollen, der aber eintreten kann, dass Schulklassen oder gar ganze Schulen für eine gewisse Zeit in Quarantäne müssen. Wir wollen jeden pandemiebedingten Unterrichtsausfall vermeiden und dafür werden wir unsere ganze Kraft einsetzen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zweitens. Groß- und Einzelhandel bleiben geöffnet, wenn auch unter Auflagen. Betriebliche Existenzen sollen so wenig wie möglich gefährdet werden. Sie haben unter dem ersten Lockdown mehr als genug gelitten.

Drittens. Geöffnet bleiben diesmal - unter Berücksichtigung der Kontaktbeschränkungen - auch öffentliche Spielplätze, Wildparks, Zoos und Bibliotheken.

Viertens. Auf Ausgangsbeschränkungen verzichten wir.

Fünftens. Gegenseitige Besuche werden nicht gänzlich untersagt. Wir wollen, dass sich Freunde und Verwandte weiterhin treffen können. Insbesondere sollen ältere Menschen mit ihren Kindern und Enkeln zusammenkommen dürfen. Niemand soll unter Einsamkeit leiden müssen. Das ist unter den gegebenen Bedingungen zu sichern. Man kann, wie ich schon eingangs sagte, seine Kontakte so reduzieren, dass man sich eben nicht ständig mit jemand anderem trifft. Wir beschränken das allerdings auf kleine, sehr überschaubare Gruppen. Denn es gilt: Mit wachsender Gruppengröße steigt die Zahl der

möglichen Kontakte um ein Mehrfaches und wir belasten damit die Menschen, die in den Gesundheitsämtern eine unglaublich wichtige Arbeit leisten, über das Maß hinaus. Deswegen wird es zurückfahren.

Die Unterschiede zum Lockdown des Frühjahrs sind also beträchtlich und durchaus substanziell. Es bleibt wesentlich mehr erlaubt und geöffnet als damals. Das bedeutet gleichzeitig aber auch, wir müssen den Schwerpunkt der Kontaktreduzierung in anderen Bereichen schaffen, und das ist insbesondere der Freizeitbereich.

Deshalb gelten seit Montag diese Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung: Der Aufenthalt in der Öffentlichkeit ist nur mit den Angehörigen des eigenen und eines weiteren Hausstandes oder des familiären Bezugskreises gestattet und auf eine Obergrenze von maximal 10 Personen beschränkt. Im privaten Raum gilt jetzt die Kontaktbeschränkung für die Angehörigen eines Haushaltes plus zusätzlich 5 Personen aus einem weiteren Haushalt oder dem familiären Bezugskreis. Auf nicht notwendige private Reisen ist ab sofort zu verzichten. Übernachtungsangebote im Inland dürfen nur noch für notwendige und nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Geschlossen werden auch Einrichtungen der Freizeitgestaltung, also Theater, Opern, Konzerthäuser und Museen, Messen, Kinos, Freizeitparks, Prostitutionsstätten, öffentliche und private Sportanlagen, Schwimm- und Spaßbäder, Saunen und Thermen. Außerdem bleiben Clubs und Diskotheken geschlossen. Spielhallen, Spielbanken, Wettvermittlungsstellen sowie Fitnessstudios und ähnliche Einrichtungen müssen schließen. Medizinische Behandlungen durch Heilmittelerbringer und Gesundheitsberufe bleiben weiter möglich. Mit Ausnahme der Friseure werden aber alle körpernahen Dienstleistungen verboten, wie sie in Kosmetikstudios, Massage-Praxen, Tattoo-Studios und ähnlichen Betrieben erfolgen. Geschlossen werden jetzt auch alle Arten von Gastronomiebetrieben. Hier ist lediglich die Lieferung und Abholung von Speisen für den Verzehr zu Hause erlaubt. In Geschäften darf nicht mehr als ein Kunde pro 10 m² Zutritt zu den Verkaufsflächen erhalten. Dadurch wird die Anzahl derer, die in Geschäften zusammenkommen können, reduziert. Außerdem hat das Verkaufsverbot für Alkohol zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr weiter Bestand.

Diese Maßnahmen sind gestern in Kraft getreten. Wie vereinbart, sollen sie bis Ende November in Kraft bleiben, um ihre Wirkung zu entfalten. Nach zwei Wochen werden wir uns in der Ministerpräsidentenkonferenz - das Datum steht auch schon fest, es wird der 16. November sein - zusammen mit der Bundeskanzlerin erneut beraten und die bis dahin erreichten Ziele beurteilen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen. Die saarländische Rechtsverordnung gilt deshalb vorläufig bis

(Ministerpräsident Hans)

Mitte November und wird in zwei Wochen dementsprechend angepasst und verlängert.

Auch wenn diese Maßnahmen nicht so weitgehend sind wie die im Frühjahr, so wissen wir doch, es gibt Branchen und Bereiche, die unter diesen Einschränkungen außerordentlich leiden. Das bewegt mich sehr und es fällt nicht nur mir sehr, sehr schwer, es diesen Branchen wieder zuzumuten. Ich denke an die Gastronomie und das Hotelleriegewerbe. Dem ersten Lockdown sind bereits Betriebe zum Opfer gefallen. Viele von denen, die es gerade so geschafft haben, müssen jetzt erneut um ihre Existenz bangen, obwohl sie alle Auflagen erfüllt und wirkungsvolle Hygienekonzepte entwickelt haben. Das Gleiche gilt für die Kultur- und Veranstaltungsbranche. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Mit welcher Kreativität, mit welchem Engagement und mit welchem Herzblut viele Kulturschaffende und Veranstalter das kulturelle Leben unseres Landes auch unter schwersten Bedingungen aufrechterhalten haben, ist unser aller höchste Anerkennung wert. Aus diesem Grund ist es - und da spreche ich für die gesamte Landesregierung - für uns sehr schmerzlich, wenn diese Branche nun erneut von unseren Maßnahmen so hart betroffen ist.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte das nicht nur einfach so im Raum stehen lassen, denn ich weiß, was das im Einzelnen bedeutet. Ich bekomme Briefe, E-Mails, Nachrichten von den Betroffenen. Ich werde angerufen, ich spreche mit den Menschen, die mir ihre Not schildern. Sie sagen: „Ich habe jetzt alles getan, um das Infektionsrisiko zu minimieren, und muss jetzt dennoch abermals zumachen.“ Ich kann diesen Menschen nur sagen: Es tut richtig weh, wenn man all das hört. Ich weiß, für die Betroffenen schmerzt die Situation sicherlich noch weit mehr, als für diejenigen, die am Tisch sitzen und die Entscheidung treffen.

Aus diesem Grund habe ich mich auch in der Ministerpräsidentenkonferenz für außerordentliche Bundeshilfen zugunsten dieser Bereiche eingesetzt. Der Bund wird hier seine Hilfsmaßnahmen zur Entschädigung der Ausfälle verlängern und im Rahmen der Überbrückungshilfe III verbessern. Er wird betroffenen Selbstständigen, Soloselbstständigen und Unternehmen Hilfen in Höhe von bis zu 75 Prozent ihres Umsatzes aus November 2019 gewähren. Für Unternehmen, die starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt sind - das haben Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Bundesfinanzminister Olaf Scholz schon angekündigt - ist auch denkbar, als Bezugsrahmen für den Umsatz den durchschnittlichen Vorjahresumsatz 2019 zugrunde zu legen. Jedenfalls werden wir als Land da, wo die Unterstützung des Bundes nicht ausreicht, einspringen und zusätzliche Landeshilfen gewähren. Ich darf hier aus voller Überzeugung sagen: Wir werden die Gastro-

nomie, die Kulturschaffenden und die Veranstalter in dieser Situation nicht alleinlassen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vor allem erwarte ich aber vom Bund, dass diese Hilfen jetzt zügig und zeitnah umgesetzt werden. Nicht alles, was wir im Frühjahr bei der Bekämpfung der Pandemie erlebt haben, war so, wie ich mir das für jetzt vorstelle. Langwierige, komplizierte Antrags- und Genehmigungsverfahren sind das Letzte, was unsere Unternehmen brauchen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, viel wurde in den letzten Tagen und Wochen über die richtige Strategie zur Pandemiebekämpfung diskutiert. Auch in der Wissenschaft gehen die Meinungen hierzu zum Teil sehr weit auseinander. Als Regierung sind wir aber auf den Rat und die Empfehlungen aus der Wissenschaft angewiesen. Aus diesem Grund greifen wir zurzeit wieder permanent auf unsere Expertenkommission zurück und stehen im engen Austausch mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität und des Uni-Klinikums. Wenn man heute die Frankfurter Allgemeine Zeitung aufschlägt und die Artikel studiert, stellt man fest, offensichtlich sind genau diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Homburg nicht nur diejenigen, die wir fragen, sondern die mittlerweile auch bundesweit höchste Anerkennung für ihre Leistung erfahren. Von dieser Seite werden wir unisono in unseren Maßnahmen bestärkt.

Meine Damen und Herren, uns ist klar: Diese Maßnahmen - auch wenn sie von der Wissenschaft unterstützt werden - bedeuten einen nicht unerheblichen Eingriff in zentrale Grundrechte. Darüber sind wir uns zu jedem Zeitpunkt bewusst, und damit versuchen wir, so sorgsam wie möglich umzugehen. Ich erinnere daran, dass zu den ersten Lockerungsmaßnahmen aus dem Lockdown im Frühjahr die Teilaufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsverbotes gehörte. Wir waren die Ersten in Deutschland, die das taten. Es war damals und ist auch heute unsere feste Überzeugung: Das Versammlungsrecht als Königsrecht der Demokratie darf gerade in solchen Situationen nur so wenig wie unbedingt nötig eingeschränkt werden. Gerade in einer solchen Ausnahmesituation müssen die Menschen auch gegen unsere Maßnahmen öffentlich demonstrieren können. Das ist nicht nur etwas, was wir ertragen, es gehört zur Demokratie dazu und ist notwendig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es gibt Bürgerinnen und Bürger, denen unsere Maßnahmen viel zu weit gehen. Sie bestreiten die Legitimität und die Legalität unserer Maßnahmen mit dem Verweis auf die Unantastbarkeit der Grundrechte auch in einer Situation wie dieser. Anderen wieder-

(Ministerpräsident Hans)

um geht das alles nicht weit genug. Sie fordern von uns noch strengere Regelungen und verweisen dabei auf ihr Recht, vom Staat in ihrer körperlichen Unversehrtheit geschützt zu werden. Meine Haltung dazu ist klar: Als Staat, als Regierung stehen wir in der Pflicht, beiden Anforderungen gleichzeitig gerecht zu werden und je nach Lage mehr in die eine oder mehr in die andere Richtung zu tendieren. Je stärker ein großer Teil der Menschen in seiner Gesundheit gefährdet ist, desto mehr müssen wir auch Grundrechte einschränken, soweit dies in Bezug auf die Gefahrenabwehr verhältnismäßig ist. Je mehr diese Gefährdung abnimmt, desto eher müssen wir auch die Einschränkungen wieder zurücknehmen.

Ganz in diesem Sinne bewerte ich auch die Rolle der Justiz. Wir als Exekutive legen größten Wert darauf, stets rechts- und verfassungskonform zu handeln. Insofern ist eine Rechtsprechung, die unser Handeln in dem einen oder anderen Punkt korrigiert, für uns eine willkommene Klarstellung. Der weitaus größte Teil unserer Maßnahmen wird aber eben nicht von der Justiz außer Kraft gesetzt, demgemäß ist er also rechtskonform. Kurz: Die Mitwirkung der Justiz in den letzten Monaten der Pandemiebekämpfung ist für uns Zeugnis einer funktionierenden Gewaltenteilung und eines funktionierenden Rechtsstaates.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

In diesem Zusammenhang, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, darf ich auch die Mitwirkung des Parlaments ansprechen. Es ist natürlich richtig, wenn von Abgeordneten des Deutschen Bundestags - allen voran vom Bundestagspräsidenten selbst - die Beteiligungsrechte des Parlaments in Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung eingefordert werden. Als saarländische Landesregierung begrüßen wir es auch, dass wir heute gemeinsam das Corona-Maßnahmengesetz hier im Landtag beschließen, das die Position der Legislative in Ausnahmesituationen wie dieser Pandemie deutlich stärkt, und der Landtag derzeit das Gesetz zur Kontaktnachverfolgung vorbereitet. Je mehr alle Verfassungsorgane aktiv mithelfen, eine solche Herausforderung zu meistern, desto sicherer ist der Grund, auf dem wir uns als Landesregierung bewegen. Davon bin ich fest überzeugt.

Meine Damen und Herren, vielfach wird in den letzten Tagen behauptet, in dieser zweiten Phase der Pandemie hätte die Akzeptanz der Bevölkerung für unsere Maßnahmen deutlich nachgelassen. Es wird von wachsendem Unmut und schwindendem Vertrauen berichtet. Die Kritiker unserer Politik artikulieren sich auf den Straßen und im Internet in der Tat sehr viel deutlicher, als es noch im Frühjahr der Fall war. Allerdings habe ich den Eindruck, dass die große Mehrheit hinter unseren Maßnahmen steht. Laut dem letzten Deutschlandtrend der ARD - das war noch vor den jetzt beschlossenen Maßnahmen - hält

mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land die Maßnahmen für angemessen, mehr als 30 Prozent halten sie sogar für nicht weitgehend genug und nur 15 Prozent finden die Einschränkungen überzogen. Meine Damen und Herren, ich lese daraus eine breite Zustimmung in der Bevölkerung für unser Handeln. 15 Prozent Kritiker sind angesichts der Beschränkungen, die wir verfügen, sehr überschaubar. Auch wenn die Zahl der Sceptiker im Laufe der letzten Monate gegenüber dem ersten Lockdown etwas angewachsen ist, ist das eher verständlich. Das ist für mich das Zeichen einer gewissen Normalisierung. Schließlich verlangen wir in dieser Zeit von den Menschen sehr viel.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Deswegen meine ich, dass wir die Kritiker unserer Politik auch nicht stigmatisieren sollten. Es ist das gute demokratische Recht eines jeden, eine andere Überzeugung zu haben als die Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung. Wir müssen aber stets darauf achten, die ohnehin schon bestehende Spaltung in unserer Gesellschaft nicht noch weiter zu vertiefen. Wir brauchen den demokratischen Dialog auch zwischen Kritikern und Befürwortern unserer Politik. Aus diesem Grund werde ich auf diese Kritiker zugehen. Wir werden uns Dialogformate überlegen, wie wir mit Andersdenkenden noch mehr ins Gespräch kommen können. Ich bin an diesem Dialog und Austausch ernsthaft interessiert.

Die Pandemie wird sicherlich irgendwann an ihr Ende kommen. Aber sehr viel länger wird uns die Krise beschäftigen, die von dieser Pandemie ausgelöst wurde und immer noch wird. Die in diesem Land bereits bestehenden Krisen werden dadurch noch verstärkt. Ich befürchte: Unsere Saarwirtschaft wird sich nur sehr, sehr allmählich von den tiefen Einschnitten erholen. Schließlich befinden wir uns zudem noch mitten in einem sehr tiefgreifenden Strukturwandel, der zunächst einmal überhaupt nichts mit dieser Pandemie zu tun hat. Ich denke, wir stehen vor einer Herausforderung, die nicht geringer ist als die der Kohle- und der Stahlkrise. Und wenn eines gewiss ist in diesen Tagen, dann dies: Wir werden diese Krise nur in einem gemeinsamen, einem gemeinschaftlichen Kraftakt meistern.

Aus diesem Grund werde ich eine neue Saar-Gemeinschaftsinitiative ins Leben rufen. Hierzu werde ich nicht nur alle die Saarwirtschaft tragenden Akteure einladen, die Kammern, die Verbände, selbstverständlich die Gewerkschaften, die Arbeitgeber. Auch die Vertreter wichtiger politischer und gesellschaftlicher Einrichtungen wie die Religionsgemeinschaften, die Lehrer- und Schülervertretungen, die Hochschulen, die Vertreter der Ärzteschaft und der Krankenhäuser, die Kommunen und so weiter, sie alle sollen mit an diesen Tisch kommen. Im Geiste des saarländischen Weges möchte ich im engen Schulterschluss mit all diesen Akteuren Lösungen

(Ministerpräsident Hans)

für den Weg aus der Krise in eine gute Zukunft für unser Land erarbeiten. Ich denke, meine Damen und Herren, das sind wir alle miteinander, alle Gruppierungen dieses Landes, unserem Land und seinen Menschen schuldig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, liebe Saarländerinnen und Saarländer, das ist mein Blick in die weitere Zukunft. Unmittelbar vor uns liegt jedoch nun die drängende Aufgabe, die Corona-Pandemie einzudämmen. Ich hoffe und bin guter Zuversicht, dass uns dies mit unseren Maßnahmen in den kommenden vier Wochen gelingen wird. Wenn nicht, was man nicht ausschließen kann, dann müssen wir gegebenenfalls unseren Kurs noch ein Stück weit verschärfen. Etwas anderes wird uns dann nicht übrigbleiben. Wenn es gelingt, das ist die Hoffnung und ich bin optimistisch, dass es gelingt, dann werden wir auch wieder Lockerungen vornehmen. Dies allerdings so, dass wir in den kommenden Monaten ein gleichmäßiges, ein konstantes Infektionsgeschehen erreichen. Mit einer dauerhaften 7-Tage-Inzidenz von 50 können wir zumindest leben. Dann kann auch die flächendeckende Kontaktnachverfolgung sichergestellt werden und die Pandemie kann unter Kontrolle gehalten werden. Spätestens dann werden die Hygienekonzepte auch der Gastronomie oder der Kulturbranche wieder gebraucht werden. Diese Anstrengungen waren also keineswegs umsonst.

Wir werden auch die Entwicklung neuer technischer Mittel fördern, beispielsweise um die Kontaktnachverfolgung anhand digitaler Instrumente zu fördern. Unternehmen, die daran mitarbeiten können, gibt es auch im Saarland; die Wirtschaftsministerin und ich konnten uns ein Bild davon machen. Wir setzen auch darauf, dass wir in großem Umfang Antigen-Tests einsetzen können, um das Leben mit der Pandemie zu erleichtern und zu verbessern.

Ein konstantes Infektionsgeschehen ist, so sagen mir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Saar-Uni, ein durchaus realistisches Ziel, das man anstreben kann. Auf keinen Fall aber werden wir uns damit abfinden, dass die Infektionszahlen weiter steigen oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder ungebremst mit einem exponentiellen Wachstum in die Höhe schnellen. Denn mit dem Virus leben lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht bedeuten, dass wir das Sterben an COVID-19 hinnehmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, es stehen uns schwere Wochen bevor. Das Wetter, das in der ersten Phase der Pandemie im Frühling noch unser Freund und Helfer war, wendet sich jetzt im Herbst und Winter gegen uns. Es werden Wochen sein, in denen viele wieder um ihre Liebsten bangen müssen. Wochen, in denen das Personal in den Krankenhäusern, in

den Pflegeeinrichtungen, in den Arztpraxen fast schon Übermenschliches leisten muss. Wochen, in denen wir alle mehr als bisher Verzicht üben, Rücksicht nehmen und zusammenhalten müssen. Das Virus ist ein Naturereignis, das nicht mit sich verhandeln lässt. Es stellt uns unnachsiglich vor außergewöhnliche Belastungen. Es ist taub für alles, was wir wünschen und begehren. Es ist aber nicht unbesiegtbar, wir werden diesem Virus die Stirn bieten. Es kommt jetzt auf jeden Einzelnen an! Glück auf, liebe Saarländerinnen und Saarländer!

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Erweiterte Präsidium hat sich darauf verständigt, die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mit der Aussprache zu den übrigen Tagesordnungspunkten zu verbinden. Für diese verbundene Aussprache haben sich die Fraktionen auf das doppelte Redezeitmodul verständigt, also auf gut drei Stunden Redezeit für die Aussprache.

Wir kommen nun also zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Saarländischen COVID-19-Maßnahmengesetzes (Drucksache 16/1475)

Die Fraktionen haben mich gebeten, den vorliegenden Gesetzentwurf einzubringen und zu begründen. Ich komme dieser Bitte sehr gerne nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei diesem saarländischen COVID-19-Maßnahmengesetz handelt es sich um einen Vorschlag aller vier Fraktionen. Wir haben diesen Gesetzentwurf in den vergangenen Wochen gemeinsam erarbeitet.

Wir haben nun acht Monate Erfahrung im Umgang mit dem Virus. Die Maßnahmen zu seiner Bekämpfung verlangen von den Bürgerinnen und Bürgern viel, manchem verlangen sie sogar sehr viel ab. Die Maßnahmen schränken Freiheitsrechte ein, sie treffen Betriebe, sie treffen die Kultur. Und sie beschränken uns in unserem menschlichen Miteinander. Diese Pandemie ist für uns alle eine Bewährungsprobe; der Ministerpräsident hat eben in seiner Regierungserklärung eindrucklich darauf hingewiesen. Sie stellt eine Bewährungsprobe dar, in medizi-

(Präsident Toscani)

nischer, ökonomischer, gesellschaftlicher Hinsicht, aber auch eine Bewährungsprobe für unsere parlamentarische Demokratie. Die Maßnahmen der Bundesregierung und die Maßnahmen der Landesregierung haben in der Bevölkerung einen breiten Rückhalt. Wir wollen, dass das so bleibt, Parlament und Regierung haben dafür eine gemeinsame Verantwortung.

Seit dem März haben wir quasi in jeder Plenardebatte über die Corona-Krise debattiert. Vor allem auch über den Gesundheitsausschuss ist das Parlament eng beteiligt. Die Regierung informiert uns hier regelmäßig über die jeweils aktuelle Lage. Der Gesundheitsausschuss hat die Maßnahmen der Landesregierung begleitet, aber auch kontrolliert. Wir als Parlament fühlen uns von der Landesregierung gut informiert.

Nichtsdestotrotz sind alle Landtagsfraktionen davon überzeugt, dass wir noch einen Schritt weitergehen müssen. Wir müssen aus verfassungsrechtlichen Gründen einen Schritt weitergehen. Warum? - Weil Parlamenten bei der Einschränkung von Grundrechten eine besondere Verantwortung zukommt. Je intensiver Grundrechtseingriffe sind, je länger sie andauern, desto mehr muss das Parlament selbst handeln.

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Als Rechtsgrundlage für die Verordnungen der Landesregierungen wird bislang das Bundes-Infektionsschutzgesetz, genauer gesagt § 28 IfSG, herangezogen. Darin ist in allgemeiner Form geregelt, dass die Landesregierungen die notwendigen Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie treffen können. Die notwendigen Schutzmaßnahmen: Zu Beginn der Pandemie war diese allgemeine Formulierung, war diese allgemeine Regelung ausreichend.

Die teils erheblichen Grundrechtseinschränkungen dauern nunmehr aber acht Monate an. Zwischenzeitlich mehren sich Gerichtsentscheidungen, die eine konkretere gesetzliche Regelung erwarten. Der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes hat diese Frage ganz explizit aufgeworfen. In seinem Beschluss vom 28. August führt er aus, der Vorbehalt des Gesetzes verlange „(...) im Hinblick auf Rechtsstaatsprinzip und Demokratiegebot, dass der Gesetzgeber in grundlegenden normativen Bereichen alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen hat (...).“ Ich zitiere weiter: „Je länger grundrechtliche Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern indessen andauern, desto wichtiger wird es indessen, die Regelung ihrer Grundlagen und Grenzen dem ohnehin originär verantwortlichen parlamentarischen Gesetzgeber zu überlassen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Rechtsprechung unseres Verfassungsgerichtshofes ist deut-

lich. Deshalb ist es aus Sicht aller vier Fraktionen angezeigt, dass der Landtag die gesetzliche Grundlage für die erheblichen Grundrechtseingriffe verstärkt. Wir wollen die Beschränkungen, die wir den Bürgerinnen und Bürgern abverlangen, verfassungsrechtlich absichern. Der Grundsatz der konkurrierenden Gesetzgebung im Infektionsschutzgesetz steht einer landesgesetzlichen Regelung nicht entgegen. Der Bundestag hat es nämlich den Ländern im Infektionsschutzgesetz, dem Bundes-Infektionsschutzgesetz, ausdrücklich erlaubt, selbst Rechtsetzung zu betreiben, entweder per Verordnung der Landesregierung oder per Parlamentsbeschluss. Das betrifft Art. 80 Abs. 4 GG.

Das neue Landesgesetz bedeutet nicht, dass wir der Landesregierung misstrauen würden. Im Gegenteil: Wir werden auch künftig nicht jeden einzelnen Eingriff, jedes einzelne Detail selbst regeln, weil Entscheidungen oft schnell und flexibel getroffen werden müssen. Dafür gibt es Regierungen. Entscheidend ist, dass wir als Parlament, wir als Gesetzgeber, präziser, als es mit § 28 IfSG der Fall ist, regeln wollen, welche Maßnahmen die Exekutive verordnen darf. Wir setzen Leitplanken. Es geht darum, das Bundes-Infektionsschutzgesetz zu konkretisieren. Das neue Landesgesetz macht die Maßnahmen der Landesregierung so rechtssicherer. Außerdem erhöhen wir die demokratische Legitimation: Ein parlamentarischer Prozess nimmt Menschen mit, auch diejenigen, die dagegen sind. Ein parlamentarischer Prozess bietet zumindest die Chance, auch diejenigen mitzunehmen, die dagegen sind. Er schafft Transparenz, er stärkt die Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen: Landtag und Landesregierung arbeiten eng zusammen, jeder in seinem Verantwortungsbereich. Der Landtag setzt Leitplanken, die Landesregierung erhält Handlungsspielraum und Flexibilität. Wir konkretisieren und stabilisieren den gesetzlichen Rahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Mit dem neuen Landesgesetz stärken wir die demokratische Legitimation der Maßnahmen. Ich bitte Sie um Annahme des Gesetzes in Erster Lesung und Überweisung an den zuständigen Rechtsausschuss. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt ebenfalls später in der verbundenen Aussprache. - Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung ebenfalls im Rahmen der nun folgenden Aussprache zu begründen.

Ich rufe die Punkte 2 und 3 auf:

(Präsident Toscani)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schließung von Gastronomie und Kultur-Einrichtungen rückgängig machen - Amateur-Sportvereine mit Profi-Sportvereinen gleichstellen (Drucksache 16/1477)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Schließung von Restaurants, Gaststätten, Theatern und das Verbot von kulturellen Veranstaltungen, die alle ein Hygienekonzept vorweisen können, wird sofort aufgehoben (Drucksache 16/1476)

Beide Anträge werden im Rahmen der folgenden Aussprache von den Fraktionen begründet. Die Aussprache erfolgt also zur Regierungserklärung und zu den Punkten 1, 2 und 3 in verbundener Form.

Ich eröffne die Aussprache. - Zur Begründung des Antrags der DIE LINKE-Landtagsfraktion und als erstem Redner in der Aussprache erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Herrn Oskar Lafontaine, das Wort.

(Aufgrund der durch die Corona-Pandemie notwendigen Hygienemaßnahmen wird das Rednerpult bei jedem Rednerwechsel desinfiziert und die Mikrofon-Schaumstoffhüllen werden gewechselt.)

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit der Frage der Parlamentsbeteiligung. Wir haben die Parlamentsbeteiligung immer wieder gefordert, das Gesetz kommt unseres Erachtens reichlich spät. Aber eines hätten wir jedenfalls erwartet: dass heute die Vorlage der Landesregierung, dass die Verordnung vom Parlament gebilligt worden wäre, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Das wäre eine klare Geste gewesen, dass wir diese Bestimmungen auch ernst nehmen. Warum haben wir nicht beschlossen, dass wir das, was die Landesregierung den Bürgerinnen und Bürgern nun erneut auferlegt, vonseiten des Parlaments unterstützen?

(Beifall von der LINKEN.)

Man kann nämlich schwere Eingriffe in die Grundrechte der Menschen nicht mal einfach so nebenbei vornehmen. Man kann sie auch nicht monatelang ohne parlamentarische Legitimation verordnen. Nach der Theorie ist doch das Volk der Souverän, und die Vertretung des Souveräns ist das Parlament, nicht die Regierung. Deshalb muss eine Parlamentsbeteiligung erfolgen.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun komme ich zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten. Es ist heute das zweite Mal der Fall, dass wir grundsätzlich und umfassend über mit der Pandemie einhergehende Fragestellungen diskutieren. Deshalb möchte ich den einen oder anderen Aspekt noch einmal in Erinnerung rufen.

Zunächst gab es eine Phase 1. Zu Beginn der Pandemie haben wir bereits darauf hingewiesen: Die Phase 1 noch vor Ausbruch der Pandemie wurde nicht genutzt, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Das traf nicht nur die saarländische Landesregierung, das traf alle Länderregierungen, und das traf auch Regierungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Daraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte man zumindest lernen müssen, um dann während der Pandemie die notwendigen Vorbereitungen rechtzeitig zu treffen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich will nachher noch darauf hinweisen, dass die notwendigen Vorbereitungen nicht rechtzeitig getroffen worden sind. Und wenn Sie ehrlich sind, werden Sie das auch zugeben. Sie müssen das ja nicht öffentlich tun, zumindest untereinander sollten Sie das aber einräumen. Sie tun es aber auch öffentlich, ich will das gleich zitieren. Es ist ja ganz gut, dass Sie das auch öffentlich tun; beinahe hätte ich nun versäumt, Ihnen dafür ein Kompliment zu machen.

Zweitens: Als dann die Pandemie weltweit ausbrach, wurde in Deutschland zu spät reagiert. Bestimmte Dinge wurden zu spät in Angriff genommen, auch das steht heute außer Zweifel. Auch hier hätte man zumindest die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen müssen, damit man künftig nicht mehr zu spät reagiert. Aber auch diese Schlussfolgerung ist nicht gezogen worden, das kritisieren Sie ja selbst, natürlich außerhalb des Parlamentes. Es wäre notwendig gewesen, rechtzeitig Vorsorge zu treffen und Investitionsentscheidungen und Beschaffungsmaßnahmen einzuleiten, rechtzeitig bestimmte Dinge in Angriff zu nehmen und eben zu reagieren.

Es kam die dritte Phase, der Beginn der Maßnahmen, der erste Lockdown. Diese Maßnahmen der Regierung haben auch wir als Opposition ausdrücklich unterstützt. Wir haben auch keinen Sinn darin gesehen, Einzelheiten besonders zu kritisieren, weil wir, wie ich das damals gesagt habe, in dieser schwierigen Situation unsere Aufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen wollten. Wir wollten, wie das vielleicht manchmal geschehen mag, eben die Regierung nun nicht einfach kritisieren, weil wir die Opposition sind. Deshalb haben wir Sie ohne jede Einschränkung unterstützt. Einzig kritisch angemerkt haben wir etwas zur Grenzschließung; die erfolgte nicht in der letzten Verantwortung der Landesregierung, aber es gab eine Diskussion innerhalb der Landesregierung, weshalb die Landesregierung hier keine Haltung gezeigt hat.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Jetzt sind wir aber in einer ganz anderen Situation. Ich erinnere an eine Bemerkung des Bundesgesundheitsministers, der gesagt hat: Mit dem heutigen Wissen würden wir anders vorgehen als zu Beginn des Geschehens. - Es ist durchaus bemerkenswert, dass ein Mann der Exekutive einräumt, dass einige Fehler gemacht wurden, denn nichts anderes hieß das ja.

Kommen wir nun also zur Frage, ob die Dinge jetzt rechtzeitig in Angriff genommen wurden. Ich habe das vorhin schon angesprochen und möchte nun einmal den Chef des Marburger Bundes zitieren, der gesagt hat; Sie haben es sicherlich alle gelesen: Trotz der vielen Warnungen vor einem explosiven Anstieg im Herbst wurde „(...) auf keiner Ebene und in keiner Institution die Möglichkeit genutzt, die Strukturen zu verbessern und einen belastbaren Plan für die zweite Welle zu machen.“ Nun mögen Sie sagen, das, was der Chef des Marburger Bundes im Saarland, ein praktizierender Arzt, zu diesem Thema äußere, treffe nicht zu. Wenn man sich aber vor Augen hält, inwiefern Sie selbst sich kritisieren - ich komme gleich darauf zu sprechen -, ist das einfach richtig: Es ist richtig, dass nicht ausreichend gehandelt und Vorsorge getroffen wurde. Das kann niemand, der die Dinge ernsthaft überprüft, in Abrede stellen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass Selbstkritik in dieser schwierigen Situation besonders geboten wäre. Denn richtig ist, dass es keine ganz verlässlichen Prognosen und keine wirklich verlässlichen Beurteilungen getroffener Maßnahmen gibt. Wenn man in dieser schwierigen Situation ist, mit der Ungewissheit umgehen zu müssen - das gilt für jeden, auch für mich, der ich hier spreche -, erscheint doch Selbstkritik besonders geboten. Ich halte es deshalb nicht für sinnvoll, dass, wie wir es hier immer wieder erleben, ausschließlich und in erster Linie eine unkritische Würdigung des eigenen Handelns im Vordergrund der Rede steht. Wir werden das nachher sicherlich wieder erleben.

(Beifall von der LINKEN.)

Wir haben gesagt, es ist nicht rechtzeitig gehandelt worden, und wir erleben auch, dass Sie einander kritisieren. Dazu muss ich dann als ehemaliger Ministerpräsident doch etwas sagen: Sie sind eine Landesregierung und die Landesregierungen sollen nach bestimmten Regeln operieren. Es ist aber äußerst ungewöhnlich, wenn ständig die einzelnen Minister einander kritisieren beziehungsweise innerhalb der Koalition ständig öffentlich Kritik geübt wird. Ich kenne das aus früheren Jahren nicht.

Da ist einmal die Wirtschaftsministerin, die für die Schulbusse und so weiter verantwortlich ist. Dann kommt aus der Koalition Kritik, der Schuldige sitzt vor mir. Das letzte Mal, als ich das angesprochen

habe, war er nicht da. Dann kritisiert die Wirtschaftsministerin die Gesundheitsministerin und sagt, es sei nicht ausreichend gearbeitet worden. Heute lese ich, dass die SPD der Gesundheitsministerin Druck macht. Dann kritisiert die Gesundheitsministerin die Bildungsministerin wegen des Schnupfenerlasses. Ich muss sagen, man hat den Eindruck, die Landesregierung sei ein Hühnerhof. Das kann doch so wirklich nicht gehen!

(Beifall von der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Ich rede hier wirklich nicht wie die Jungfrau vom Kinde. Schade, dass Sie damals nicht dabei waren, sonst hätten Sie das alles miterlebt. Auf jeden Fall ist es doch ganz klar, dass eine Landesregierung sich untereinander abstimmt, koordiniert und auch nach außen einigermaßen solidarisch miteinander umgeht!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich weiß wirklich nicht, was das Ganze soll, das muss ich Ihnen mal sagen. Wenn ich heute lese, die SPD macht der Gesundheitsministerin Druck, dann frage ich mich: Haben die noch alle Tassen im Schrank? Sie sind doch in einer Regierung, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie Druck machen, dann machen Sie Druck innerhalb einer Regierung und führen Sie hier nicht das Theater auf, dass Sie sowohl Regierung als auch Opposition zugleich sind!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich verstehe ja, dass Sie nach außen um Zustimmung, um die Wählergunst rivalisieren, das ist ganz normal. Wer wäre ich, wenn ich das in Abrede stellen würde? Aber wenn man es macht, muss man es richtig und gescheit machen. Nicht jedes Theater im Hühnerhof bringt Wählerstimmen! Ich sage Ihnen das einmal als jemand, der zumindest unter Beweis gestellt hat, dass er diese Dinge einigermaßen einschätzen kann. Ich wollte dies also in aller Klarheit ansprechen.

(Beifall von der LINKEN.)

Die Schulbusse und das Schnupfenpapier habe ich genannt, dass das Wirtschaftsministerium das Gesundheitsministerium kritisiert, habe ich ebenfalls genannt. Jetzt haben Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt - Stichwort Selbstkritik -, dass Sie in der Pflege erhebliche Anstrengungen unternommen hätten. Dies ist schlicht und einfach falsch. Mit solchen allgemeinen Ausführungen kann man im Grunde genommen gar nichts klären. Wir hatten schon 2018 von der Krankenhausgesellschaft den Hinweis, dass 3.000 Pfleger fehlen, 3.000! Dann hätte ich erwartet, dass jemand sagt, wir haben in der Zwischenzeit so und so viele neue Pflegekräfte beschäftigt, es fehlen aber immer noch meinetwegen 1.000 oder 1.500

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

oder 2.000. Aber nur mit Allgemeinplätzen hier zu operieren, das ist einfach völlig unzureichend!

(Beifall von der LINKEN.)

Da muss ich die Kritik des Herrn Jung unterstützen, der gesagt hat, Sie haben zu wenig gemacht. Dann sehen Sie das doch ein und versuchen Sie, klar zu sagen: Schritt für Schritt werden wir demnächst diese und jene Verbesserung durchführen. Das ist nicht nur ein Phänomen im Saarland, das ist ein Phänomen der Gesundheitspolitik der letzten 20 Jahre, wo man - Privatisierung, Rendite, Sparmaßnahmen - nach und nach Betten und Personal abgebaut hat. Und jetzt in der Pandemie muss das Volk dafür die Rechnung begleichen!

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist die Wahrheit, alles andere ist etwas, was letztendlich nicht zutrifft und kein Vertrauen in der Bevölkerung schafft. Wir haben zu wenig Pfleger, wir sollten diese Aufgabe annehmen und sagen, wir haben hier Fehler gemacht, wir haben hier Versäumnisse und wir werden diese Versäumnisse natürlich in einem längeren Zeitraum abstellen.

Da ist noch ein ganz wichtiger Hinweis zu geben, wenn man eine Verbesserung anstrebt: Wir haben in Deutschland 300.000 ausgebildete Pflegerinnen und Pfleger, die nicht im Pflegeberuf arbeiten. Von diesen 300.000 Pflegerinnen und Pflegern haben 150.000 gesagt, sie wären bereit, noch einmal diesen Beruf zu ergreifen, wenn die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen besser wären. Das heißt also, die Gesundheitspolitik der letzten Jahre hat sich erhebliche Versäumnisse zuschulden kommen lassen, das gilt nicht nur für diese Landesregierung, das gilt allgemein in der Bundesrepublik.

(Beifall von der LINKEN.)

Wir sehen das doch auch bei der Bezahlung. Wenn wir hier eine ausgebildete Pflegekraft in der Größenordnung von 40.000 Euro im Jahr bezahlen, dann muss man sehen, dass es in Luxemburg fast das Doppelte ist! Ist es da ein Wunder, dass Pflegekräfte beispielsweise nach Luxemburg abwandern? Mittlerweile ist es so, dass Pflegekräfte sogar zu Leiharbeitsfirmen gehen, weil die Leiharbeitsfirmen höhere Löhne bezahlen. Dann müssen die Krankenhäuser letztendlich die höheren Löhne auf diesem Umweg bezahlen und noch den Gewinn der Leiharbeitsfirmen! Das ist doch alles nur noch irre, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der LINKEN.)

Wir brauchen eine ganz andere Herangehensweise an die Organisation der Pflegeberufe, als das in der Bundesrepublik, aber auch hier im Saarland in den letzten Jahren geschehen ist.

Neben der Bereitstellung von Pflegern möchte ich die Frage der Luftfilter als Beispiel ansprechen. Es

ist auch schon ganz lange diskutiert worden, dass man Filter in den Schulen braucht, um den Gesundheitsschutz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Dann kamen die Ferien, es ist nichts passiert. Die Ferien waren Mitte August zu Ende und im Oktober hat der Innenminister dankenswerterweise - er ist ja kein Gesundheitsminister, aber immerhin - gesagt, er stelle so und so viel Geld zur Verfügung, damit zumindest begonnen werden kann, die Luftfilter zu beschaffen. Es war ja richtig, dass man gesagt hat, das tun zu wollen. Aber es kam reichlich spät, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf die Idee, dass man Luftfilter anschaffen könnte, hätte man ja schon etwas früher kommen können!

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist sicherlich keine Boshaftigkeit von mir, wenn ich das hier anführe. Ich könnte auch noch andere Dinge nennen. Ich sage das jetzt nicht, um mich daran zu weiden, Fehler der Landesregierung aufzuzeigen. Ich sage einfach, wir sind in einer schwierigen Situation, man muss die Fehler erkennen und benennen. Das ist nicht unbedingt ein Nachteil.

(Beifall von der LINKEN. - Lachen des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Wenn man sie benennt, ist man eher in der Lage, sie auch abzuschaffen. Dann kann man auch der Bevölkerung sagen, wir können das nicht von heute auf morgen regeln. Wer wollte das denn in irgendeiner Form behaupten? Letztendlich kann man aber auch nicht mit allgemeinen Formulierungen über alle diese Dinge hinwegtäuschen.

Nun komme ich zu dem Lockdown light, wie das jetzt bundesweit heißt, den auch die Landesregierung mitgetragen hat. Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger - die haben Sie alle angesprochen, Herr Ministerpräsident -, die durch diese Entscheidungen Nachteile haben, und die mit diesem Begriff natürlich nicht ganz glücklich sind, insbesondere die Kulturszene nicht. Ich verstehe das sehr gut. Das ist einfach so dahingesagt, Lockdown light. Aber für diejenigen, die schon seit Monaten um ihre Existenz kämpfen und jetzt sagen, schon wieder habe ich keine Chance, meine Einnahmesituation zu verbessern, ist der Begriff schon fast eine Verhöhnung, so höre ich das aus der Kulturszene. Für die ist das kein Lockdown light, sondern ein schwerer Eingriff in ihre Existenz.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb sollte man bei der Wahl der Begriffe etwas sorgfältiger sein. Das zeigt dann aber auch, wenn man solche Wörter wählt, dass man die Dinge hier und dort vielleicht nicht ausreichend bedacht hat.

Nun kommen wir also zum Hauptproblem dieses Lockdowns light und deshalb muss ich die Dinge anders beurteilen als vor Monaten: Das ist das ausschließliche Starren auf die Infektionszahlen. Das ist

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

nach meiner Auffassung, aufgrund meiner Ausbildung ein Grundfehler dieser ganzen Diskussion und Betrachtungsweise. Die Infektionszahlen sind natürlich wichtig, aber wenn man nur auf diese Infektionszahlen starrt - ich würde einmal gerne wissen, welche Infektionszahlen bei anderen Viren gemessen würden, die jetzt im Umlauf sind, da wären die Zahlen noch weitaus höher -, übersieht man, dass nicht jede Infektion eine Krankheit ist. Es wäre schon einmal ganz gut, wenn das in der öffentlichen Diskussion auch einmal dargestellt werden würde.

Nicht jeder, der eine Infektion hat, ist auch krank. Und auch nicht jeder - so sagt zumindest ein großer Teil der Wissenschaftler -, der eine Infektion hat, ist auch ansteckend. Es sind viele ansteckend, aber nicht jeder. Das muss man zumindest wissen. Sonst starrt man auf diese Infektionszahlen und auf sonst kaum noch etwas. Deshalb sage ich, dass es richtig ist, wenn Virologen und Mediziner sagen, man solle nicht nur die Infektionszahlen heranziehen, sondern auch die Zahl der belegten Krankenhausbetten, der belegten Intensivbetten, der Beatmungsgeräte und vor allen Dingen der Todesfälle.

(Abg. Commerçon (SPD): Das tut die Landesregierung doch!)

Ja, Sie reden, ich werde Ihnen gleich noch einiges dazu sagen, dann sind Sie vielleicht etwas leiser. - Die Zahl der Todesfälle ist ganz entscheidend, denn sie ist die Gelegenheit, auf einen Grundfehler der ganzen Politik aufmerksam zu machen. Dieser Grundfehler besteht darin, dass man auf der einen Seite berechtigterweise die Bevölkerung warnt und sagt, ihr müsst vorsichtig sein und Acht geben, dass ihr euch und andere nicht ansteckt. Das ist alles richtig, aber man sollte auch nicht Angstmache betreiben, aus welchen Gründen auch immer, das halte ich für grundfalsch!

(Beifall von der LINKEN.)

Diese Angstmache führt mittlerweile dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Menschen krank werden. Der Zusammenhang scheint offensichtlich unbekannt zu sein, dass man, wenn man ständig die Leute unter Angst setzt, das Immunsystem schwächt. Das ist insofern eine völlig falsche Vorgehensweise.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun will ich Ihnen etwas zu der Angstmacherei sagen: Wissen Sie denn, dass wir beispielsweise bei Beatmungskrankheiten, bei ambulanter Lungenentzündung 40.000 Tote im Jahr haben? Warum wird eigentlich darüber gar nicht geredet? Ausschließlich über die 10.000 Toten im Zusammenhang mit Corona wird ununterbrochen jeden Tag diskutiert. Jeder Todesfall wird gemeldet, aber über die 40.000 wird überhaupt nicht geredet. Das ist auch eine Infektionskrankheit, bakteriell und auf der

Grundlage von Viren übertragen. Warum wird darüber nicht geredet? Wenn Sie das nachlesen wollen: Darauf weist das Deutsche Netzwerk für Evidenzbasierte Medizin hin, das darum bittet, dass man evidenzbasiert arbeitet.

An einer Stelle haben Sie es selbst angesprochen, dass es darum geht - ich begrüße das -, die Hygienemaßnahmen bei den Kindern in den Schulen so weit zu überprüfen. Das ist die richtige Herangehensweise. Aber diese Mediziner sagen, dass das in viel größerem Umfang geschehen muss. Wir haben von Anfang an gesagt, macht doch eine repräsentative Untersuchung. Diese würde ein viel besseres Bild abgeben als die zufälligen Testungen, die je nach Situation immer wieder da oder dort aufgerufen werden.

(Beifall von der LINKEN.)

Repräsentativität wird von vielen Wissenschaftlern seit Monaten gefordert, aber es geschieht kaum etwas, sage ich mal in aller Vorsicht. Deshalb sind wir immer noch nicht in der Lage, auf Grundlage gesicherter Daten die Dinge zu beurteilen. Das gilt für jeden, das gilt besonders für die Entscheidungen. Wir haben beispielsweise, wenn es 40.000 in ganz Deutschland sind, rund 480 im Saarland, wie jeder rechnen kann. Deshalb weist die Statistik 2018 851 Todesfälle aufgrund von Atemwegserkrankungen aus. Das nenne ich nur einmal, damit man das etwas relativiert.

Warum nenne ich diese Zahlen? Ich bin einmal so kühn zu sagen, am Jahresende wird die Zahl der Toten in Zusammenhang mit Corona nicht über diese Zahl hinausgehen. An diesem Wort können Sie mich dann packen. Ich nenne diese Zahlen, um die Menschen darauf hinzuweisen, dass die Lage ernst ist, aber dass sie das auch nicht überbewerten sollen und dass sie nicht den ganzen Tag Angst haben müssen, sie würden angesteckt werden und demnächst sterben. Man darf doch solche Szenarien nicht ständig in der Öffentlichkeit ausbreiten!

(Beifall von der LINKEN.)

Ich lasse mal das Land hier außen vor. Wenn die Bundeskanzlerin ewig vor Unheil und so weiter warnt und wenn dann wieder auf Bergamo verwiesen wird, ist das nach meiner Auffassung nicht richtig. Ich bitte also darum, zu sehen, dass ständige Angstmache zur Schwächung des Immunsystems führt und die Leute krank macht.

Als Zweites haben Sie hier gesagt, dass Sie die Betten wieder freihalten wollen und die Prämien gezahlt werden. Ich halte das für mehr als bedenklich. Das ist eine Folge des ausschließlichen Starrrens auf die Infektionszahlen. In der Erkenntnistheorie ist es schlicht und einfach so, dass man diesen Fehlschluss kennzeichnet mit der Heuristik der Verfügbarkeit, zu Deutsch: Wenn man Prognosen abgibt,

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Urteile fällt und sich der Wirklichkeit nähern will, dann greift man zunächst das auf, was man ständig jeden Tag hört und sieht und liest. Wenn man dies sieht, dann starrt man nur noch auf die Corona-Infektionszahlen und sieht die anderen Dinge alle nicht mehr.

Der Chef etwa der Helios-Kliniken, der für 90 Krankenhäuser verantwortlich ist, weist zum Beispiel darauf hin, dass viele das durchaus begrüßen, weil das Freihalten von Betten mit der Prämie rentabler sei, als den Betrieb weiterlaufen zu lassen. Darüber muss man mal nachdenken. Eigentlich wundert es einen, wenn der Chef einer großen privaten Krankenhausfirma sagt, das ist eigentlich rentabler, und es trotzdem kritisiert. Aber immerhin, wenn er das so sieht und es kritisiert, ist das ja anerkennenswert.

Dann bleibt aber noch die Frage: Ist das sinnvoll? Es gibt eine ganze Reihe von Hinweisen, dass das Aufschieben von Operationen auch zu Nachteilen für eine ganze Reihe von Kranken führt. Das meine ich mit dem Tunnelblick. Wenn man nur auf die Corona-Infektionen schaut, ist es richtig, die Operationen aufzuschieben. Wenn man aber alle anderen einbezieht, beispielsweise Krebspatienten, und da gibt es eine ganze Reihe von Fällen, über die berichtet worden ist, dann ist das falsch. Es gibt Krebspatienten, die die Untersuchung und die Operation aufgeschoben haben. Da der Krebs aber nicht stillhält, kam es zu Komplikationen und auch zu gravierenden Komplikationen. Ich halte diese Vorgehensweise für äußerst problematisch, das wollte ich hier sagen.

Es gibt Mediziner, die sagen, lasst uns Schritt für Schritt vorgehen, lasst uns da oder dort Verbesserungen durchführen - ich verweise auf die Ausarbeitung der Mediziner um den Virologen Streeck, um ein Stichwort zu geben, aus Zeitgründen kann ich das nicht alles hier vortragen -, lasst uns die schützenswerten Gruppen besonders in Augenschein nehmen - nicht wegsperren, wie es immer wieder heißt -, lasst uns denen helfen und konzentrieren wir uns darauf. Da wurden auch immer wieder Vorschläge gemacht, das ist natürlich besonders anstrengend bei Alten- und Pflegeheimen und so weiter.

Warum konzentrieren? - Weil wir nur begrenzte Mittel haben! Ich erlebe dann, dass jeder, der irgendetwas fordert, sagt, dann fordere ich das mal. Man hat so richtig den Eindruck, es sei ein Wettbewerb, wer die meisten Forderungen hat. Nein, wir haben auch in der Pandemie, obwohl wir wirklich die Schleusen weit geöffnet haben, immer noch begrenzte Mittel, und deshalb meine ich, die Konzentration auf das Wichtigste sei richtiger als das breite Streuen von Ausgaben, wo man am Ende zumindest in der Wissenschaft nicht klar sieht, was denn da eigentlich geschehen soll.

(Beifall von der LINKEN.)

Nun kommt das zweite Hauptproblem, das Starren auf diese Infektionszahlen, das ich für wirklich grundfalsch halte, dies ist meine Überzeugung. Ich stehe hier nicht, um irgendjemanden zu kritisieren. Es geht auch gar nicht alleine gegen die Landesregierung, das ist ein Problem der deutschen Politik oder der Politik anderswo. Das zweite Hauptproblem ist, dass zumindest am Anfang der Entscheidung die Frage gar nicht diskutiert wurde, was nach den vier Wochen ist.

Ich weiß ja nicht, inwieweit Sie glauben, dass die Infektionszahlen zurückgehen. Wir sind im Winter, ich habe deshalb das Gespräch auf die Verbreitung anderer Erkältungsviren gebracht. Wenn Sie die Zahlen messen würden, dann würde dem einen oder anderen Wasser in die Augen treten. Warum glauben Sie, in vier Wochen würden sich die Dinge zum Guten entwickeln? Dass es Reduktionen geben wird, ist zu erwarten, das ist die Logik. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Aber die Frage ist, und das ist das methodische Problem: Was ist dann? Was ist, wenn sich die Dinge in vier Wochen wieder „normal“ entwickeln, die Infektionszahlen wieder ansteigen? Was machen wir dann? Machen wir dann den zweiten Lockdown light oder wie immer man das nennen will? Zumindest kann man sich doch dabei nicht wohlfühlen.

Ich möchte an der Stelle etwas zu unserem Antrag zu Gastronomie, Theater et cetera sagen. In dieser ganzen Debatte ist ein Begriff entscheidend, nämlich der Begriff des Vertrauens. Die Bevölkerung muss Vertrauen in die Handlungsweise der Regierung haben. Deshalb habe ich das vorhin noch einmal gesagt: Wenn die Minister einander öffentlich vors Schienbein treten, dann wird die Bevölkerung kein großes Vertrauen in diese Regierung haben.

Wir haben auch eine ganze Reihe von Fehlern gemacht, ich nenne einmal die Masken. Erst haben selbst die Wissenschaftler gesagt, nein, das bringt nichts, nachher hieß es dann anders. Dann haben wir das Beherbergungsverbot ausgesprochen. Das Gericht hat es aufgehoben. Ich kann von hier aus der Justiz wirklich nur ein Kompliment machen, dass sie immer wieder die Verhältnismäßigkeit überprüft und daher die Regierenden zwingt, etwas vorsichtiger zu sein und abzuwägen und keine solchen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall von der LINKEN.)

Bei der Gastronomie ist also nicht nachgewiesen worden, dass dort ein größerer Infektionsherd ist. Deswegen habe ich gesagt, wenn das nicht nachgewiesen ist, dann ist es schwer begründbar, diese Entscheidung aufrechtzuerhalten. Wir werden es demnächst sehen, wie die Gerichte das beurteilen. Es wurde öffentlich ernsthaft gesagt, 75 Prozent können wir nicht nachverfolgen, deswegen können wir vermuten, dass das dort vielleicht so ist. Es ist

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

aber genauso logisch zu behaupten, wenn man 75 Prozent nicht nachvollziehen kann, dann ist da nichts. Das ist äußerst widersprüchlich.

Die Begründung der Bundesregierung und der Länderregierungen für diese Gastronomieeinschränkungen auf der Grundlage des RKI-Hinweises, 75 Prozent seien nicht nachverfolgbar, ist logisch nicht haltbar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will das in aller Klarheit sagen, es sei denn, ich werde eines Besseren belehrt.

(Beifall von der LINKEN.)

Dann haben wir die Kulturschaffenden, denen es auch besonders schlecht geht. Da will ich von einer persönlichen Erfahrung berichten. Gehen Sie ins Museum? Dort kann doch der Abstand von 2 m in der Regel spielend eingehalten werden. Es ist die Frage, wieso man die Museen schließt, wo Museen ja vereinzelt auch leicht Erkrankten manchmal Trost bieten können, wenn sie Freude an der Kunst haben. Ich habe das nicht verstanden. Ich bin ab und zu mal im Museum, ich will mich also hier nicht überhöhen. Aber wenn man nicht gerade bei der Eröffnung einer großen populären Ausstellung ist, begegnen einem im Museum vielleicht zwei Leute oder drei. Also warum schließt man die? Mir erschließt sich das nicht.

Und als jemand, der dem Sport sehr zugewandt ist, muss ich auch die Frage aufwerfen, warum man den Profifußball weiterlaufen lässt, aber den Amateursport einstellt. Das müsste zumindest begründet werden. Ich habe noch keine Begründung gehört, die ich richtig nachvollziehen kann. Dass man da Einschränkungen machen muss - ich weiß, wie die Zuschauer da am Rand stehen -, ist klar. Man könnte die Amateure zum Beispiel ohne Zuschauer spielen lassen. Aber warum man den Amateursport einstellt, kann ich nicht richtig nachvollziehen. Vielleicht wird irgendwann mal die Begründung nachgereicht.

Eines will ich auch noch sagen. Es war richtig, Herr Ministerpräsident, dass Sie gesagt haben: „Ich habe mich dafür eingesetzt, dass ein Umsatzausgleich stattfindet.“ Es war auch richtig, dass Sie gesagt haben: „Aber nicht so wie in der Vergangenheit.“ Das war die Selbstkritik, die ich immer wieder gefordert habe. Im Bundestag wurde in der Diskussion gesagt - ich höre mir sowas an, ich habe ja Zeit -: Es sind erst 4 Prozent der Mittel, die man für kleine und mittlere Unternehmen ausgewiesen hatte, ausgezahlt. 4 Prozent! Und als dann die Ankündigung kam: „Wir werden euch helfen“, kamen sofort Leute zu mir und haben gefragt, was heißt: „bis zu“? Wenn man Besitzer eines Betriebes ist und das hört, dann fragt man sich, geben sie mir 30 Prozent, 40 Prozent oder 50 Prozent? Was wird denn jetzt sein?

Gerade für die Gastronomie tut es mir leid, das muss ich sagen, denn die Saar-Gastronomie ist ein Leuchtturm dieses Landes!

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb engagiere ich mich so sehr für sie; ich habe das über viele Jahre getan, auch in meiner aktiven Zeit als Ministerpräsident. Wir können doch stolz sein, dass wir das Land sind mit der besten Gastronomie in Deutschland. Das ist kein Lokalpatriotismus, das kann man mit Zahlen belegen. Deshalb sollte man um diesen Leuchtturm des Landes besorgt sein.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich habe mich gefreut, dass zumindest der Ministerpräsident von Thüringen sich offensichtlich sehr engagiert hat, die Gastronomie offen zu lassen. Er ist aus Hessen unterstützt worden, so hat man mir erzählt, aber gewirkt hat das nicht. Die Entscheidung kennen Sie ja alle. Wie gesagt, Gastronomie ist ein Leuchtturm unseres Landes, ich wollte das nur einmal ansprechen. - Das Vertrauen der Bevölkerung ist ganz, ganz wesentlich, deshalb der Hinweis.

Angesichts meiner kurzen Redezeit möchte ich nur noch ein Problem ansprechen, nämlich die soziale Frage. Die soziale Frage wird im Zusammenhang mit dieser Pandemie viel zu wenig angegangen. Es ist bedauerlich, dass auch in der Bundestagsdebatte, die ich mir sorgfältig angeschaut habe, wichtige Fragen nicht angesprochen worden sind! Ich will hier eines sagen. Das Kurzarbeitergeld beträgt 60 Prozent des Netto. Das hört sich gut an, aber überlegen Sie mal, es gibt Leute, die haben nur 1.000 Euro netto. Was 60 Prozent davon sind, ist ja nicht schwer auszurechnen. „60 Prozent“ sagt sich für uns leicht. Ich will hier mal eine persönliche Bemerkung machen, bitte verstehen Sie das nicht falsch. Ich habe ein schlechtes Gewissen, wenn der öffentliche Dienst, wenn wir keinerlei Einschränkung haben und ich dann höre, dass manche Leute 1.000 Euro verdienen und davon 60 Prozent bekommen.

(Beifall von der LINKEN.)

Das können Sie mir abnehmen oder auch nicht. Ich wollte das hier nur einmal sagen. Deshalb hätten wir es gut gefunden, wenn man bei Niedriglöhnern eine andere Quote angestrebt hätte. Ich hätte das sehr, sehr wichtig gefunden in diesem Kontext.

(Beifall von der LINKEN.)

Ein zweiter Punkt, auf den ich aus Zeitgründen nur noch sehr kurz eingehen kann, ist, dass diese Regelung, dass Kündigungen nicht mehr ausgesprochen werden konnten, nicht verlängert worden ist. Ich halte das für einen richtigen Fehler! Denn wenn die Leute jetzt weiterhin mit ihren 60 Prozent leben müssen, kommen sie am Monatsende in Schwierigkeiten, und was ist dann? Es ist doch einfach nicht zumutbar, dass sie dann rausgeworfen werden können. Selbst Stromsperrungen können wieder erlassen werden! Das zeigt nur, dass die Mehrheit nicht die

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

notwendige Sensibilität für soziale Fragen in unserem Land hat.

(Beifall von der LINKEN.)

Da stimmt dann der berühmte Satz: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Ich nehme an, Sie alle kennen den Autor dieses Satzes. Deshalb auch meine kritische Bemerkung an uns selbst in diesem Kontext.

Es ist aber immer wieder erfreulich, dass die soziale Frage von einigen auch richtig angegangen wird. Hier will ich, auch um deutlich zu machen, dass es mir nicht um Parteipolitik geht, den CSU-Bundesminister Müller nennen. Er hat als einer der ganz wenigen, da möchte ich ihm ein Kompliment machen, darauf hingewiesen, dass die jetzige Vorgehensweise der Industriestaaten, für die gewaltige Mittel in Anspruch genommen werden, dazu führt, dass UN-Programme nicht mehr fortgesetzt werden können, dass deswegen Menschen an Hunger, Malaria und anderen Krankheiten zugrunde gehen. Das finde ich ganz stark, dass ein Minister der Bundesregierung zumindest darauf hinweist, dass unsere Beschäftigung mit uns selbst zu viel größeren Schäden in der Dritten Welt führt.

(Beifall von der LINKEN und bei SPD und CDU.)

Da ich vielleicht später in der Debatte noch etwas erwidern will, mache ich jetzt nur noch eine letzte Bemerkung. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, wir brauchen jetzt eine nationale Kraftanstrengung. Da hat sie eigentlich recht. Aber ich weise darauf hin: Sie regiert seit 15 Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und diese nationale Kraftanstrengung, unser Gesundheitswesen auf Vordermann zu bringen, hätte 15 Jahre lang in Angriff genommen werden können. Stattdessen hat man Betten abgebaut, gekürzt und die Leute zu schlecht bezahlt. Vielleicht lernen wir daraus und machen eine Kehrtwende. Das Gesundheitswesen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, wir sollten anders mit ihm umgehen. Wir sollten so mit ihm umgehen, dass etwa in der Pandemie notwendiges Personal zur Verfügung steht und die Leute ordentlich versorgt werden können.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner in der Aussprache ist der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lafontaine, ich will einige wenige Bemerkungen zu Ihrer Rede machen; am Schluss haben Sie sich ja noch mal gefangen und sind zu vernünftigen Aus-

sagen gekommen, denen ich im Laufe meiner weiteren Ausführungen auch zustimmen werde.

Sie haben beklagt, dass hier über die Verordnung nicht abgestimmt wird. Das hätten Sie vielleicht vorher mal kundtun können. Nicht zuletzt auf mein Betreiben hin haben alle Fraktionsvorsitzenden außer Ihnen selbst seit vor der Sommerpause an einer Projektgruppe teilgenommen, in der all diese Fragen diskutiert worden sind. Ich sage das mal ein bisschen scherzhaft - gehen Sie nicht gleich an die Decke -: Vielleicht ist das für einen Teilzeit-Fraktionsvorsitzenden nicht leistbar und man muss jemand anderen dorthin schicken. Wir haben dort sehr intensiv mit dem Kollegen Flackus diskutiert, das war eine gute Debatte, deswegen sitzen wir heute auch hier. Aber im Nachhinein dann plötzlich mit solchen Vorschlägen zu kommen und zu sagen: „Darüber wird heute nicht abgestimmt“, es tut mir leid, das ist mir ein bisschen zu billig für dieses Haus, deswegen weise ich das an dieser Stelle zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ein zweiter Punkt. Ihre gesamte Argumentation basiert auf einer Fehleinschätzung, nämlich der Fehleinschätzung, diese Landesregierung würde die Pandemielage ausschließlich nach den Infektionszahlen beurteilen - das tut sie nicht, mitnichten! Ich bin an vielen Stellen mit involviert, durchaus auch kritisch, was ich auch bleiben werde. Aber das ist nun wirklich völlig ungerecht. Diese Landesregierung hat das Ganze im Blick, wenn es um die Pandemiebekämpfung geht, und nicht nur eine Zahl. Sie hat all diese Faktoren und Kriterien, die Sie genannt haben, im Blick, und noch viele andere mehr. Deswegen muss das an dieser Stelle von Anfang an klar zurückgewiesen werden. Und damit ist Ihre ganze Argumentation völlig hinüber, lieber Herr Lafontaine.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ein dritter Punkt: Ja, in dieser Koalition wird gestritten. Das ist eine Koalition aus zwei großen, stolzen Parteien. Ich kann Ihnen aber eines sagen: In dieser Koalition wird weniger gestritten als in Ihrer kleinen Partei.

(Lachen bei den Regierungsfraktionen.)

Sie hält auch besser und stärker zusammen. Wir werden auch weiter streiten, aber wir werden in jedem Fall in diesem Land zusammenhalten. Mehr braucht man, glaube ich, an dieser Stelle dazu nicht zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Nun das Positive. Über die soziale Lage müssen wir reden, darauf komme ich gleich zurück. Ich hätte von Ihnen allerdings auch erwartet, dass Sie sich nicht nur in dieses Klein-Klein begeben, sondern

(Abg. Commerçon (SPD))

dass Sie auch die großen Fragen stellen. Es ist nicht das erste Mal, dass ich in dieser Debatte eine große Frage an den Anfang stellen will: Nachfolgende Generationen werden von uns erwarten, dass wir eine Antwort darauf geben, was wir aus dieser Pandemie gelernt haben. Ich glaube, dass Menschen Fehler machen, ist normal, es ist aber nicht gut, wenn Menschen aus ihren Fehlern nicht lernen - das hemmt Entwicklung. Man muss aus den Fehlern, die man gemacht hat, lernen, dass es notwendig ist, nachhaltig zu wirtschaften, zu leben und zu arbeiten. Deswegen müssen wir uns zunächst mal fragen, was wir nicht nur kurzfristig aus dieser Pandemie lernen. Wir haben kurzfristig gelernt, dass wir Abstand halten, Hygienemaßnahmen einleiten und Mund- und Nasenschutz tragen müssen; das verändert sich auch, die Wissenschaft muss auch an dieser Stelle dazulernen.

Es gibt einen zweiten, etwas größeren Punkt, den wir in dieser Pandemie gelernt haben, das haben Sie zu Recht angesprochen: Wir dürfen unser Gesundheitssystem nicht dem Diktat der Ökonomie unterwerfen, wir müssen es am Menschen orientieren und es gut aufstellen. Ich gehe davon aus, der Kollege Magnus Jung kommt später darauf noch ausführlich zurück. Aber eines kommt mir definitiv zu kurz in der gesamten Diskussion über dieses Thema. Die eigentliche Frage, die wir uns stellen müssen, wenn wir wirklich etwas dauerhaft aus dieser Pandemie lernen wollen, ist doch: Wie kam es überhaupt dazu, dass dieses Virus sich auf den Menschen übertragen hat, und wie verhindern wir weitere Pandemien in der Zukunft? Es ist ja eben nicht so, dass dieses Virus plötzlich entstanden ist, nein, wir als Menschen haben selbst dazu beigetragen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es auch entscheidend darauf ankommen, dass wir im Rahmen dieser Diskussion rund um die Pandemie, auch um die Pandemiebekämpfung, dafür Sorge tragen, dass unser Wirtschaften insgesamt nachhaltiger wird. Das ist die eigentlich wichtige Frage, die wir stellen müssen.

(Beifall von der SPD.)

Bei alledem, was die Regierungen derzeit tun und was sie den Bürgerinnen und Bürgern empfehlen oder was sie auch anordnen, habe ich keinen Zweifel daran, dass das nach bestem Wissen und Gewissen geschieht. Ich habe keinen Zweifel daran, dass auch Fehler gemacht werden, auch nicht daran, dass man im Einzelnen drüber streiten muss und nicht in jedem Punkt einig sein kann. Aber eine Frage, nämlich die, wie wir mit unserem Planeten, mit unserer Umwelt umgehen, die Frage, wie wir wirtschaften und ob das so weitergehen kann, kommt mir dabei zu kurz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dabei bin ich der festen Überzeugung, gerade in der Krise müssen wir doch die Chance nutzen, zu überprüfen, wie wir diese Krise vielleicht auch da-

für nutzen können, anders zu wirtschaften, unsere Ressourcen zu schonen. Das war im Übrigen vor der Krise ein virulentes Thema und, meine sehr verehrten Damen und Herren, das darf mitten in der Krise eben nicht in den Hintergrund treten. Nein, wir müssen diese Frage zunehmend in den Mittelpunkt stellen.

Ich weiß, dass das viele jetzt im Alltag nicht unmittelbar beschäftigt, aber ich will nicht schuld daran sein, dass wir irgendwann noch mal in eine solche Situation kommen. Es darf nicht passieren, dass wir irgendwann nicht nur ein COVID-19-Bekämpfungsgesetz brauchen, sondern womöglich dann nächstes Jahr ein COVID-21- und im übernächsten Jahr ein COVID-22-Bekämpfungsgesetz. Ich bin der festen Überzeugung, es wird unsere Aufgabe als Parlament sein, Herr Präsident, und das wäre ein erstes Anliegen an unsere Arbeitsgruppe, auch darüber zu reden, wie wir mit dem Thema Nachhaltigkeit in unserem Land umgehen, was wir als Parlament dazu beitragen können, dass das stärker in den Fokus gerückt wird.

(Beifall von der SPD.)

Ich komme zu dem zweiten großen Punkt, den Sie angesprochen haben, ich nenne es mal noch ein bisschen größer „gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Die soziale Frage ist auch eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dieser gesellschaftliche Zusammenhalt wird viel beschworen, von allen hier eigentlich, er ist so etwas wie eine gewisse saarländische Tugend, so haben wir zumindest immer gedacht. Ja, es ist so, dass wir eine hohe Zustimmung zu den Maßnahmen der Landesregierung, aller Landesregierungen und auch der Bundesregierung haben. Es gibt ein großes Vertrauen in unsere Regierungen und, auch da stimme ich Ihnen wieder zu, wir müssen aufpassen, dass dieses Vertrauen bleibt. Ja, es ist so, das Vertrauen bröckelt ein wenig. Das müssen wir ernst nehmen, dafür müssen wir ein ganz sensibles Sensorium haben.

Anfangs sind wir davon ausgegangen, dass diese Pandemie in wenigen Wochen besiegt sein könnte. Wir wissen, es hat dann Monate gedauert. Der Sommer war trügerisch, da haben wir nämlich plötzlich nur noch über Lockerungen gesprochen. Und obwohl einige immer wieder gewarnt haben, dass wir aufpassen müssen, nicht in eine zweite Welle hineinzugeraten, passiert nun genau dies. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das darf man eben nicht verharmlosen. Die zweite Welle ist nicht nur, was die Infektionszahlen angeht, sondern auch was die drohenden Bettenbelegungszahlen und die drohenden Todesfallzahlen angeht, sehr ernst zu nehmen. Deshalb müssen wir an dieser Stelle aufpassen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt. Wir wissen, das wird nicht mehr so einfach gehen wie vorher, dass man anordnen kann mit Angst als Hintergrund, da stimme ich Ihnen aus-

(Abg. Commerçon (SPD))

drücklich zu. Es wird zunehmend darum gehen, dass wir nicht mit Angst, sondern mit Aufklärung, mit öffentlicher Debatte, auch hier im Parlament, diskutieren. Das ist unsere allerwichtigste Aufgabe in diesem Zusammenhang. Wir sind die Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses Volkes, wir vertreten den Souverän gegenüber der Regierung. Deswegen ist es richtig, dass wir diese Debatten künftig auch stärker hier im Parlament führen. Im Übrigen dient dazu auch unser heutiges Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ja, ich sehe, es drohen gesellschaftliche Spaltungen zwischen den Gesunden und den Kranken, zwischen den Ängstlichen und den Wütenden, zwischen den Zupackenden und den Nachdenklichen und zwischen Arm und Reich. Das ist sicherlich eine der zentralen gesellschaftlichen Fragen, die wir uns stellen müssen. Wir müssen uns die Frage stellen: Was macht dieses Virus eigentlich? Was macht diese Pandemie über die Belastungen des Gesundheitssystems hinaus? Was machen diese Maßnahmen eigentlich mit unserer Gesellschaft?

Jeder Einzelne von uns kann vielleicht inzwischen ahnen, was es mit uns macht, das wird im Übrigen auch individuell sehr unterschiedlich sein. Vielleicht wissen wir es auch von uns Nahestehenden. Ich muss persönlich sagen, ich war anfangs, ganz zu Beginn der Pandemie, extrem beansprucht, weil man als Abgeordneter, zumal auch als ehemaliges Regierungsmitglied, sich in den ersten Tagen auf den ersten Blick so ganz an den Rand gedrängt gefühlt hat. Man hat gedacht: Jetzt machen die, und wir als Parlament werden gar nicht gebraucht. - Das war mitnichten so, wir sind sehr schnell gebraucht worden. Aber das war so ein erstes Gefühl. Und wir sind ja alle, auch ich, letztlich von Gefühlen und Stimmungen immer wieder in Anspruch genommen.

Wir haben als Parlament die Aufgabe, kritisch zu hinterfragen. Ich finde das im Übrigen auch gar nicht schlimm, warum sollen wir in diesem Parlament nicht kritisch diskutieren? Solange es nicht ins Persönliche geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das unsere Aufgabe. Ich finde, das muss eine wichtige Lehre sein: Nicht immer nur Common Sense an verschiedenen Stellen vorspielen, wo er tatsächlich nicht vorhanden ist, sondern auch dafür sorgen, dass öffentlich darüber diskutiert wird. Das hat uns der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes im Übrigen auch aufgegeben: Nicht im stillen Kämmerlein hinter verschlossenen Türen oder in Videoschaltkonferenzen der Landesregierung miteinander diskutieren, sondern diese Diskussion durchaus auch auf dem Resonanzboden der Öffentlichkeit führen. Wir sollten uns nicht gegenseitig persönlich dabei verletzen, aber in der Sache Argumente vor der Öffentlichkeit auszutragen, muss in einer offenen

und demokratischen Gesellschaft nicht zu Verunsicherung führen, nein, es kann zu einer Stärkung dieser offenen und demokratischen Gesellschaft führen. Jedenfalls ist das immer mein Politikanspruch gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen werde ich auch immer öffentlich Kritik äußern, auf der anderen Seite werde ich im nächsten Moment dort solidarisch sein, wo man gemeinsame Beschlüsse gefasst hat. Ich glaube, so gehört sich das in einer selbstbewussten Koalition. So verstehe ich unsere Zusammenarbeit, lieber Alex Funk. Ich glaube, das machen wir auch so. Wenn dann mal ein Ton danebengeht, ruft man sich gegenseitig an. Das kommt gelegentlich auch vor. Herr Lafontaine, das werden wir Ihnen dann aber nicht auf die Nase binden.

(Heiterkeit. - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ja, wir werden als Parlament zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen. Wir haben das am Montag in unserer Fraktion noch sehr intensiv diskutiert. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir die Arbeitsfähigkeit unseres Parlaments verbessern. Ich finde es unbefriedigend, dass wir erst heute zusammensitzen. Die meisten anderen Landesparlamente haben das am vergangenen Freitag hinbekommen. Es wäre folgerichtig gewesen, wenn wir das auch am vergangenen Freitag gemacht hätten und nicht erst heute. Dann wäre nämlich die Reihenfolge die richtige gewesen. Dann hätten wir zuerst im Parlament beraten und anschließend hätte die Landesregierung beschließen können.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und bei der AfD.)

Ich bedaure das. Es hatte organisatorische Gründe, ich finde allerdings, damit müssen wir uns dann beschäftigen. Es kann nicht so sein, dass das Parlament drei oder vier Tage warten muss, bis es einberufen wird. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird eine Aufgabe für uns im Erweiterten Präsidium oder in der Projektgruppe sein, dafür Sorge zu tragen, dass künftig dieses Parlament jederzeit sehr schnell zusammentreten kann. Ich finde, das ist eine der Lehren, die wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ziehen müssen.

(Beifall von der SPD.)

Es wird dem einen oder anderen vielleicht nicht so gefallen, dass wir auch unseren Sitzungsrythmus erhöhen müssen. Das sind aber Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Wir sind hier eben keine Teilzeitabgeordneten, wir arbeiten alle sehr viel, aber in Pandemiezeiten ist es vielleicht auch erforderlich, dass das Plenum häufiger zusammentritt. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Eckpfeiler unserer Demokratie. Deswegen sollten wir an dieser Stelle entsprechend weiterarbeiten. Denn dieses Parlament muss stellvertretend für die gesamte Ge-

(Abg. Commerçon (SPD))

sellschaft Debatten führen. Es muss sie öffentlich führen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich wünsche mir in unserem Land mehr öffentlichen Diskurs, ich wünsche mir, dass dieser Diskurs stattfindet, ohne dass es gleich als fruchtloser Streit oder als Koalitionskrise gewertet wird. Ich bin streitbar, das weiß jeder, ich bin aber auf der anderen Seite auch solidarisch. Ich glaube, das müssen wir uns auch leisten, denn wenn wir wirklich die Bevölkerung mitnehmen wollen, geht das nur, wenn wir alle Schattierungen, alle Diskussionsstränge, die vorhanden sind, tatsächlich in unsere Beratungen hineinnehmen. Das war in den ersten Wochen und Monaten der Pandemie nicht möglich. Aber jetzt haben wir einen Zeitpunkt, an dem wir wissen, dass es noch weitergehen wird. Ich mache mir keine Illusionen: Die Pandemie wird nicht Ende November plötzlich verschwunden sein. Sie wird die nächsten Wochen und Monate weitergehen. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren noch mit dieser Pandemie beschäftigen, weil wir mit den Folgen leben müssen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich komme zum Gesetzentwurf selbst. Die Kollegin Berg wird sicherlich im Weiteren noch im Detail darauf eingehen. Ich will an dieser Stelle schon einmal sagen, dass ich zuversichtlich bin, dass wir diesen Gesetzentwurf heute in den Verfassungs- und Rechtsausschuss überweisen können. Ich bitte allerdings auch darum, die anderen Fachkolleginnen und -kollegen mit einzubeziehen. Ich finde, dieses Gesetz kann keines sein, das nur in einem Ausschuss beraten wird. Ich weiß aber, dass es dort in guten Händen ist. Ich sage von dieser Stelle aus auch - wie wir es von Anfang an kundgetan haben -, dass wir es heute in Erster Lesung als SPD-Fraktion mittragen. Ich glaube, wir müssen an diesem Gesetzentwurf noch einiges verbessern. Wir müssen noch an einigen Stellen diskutieren. Dazu dienen die Anhörungen. Deswegen werden wir auch ein öffentliches Anhörungsverfahren dazu machen müssen, um eben den Diskurs zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vielleicht das Schöne, dass wir mit diesem Gesetzentwurf nach Baden-Württemberg das zweite Bundesland überhaupt sind, das eine eigene gesetzliche Grundlage schafft. Ich finde, darauf können wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein bisschen stolz sein. Man kann auch öffentlich gut vertreten, dass wir das tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu den Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts habe ich einiges gesagt, aber es geht natürlich auch um die Zukunft. Eine wichtige Frage wird sein, wer das Ganze eigentlich bezahlt. Ich vermute, da werden wir unterschiedliche Auffassungen im Parlament haben. Es ist richtig, dass umfassend geholfen wird. Im Übrigen haben beide Koalitionsfraktionen

zuvörderst dafür gesorgt, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt tatsächlich massiv intervenieren und helfen können. Das ist richtig so. Es ist richtig, dass im Gesundheits- und Bildungsbereich aufpersonalisiert wird. Sicherlich ist das auch eine Lehre, die wir ziehen. Das Sparen im öffentlichen Dienst wurde, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nicht mit der Großen Koalition 2012 begonnen, sondern das gab es bereits, als ich Jusos war. Die damalige Landesregierung hat damals schon im öffentlichen Dienst massiv gespart. Dieses Sparen im öffentlichen Dienst war, so glaube ich, teilweise ein Irrweg. Wir müssen uns überlegen, wie wir weiter einen stabilen öffentlichen Dienst aufrechterhalten können und wie wir diesen stabilen öffentlichen Dienst solidarisch finanzieren können.

Ich höre schon die Ersten, die sagen: Das darf aber auf keinen Fall durch Steuererhöhungen geschehen. Ich habe keine Angst davor, diese Diskussion zu führen. Ich glaube, dass die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen Schultern. Es wird am Ende des Tages nicht anders gehen, als dass diejenigen, die es sich leisten können, eben auch vermehrt dazu beitragen. Diejenigen, die in der Krise womöglich noch die Gewinner waren, müssen dazu beitragen. Es dürfen nicht die Verliererinnen und Verlierer sein. Meine Partei und meine Fraktion werden sehr großen Wert darauf legen, dass am Schluss nicht diejenigen, die unter dem Virus am meisten gelitten haben, auch noch die Zeche zu zahlen haben. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und eine wichtige Debatte, die wir ab sofort auch öffentlich zu führen haben.

(Beifall von der SPD.)

Ich möchte einen Punkt aufgreifen, bei dem ich Herrn Lafontaine ausdrücklich recht geben muss. Meine persönliche Sicht: Es gibt für mich einen wunden Punkt, den ich mittrage, den ich aber trotzdem als besonders schmerzhaft empfinde. Es geht um die Schließung unserer Kultureinrichtungen. Schon im Frühjahr habe ich nicht verstanden, warum alle Museen schließen mussten. Das verstehe ich heute immer noch nicht. Es wird damit begründet, dass wir allgemein Kontakte reduzieren müssen. Ich habe hier meine Befürchtungen, aber wir werden es sehen, es hilft nichts und ist müßig, klein-klein darüber zu reden, es ist jetzt so. Aber wir müssen es beobachten und wir müssen daraus lernen. Ich glaube, dass wir Museen und Kultureinrichtungen dafür nutzen können, dass die Menschen sich eben nicht im Privaten unkontrolliert zusammensetzen. Das ist ein wichtiges Argument, das man betrachten muss. Ich möchte natürlich das Ganze nicht infrage stellen, im Großen und Ganzen halte ich die Maßnahmen ja auch für richtig.

Es gibt einen weiteren Punkt, an dem ich wirklich darum bitte, dass alle in sich gehen: Kultureinrichtungen als Freizeiteinrichtungen zu bezeichnen, sie

(Abg. Commerçon (SPD))

damit herabzusetzen und zu degradieren, entspricht nicht unserem gesellschaftlichen Stand. Sie in einem Atemzug mit anderen, die ich jetzt nicht einzeln aufzählen will, zu nennen, wird der ganzen Sache nicht gerecht. Der Kollege Zehner, den ich gerade nicht sehen kann, und ich waren beide am Sonntagabend in der letzten Vorstellung, die das Saarländische Staatstheater noch geben konnte. Es war ein trauriger Abend, nicht wegen der Oper, die eigentlich ganz okay war, aber es war ein trauriger Abend, weil an diesem Tag sehr viele gesagt haben, dass das Theater auch ein Ort ist, an dem wir gesellschaftlichen Diskurs pflegen. Deswegen bin ich der Kulturministerin und fast allen Kulturministerinnen und Kulturministern der Republik sehr dankbar, dass sie nicht nachgelassen und gekämpft haben.

Ich verstehe, dass man irgendwann Prioritäten setzen muss und richtigerweise sagt: Die Bildungseinrichtungen kommen zuerst. Meine Bildungs- und Kulturministerin hat allerdings auch gesagt, dass Kultureinrichtungen eigentlich Bildungseinrichtungen sind. Und das ist ebenfalls richtig. Ich rede nicht von den nächsten vier Wochen, sondern über den weiteren Zeitraum, in dem wir darüber nachdenken müssen, wie wir eigentlich mit den Kultureinrichtungen umgehen. Wir haben sie zu Hygienekonzepten gebracht, sie haben sehr viel in diese Hygienekonzepte investiert und sie leisten ihren gesellschaftspolitischen Beitrag, aber dann müssen wir ihnen kurzfristig sagen, dass es doch nicht reicht und wir sie schließen müssen. Das dürfen wir uns kein drittes Mal erlauben. Hieran müssen wir tatsächlich arbeiten. Wir müssen an diesen Stellen auch darauf achten, dass wir das Infektionsgeschehen auf jeden Fall noch besser unter Kontrolle bringen. Ich möchte nun einen Satz sagen, den ich sehr verinnerlicht habe und sehr spüre: Ohne Kunst und Kultur wird es still in unserem Land. - Aber ganz still soll es in unserem Land nicht werden. Das gehört auch zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe dem Präsidenten bereits eine Anregung gegeben, womit wir uns zu beschäftigen haben. Wir haben jetzt ein bisschen Zeit gewonnen für unsere Projektgruppe, lieber Stephan, die viel Freude macht, weil wir dort konstruktiv zusammenarbeiten. Ich glaube, wir sollten die Kulturschaffenden dort einmal einbeziehen und fragen, wie wir an dem Thema Kultur arbeiten können. Das wäre ein wichtiger, konstruktiver Vorschlag, wie ich finde. An zweiter Stelle sollten wir, nachdem wir die Juristinnen und Juristen umfassend gehört haben, auch andere Expertinnen und Experten hinzuziehen. Ich greife das ausdrücklich auf, wir brauchen natürlich weiterhin Juristinnen und Juristen, keine Frage, wir müssen uns aber in der Tat auch mit der Frage beschäftigen, was das Virus mit der Gesamtgesellschaft tut. Deswegen habe ich schon vor Monaten dazu geraten - und wir sind dabei, das abzuarbeiten

-, auch Psychologinnen und Psychologen mit heranzuziehen und mit ihnen zu diskutieren, was eigentlich in einer Gesellschaft geschieht, die in solche Situationen hineinkommt und solche Einschränkungen miterleben muss. Ich nehme das in der Tat sehr ernst. Herr Lafontaine, hier sind wir auf der gleichen Wellenlänge, was nicht immer vorkommt.

Drittens, Herr Präsident, möchte ich darum bitten, dass wir uns auch mit dem beschäftigen, was ich ganz zu Beginn genannt habe. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie dieses Virus eigentlich entstanden ist und wie es sich auf den Menschen überträgt. Was hat dazu beigetragen, dass wir es nicht geschafft haben, es frühzeitig einzudämmen? Diese wichtigen Fragen haben wir in Zukunft zu stellen. Ansonsten, so finde ich, haben wir in den letzten Monaten als Parlament wirklich einen guten Job gemacht. - Jetzt hätte ich beinahe Donald Trump zitiert. Ich halte ja sonst nicht so viel von ihm, aber wenn man wirklich einen guten Job gemacht hat, dann darf man das auch einmal sagen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in diesem Hause und bitte um Zustimmung zu diesem Gesetz. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner in der Aussprache ist der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr. Er wird auch gleichzeitig den Antrag der AfD-Landtagsfraktion begründen.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Die Regierungserklärung bringt uns im Kampf gegen Corona nicht weiter, sie dient nur der Selbstdarstellung einer im Kampf gegen Corona wenig erfolgreichen Regierung. Zum Thema Corona fällt der Regierung nur das Wort Freiheitsbeschränkung ein.

Zu der heutigen Sitzung muss weiterhin festgestellt werden, dass sie den eigenen Empfehlungen der Regierung widerspricht. Herr Ministerpräsident Hans hat gesagt, je weniger Kontakte, desto geringer wäre die Verbreitung des Virus. Das ist richtig. Hier haben wir Kontakte. Ein guter Grund, dass wir heute zusammenkommen, ist tatsächlich die Einbringung des Gesetzes gegen Corona in Erster Lesung, aber für eine Regierungserklärung hätten wir das nicht gebraucht. Der Ministerpräsident hat einen Text mehr oder weniger vorgelesen. Das hätte er genauso gut im Fernsehen tun können, wir hätten als Parlamentarier schriftlich eine Erwiderung abgeben können, dann hätte man sich den Aufwand hier mit den Kontakten und Kosten ersparen können.

(Abg. Dörr (AfD))

(Abg. Dr. Jung (SPD): Demokratie ist eben ganz schön teuer! - Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD). - Abg. Kurtz (SPD): Herr Dörr, die Zeit, die Sie mir klauen, ist auch ganz schön teuer! - Unruhe.)

Präsident Toscani:

Das Wort hat der Abgeordnete Dörr.

Abg. Dörr (AfD):

Es ist schon gesagt worden, dass die Regierung nicht in allem einig ist, die einzelnen Mitglieder, die Kritik geübt haben, hatten schon recht. Insgesamt hat die Regierung hier kein gutes Bild abgegeben.

Mir ist nur wenig Zeit gegeben, aus diesem Grunde kann ich froh sein, dass mein Vorredner, der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, hier eigentlich eine schonungslose Regierungserklärung abgegeben hat. Er hat die Probleme dargelegt, sie richtig analysiert und die richtigen Schlüsse gezogen. Ich brauche das im Einzelnen also nicht zu tun. Das erleichtert mir meine Aufgabe.

Wenn man zurückschaut, wie es vorher war und woher wir kommen, dann kommen folgende Schlagworte: überstürzte Grenzschießungen ohne Abstimmungen mit den Nachbarn, übereilte Schulschließungen, Schließung von Betrieben und Gaststätten, Einstellung des gesamten Sport- und Kulturbetriebes. An dieser Stelle muss ich meinem Vorredner recht geben: Wir können Unterhaltung nicht mit Kultur gleichsetzen. Da ist ein großer Unterschied zu machen. Museen und andere Kultureinrichtungen sind von Unterhaltungseinrichtungen strikter zu trennen. Die Folgen der Schließungen sind allen bekannt. Einzig und allein die Schließung mancher Behörden hatte keine solchen gravierenden Folgen. Vielleicht war es für manche ganz ordentlich, dass weniger Bürokratie zu bewältigen war.

(Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Es wurde von Vertrauen geredet. Das ist ein wichtiges Wort, ein wichtiger Begriff und eine wichtige Sache. Vertrauen kann die Regierung nur erwerben, wenn sie lückenlos dafür sorgt, dass die Bevölkerung aufgeklärt wird über die Umstände und Tatsachen, die mit Corona zusammenhängen. Sie darf keine erzieherische oder tendenziöse Aufgabe übernehmen, nein, sie muss die Leute sachlich und aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen aufklären.

Dazu möchte ich etwas Wichtiges sagen: Es ist meiner Ansicht nach grober Unsinn zu meinen, man könnte ein solches Problem deutschlandweit oder auch nur saarlandweit lösen. Man kann die Rahmenbedingungen setzen. Es ist davon gesprochen worden, wie unser Gesundheitssystem aufgestellt

ist. Wie stehen unsere Pflegerinnen und Pfleger da? - Es fehlen 300.000. Wie ist diese Situation? Das können wir zwar bundes- und landesweit regeln, aber die einzelnen Probleme entstehen nicht landesweit, sie entstehen nicht im ganzen Saarland, sondern irgendwo im Saarland, vielleicht in Hirzweiler. Wer von der Regierung traut sich zu sagen, dass er wisse, wie die Situation dort oder in Wallerfangen oder Kleinblittersdorf ist? - Ich nehme an, niemand. Das wissen nur die Leute an Ort und Stelle. Die Leute dort sind auch nicht dümmer als die Mitglieder der Regierung. Sie wissen Bescheid. Oft sind sie beruflich dafür ausgebildet, sind Ärzte oder Lehrer. Sie sind an Ort und Stelle und kennen die Situation. Ich meine, die Information der Bevölkerung müsste viel umfassender sein. Ich bekomme vom Gesundheitsministerium seit Monaten eine tägliche Information über den Stand der Infektionen. Das ist natürlich nicht so aussagekräftig, am Schluss steht die Anzahl der Toten. Das bekomme ich und lese es jeden Tag. Ich habe auch die Entwicklung gesehen, aber diese ist pauschal. Daraus kann ich keine Handlung ableiten, niemand kann das. Das könnte man nur, wenn man zum Beispiel auf Stadt- und Gemeindeebene als Grundlage so informiert wird. Dann muss man aber wissen, was für Tote das sind, woran sie wirklich gestorben sind, wie alt sie waren und welche Krankheitsgeschichte sie hatten. Nur dann kann man vor Ort genau sehen und abwägen, welche Maßnahmen notwendig sind.

Ich denke, wir müssen aus der Krise lernen, dass man nicht alles pauschal, einheitlich und gleichzeitig regeln kann, sondern dass man es den Umständen entsprechend vor Ort regeln muss. Das heißt, die Städte und Gemeinden müssen in unserer jetzigen Situation mit den Gesundheitsämtern auf Kreisebene die vor Ort wichtigen Maßnahmen treffen. In dem Moment, in dem die Bevölkerung weiß, wie es in ihrem Ort aussieht, und vielleicht mitbestimmen kann, was in ihrem Ort vorgeschrieben wird, ist sie wahrscheinlich auch bereit, mitzuarbeiten und vielleicht auch noch einen Schritt weiterzugehen, nämlich sich über Verbote hinaus verantwortungsvoll und verantwortungsbewusst zu verhalten.

Was die Pflegekräfte betrifft, die uns jetzt fehlen: Man muss sich ansehen, was jetzt die vordringlichen Probleme sind. Was brauchen wir? - Wenn ich es aus dem vergangenen Geschehen richtig mitbekommen habe, ist es wichtig, dass wir Beatmungsplätze haben. Das ist der Punkt, an dem die Gesamtgesellschaft und die Familie zu Hause nichts mehr machen können. Der Patient ist im Krankenhaus, die Intensivstation hat nicht gereicht, er muss beatmet werden. Dann kommt es darauf an, ob die Beatmungsgeräte da sind oder nicht. Wir haben erlebt, dass man in Frankreich tatsächlich schon vor der Situation gestanden hat, dass man aussuchen musste, wer drankommt und wer nicht drankommt. Es ist eine entsetzliche Situation für einen Arzt. Gott sei

(Abg. Dörr (AfD))

Dank konnte geholfen werden, indem deutsche Krankenhäuser solche Patienten aufgenommen haben. Es ist wichtig, dass man diese Geräte vorhält. Es nützt trotzdem nichts, wenn wir die Geräte haben, aber nicht die Leute, die sie bedienen können. Wir brauchen also ärztliches Personal und Pflegepersonal.

Ich habe die Szenen gesehen, als Leute an den Fenstern für das heldenhafte Verhalten des Pflegepersonals geklatscht und gejubelt haben. In dem Moment ist das gut, es tut auch gut, aber was gebraucht wird, ist eine dauerhafte Schätzung dieser Leute und die drückt sich eben in der Bezahlung aus. Wenn ich jemanden schlecht bezahle, schätze ich ihn auch nicht. Es geht aber nicht nur um die Bezahlung, es ist auch die Situation am Arbeitsplatz. Das muss also als Erstes sichergestellt werden.

Ich will noch ein paar Worte zu dem sagen, was Herr Hans angesprochen hat. Es sind 346 von 412 Regionen, die schon als „rot“ bezeichnet werden können. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was ich eben gesagt habe. Nach Regionen zu gehen, ist zu einfach, nach Regionen kann man nicht vorgehen. Es muss viel enger gefasst werden.

Zur Überlastung des Gesundheitswesens. Woher kommt sie? - Das ist eine Aufgabe, die sich Frau Merkel schon vor über 15 Jahren hätte stellen können und die in Verbindung mit den Landesregierungen schon hätte verwirklicht werden können.

Dann hat der Ministerpräsident gesagt - das hat mir sehr gut gefallen -, dass er für Ratschläge dankbar ist. Bisher haben wir von der AfD schon eine Menge Vorschläge gemacht. Wir haben aber nicht erlebt, dass sie angenommen worden sind. Ehrlich gesagt, zweifle ich daran, dass das, was ich hier bezüglich der Situation vor Ort gesagt habe, wirklich in Angriff genommen wird, aber ich lasse mich gerne überraschen.

Weiterhin hat Herr Hans davon gesprochen, dass die große Mehrheit im Landtag diese Sache unterstützt. Das muss ich berichtigen. Wir von der AfD haben klar gesagt, dass wir mitmachen. Dann kann man uns auch durchaus nennen. Man kann sagen: Die Mitglieder dieses Parlamentes stehen dahinter. - Bei der Aufzählung vorher haben wir gefehlt, als alle Parteien aufgezählt worden sind. Das ist korrekt, da sind wir noch nicht so weit, wir sind noch in keiner Regierung. Es war vielleicht auf uns gemünzt, denn wir sind die Außenseiter, die man nicht extra nennen muss.

(Sprechen. - Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Noch eine Bemerkung zu dem Gesetz, das eingebracht worden ist. Wir haben das bei uns in der Fraktion auch besprochen und wir sind auf der Seite derer, die eine größere Mitwirkung des Parlaments

anmahnen. Deshalb sind wir für dieses Gesetz, auch wenn es ein Ermächtigungsgesetz ist. Wir ermächtigen die Regierung, Verordnungen zu erlassen. Das ist ein Vertrauensvorschuss. Wir hoffen doch stark, dass die Regierung dieses Vertrauen und diese Erwartung erfüllt. Allerdings - deshalb haben wir gerne mitgemacht - hat das Parlament die letzte Kontrolle. Wenn die Regierung Verordnungen erlässt, muss sie zuerst einmal die Verhältnismäßigkeit im Auge haben. Die Verordnungen sind außerdem auf 14 Tage begrenzt und sie müssen dem Parlament unverzüglich zur Kenntnis gebracht werden. Das Parlament kann dann sofort per Gesetz diese Verordnung außer Kraft setzen. Das ist das Muster. Es ist hier schon richtig gesagt worden. Wir sind auch der Ansicht. Der Entwurf wird in den Fachausschüssen gehen und vielleicht auch noch in anderen Ausschüssen oder Gremien beraten werden. Es werden Fachleute angehört werden und wir werden uns in der nächsten oder übernächsten Parlaments-sitzung mit dem Gesetz noch einmal befassen. Wir stehen also voll dahinter, dass dieses Gesetz heute eingebracht, angenommen und in die Ausschüsse geschickt wird.

Wir haben noch den Antrag eingebracht, dass die Gaststätten und Kultureinrichtungen durchaus geöffnet werden sollten. Dazu wird mein Kollege Rudolf Müller noch einige Worte sagen. Ich möchte nur eines erwähnen: Der Ministerpräsident hat gesagt, es tue ihm furchtbar weh. Herr Commerçon hat auch gesagt, es tue ihm weh, aber im Moment könne man nichts anderes machen. Ich sage mal so, wenn es so weh tut und wenn die Schmerzen unerträglich werden - mir tut es auch weh, ich habe nur keine Macht, das zu ändern -, ändern Sie es doch. Ändern Sie diese Verordnung, sodass die Gaststätten und die kulturellen Einrichtungen öffnen können! - Herzlichen Dank.

(Beifall der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Volksmund sagt: Zahlen lügen nicht. - Deswegen schauen wir uns in meiner Rede die Zahlen zunächst einmal an: eine Verdreifachung der Infektionszahlen in den vergangenen 14 Tagen, eine Verfünffachung seit Mitte Oktober. - Nun wirft uns der Oppositionsführer Herr Lafontaine vor, dass wir nur auf diese Infektionszahlen starren. Wir würden der Bevölkerung mit diesen Infektionszonen Angst und sie dadurch krank machen. An der Stelle könnte ich Hannah Arendt zitieren: Angst ist für das Überleben

(Abg. Funk (CDU))

unverzichtbar. - Was mich eigentlich an Ihrer Aussage und an der Aussage vieler Wissenschaftler und Experten, die in den letzten Wochen immer wieder in den Raum geworfen haben, dass man nicht nur auf die Infektionszahlen starren dürfe, enttäuscht, ist die Verharmlosung, diese Beschwichtigung. Denn darum geht es Ihnen letztendlich. Sie wollen so tun, als sei diese Pandemie nicht so schlimm, wie sie ist. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, Herr Lafontaine!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Zumal es auch nicht stimmt, dass wir nur auf diese Zahlen starren, mal davon abgesehen, dass das RKI einen täglichen Lagebericht zusammenstellt, der im Übrigen jedem Abgeordneten des saarländischen Landtages jeden Tag zur Verfügung gestellt wird. Dort stehen dann auch das Verhältnis zur Bevölkerung, die Inzidenzen zu 100.000 Einwohnern, die Anzahl der Testungen, die Positivraten, die Zahl der Intensivbetten, die Zahl der Todesfälle und so weiter. Es gibt also noch viel mehr Kriterien, die für diese Maßnahmen herangezogen werden. Es ist das Entscheidende, dass alles aus den Infektionszahlen abgeleitet werden kann, und jeder intelligente Mensch sollte das auch tun können.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Mittlerweile gibt es 2.061 COVID-19-Patienten, Stand 01. November. Es ist eine Verdopplung in zehn Tagen. 47 Prozent dieser Patienten müssen beatmet werden - es ist heute schon vom Ministerpräsident angesprochen worden. Der Oberarzt am UKS Philipp Lippert hat dazu ausgeführt, dass 32 Prozent davon sterben.

In den vergangenen Wochen und Monaten sind die Infektionszahlen trotz aller Appelle und Mahnungen gestiegen. Vielleicht ist die Politik auch mitverantwortlich, beispielsweise wegen des Flickenteppichs, den es in Deutschland gab. Viele Menschen haben auch nicht mehr so richtig gewusst, was man wo überhaupt noch tun darf. Das muss man dann auch selbstkritisch sagen, Herr Lafontaine. Es ging Ihnen darum, dass man auch mal Selbstkritik übt. Deswegen ist es so wertvoll, deswegen ist es so wichtig, dass die Bundeskanzlerin mit allen Bundesländern einen gemeinsamen Weg für den Monat November aufgezeigt hat. Herr Dörr, deswegen wurden auch die Parteien genannt, die irgendwo in einer Landesregierung dabei sind. Dort ist die AfD Gott sei Dank nicht dabei.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Folgen dieser steigenden Infektionszahlen sind relativ einfach zu erklären, weil wir jetzt seit einem halben Jahr Erfahrung haben. Als Erstes sind die Gesundheitsämter überlastet. In vielen Städten in Deutschland können die Gesundheitsämter die Kontaktnachverfolgung gar nicht mehr gewährleisten.

Berlin hat quasi aufgegeben. Der nächste Schritt ist, dass die Testkapazitäten an ihre Grenzen kommen und überlastet sind. In Belgien wird nur noch getestet, wenn man in ein Krankenhaus kommt. Anschließend werden die Krankenhausbetten belegt und die Krankenhäuser überfüllt sein. Am Ende werden uns auch die Medikamente ausgehen. Dann brauchen wir uns nur in Europa umzuschauen und können es beobachten. Wir wissen, wie es vor einem halben Jahr in Italien war, als die Menschen in Behelfskrankenhäusern gestorben sind und die Ärzte nicht mehr ausreichend helfen konnten. Herr Lafontaine, wenn Sie dann sagen, Angela Merkel hätte für eine Kraftanstrengung in unserem Gesundheitswesen 15 Jahre lang Zeit gehabt, müssen wir heute doch feststellen, dass unser deutsches Gesundheitswesen eines der besten auf der Welt ist. Darauf können wir stolz sein!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Natürlich hat es auch Schwächen und natürlich ist eine solche Pandemie, die niemand vorhergesehen oder sich gewünscht hat, eine besondere Belastung für das Gesundheitswesen. Deswegen machen wir doch die Maßnahmen, um eben dieses Gesundheitswesen zu schützen. Die Situation in den Krankenhäusern ist heute doch eine ganz andere, im Übrigen auch eine andere als vor einem halben Jahr. Vor einem halben Jahr sind die Menschen ganz normal zur Arbeit gegangen. Heute stellen wir fest, dass Menschen zunehmend Angst haben und sich krankmelden, wenn eine Infektion im Krankenhausbetrieb aufgetreten ist. Auch das verstärkt den Personalmangel. Trotzdem haben wir in der Vergangenheit gegen diesen Fachkräftemangel angekämpft. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht: Wir haben schon vor vier Jahren den Pflegepakt initiiert, wir haben die Deutsche Fachkräfteagentur und die ersten Pflegerinnen und Pfleger aus dem Ausland sind schon da, die uns unterstützen. Das sind alles richtige und wichtige Maßnahmen. Sie zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Trotzdem ist es notwendig, dass jetzt wieder Operationen verschoben werden können, dass die Krankenhäuser Betten freihalten können, dass Operationen, die nicht dringend notwendig sind, ins Frühjahr verschoben werden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir jetzt den Rettungsschirm für die Krankenhäuser verlängern, wie es bis zum 30. September der Fall war, um diese Kapazitäten freizuhalten. Natürlich können wir warten, bis die Krankenhäuser voll sind. Wir können wie der ungläubige Thomas sagen: „Ich glaube erst an die Auferstehung, wenn ich meinen Finger in die Wunde von Jesus stecken kann.“ Ich kann aber auch sagen: „Selig sind die, die nicht sehen und doch glauben.“ Ich appelliere ganz stark, dass wir nicht warten, bis die Krankenhäuser

(Abg. Funk (CDU))

betten voll sind und das Gesundheitswesen zusammenbricht, sondern dass wir vorher handeln. Deswegen haben die Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin diesen Lockdown veranlasst. Wir halten das für richtig und wichtig.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Jetzt haben Sie, Herr Lafontaine, gefragt, warum die Museen schließen müssen. Warum der Amateursport? Warum die Gastronomie? - Ich höre da ein bisschen die Frage heraus: Ist das denn gerecht? - Die Profifußballer dürfen weiter Fußball spielen, die Amateurfußballer nicht. So sehr ich Ihnen zubillige, dass Sie die Partei der Gerechtigkeit sein wollen und die ein zentrales Element Ihrer politischen Tätigkeit ist, geht es in dieser Frage gar nicht um Gerechtigkeit. Es geht schlicht und ergreifend um Prioritäten. Der Ministerpräsident hat gesagt: Die erste Priorität ist, dass unsere Wirtschaft weiter am Laufen bleibt, die Schulen geöffnet bleiben und wir unser Freizeitverhalten an die pandemische Lage anpassen müssen. - Wenn wir die Gastronomie schließen, geht es nicht darum, dass wir irgendwen bestrafen wollen. Wir müssen die Weichen und Drehkreuze schließen, an denen sich die Wege des Virus kreuzen, um anschließend wieder in alle Himmelsrichtungen zu verschwinden. Es geht nicht um die Orte der Ansteckung, sondern um Wege der Verbreitung, deshalb müssen aus der Autobahn der Verbreitung wieder ganz schnell verkehrsberuhigte Zonen werden. Das geht nur, meine Damen und Herren, indem wir die Kontakte reduzieren und insbesondere das Freizeitverhalten überdenken und ändern. Ja, das geht einher mit Grundrechtseingriffen. Das ist jedem von uns bewusst. Gerade zu diesem Thema hat mein Kollege im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus am vergangenen Donnerstag einen wichtigen Satz gesagt: Freiheit ist nicht immer nur die Freiheit der Jungen und Starken, Freiheit ist auch immer die Freiheit der Schwachen und der Anderen. Wer in dieser Pandemie Freiheit nur darauf reduziert, dass die Starken diese Freiheit ausüben können, degeneriert diesen Freiheitsbegriff zum Recht des Stärkeren. - Übrigens, die Fallzahlen bei der Altersgruppe der über Sechzigjährigen sind in kürzester Zeit um 80 Prozent angewachsen, so wird dieser Satz umso gehaltvoller.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir bringen deshalb heute auch das COVID-19-Maßnahmengesetz ein. An dieser Stelle darf ich sehr herzlich unserem Landtagspräsidenten für die Initiative danken, alle Fraktionen einzuladen, an diesem Gesetzentwurf mitzuarbeiten. Und ich bedanke mich auch bei allen Fraktionen, dass sie das so konstruktiv getan haben und dass wir am heutigen Tag diesen Gesetzentwurf in Erster Lesung einbringen können. Uns allen ist bewusst, dass es noch Anhörungen geben wird, dass auch andere Kollegen der Fraktionen ihre Meinung dazu sagen sollen. Es kann

dann auch Änderungsanträge geben. Wir wissen auch, dass in den vergangenen Tagen die bundespolitische Debatte an Fahrt aufgenommen hat und vielleicht auch der Bundestag selbst tätig werden wird, um das Infektionsschutzgesetz des Bundes zu konkretisieren. Es könnte daher auch dazu kommen, dass dieses Gesetz überflüssig wird, weil Bundesrecht Landesrecht bricht. Wir sind aber jedenfalls mit diesem Gesetz bundesweit Vorreiter. Ich glaube, darauf können wir Saarländerinnen und Saarländer auch ein wenig stolz sein. Deshalb noch einmal einen herzlichen Dank an alle, die daran mitgearbeitet haben. Ich bitte um Zustimmung in Erster Lesung.

Da ich, meine Damen und Herren, gerade am Danken bin, bedanke ich mich angesichts dieser für unser Land so schwierigen Situation auch bei allen, die jetzt ganz besonders Verantwortung tragen. Ich weiß, dass einer Aufzählung die Schwäche inneohnt, dass gerne einmal jemand vergessen wird. Aber ganz besonders sei in diesen Tagen ein Dank an die Lehrerinnen und Lehrer gerichtet, die einen sehr schwierigen Job machen und jeden Tag aufs Neue in den Schulen planen müssen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ein Dank geht selbstverständlich an die Pflegenden, an die Ärztinnen und Ärzte, aber auch an die Polizisten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern, die diese wichtige Arbeit der Kontaktnachverfolgung leisten. Ein Dank auch an alle anderen, die ich jetzt vielleicht vergessen habe, an alle, die in dieser Pandemie ganz besonders betroffen sind. Unser Appell an die Gesamtbevölkerung: Es kommt auf jeden Einzelnen an! - Bleiben Sie gesund.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Vor nicht allzu langer Zeit hat die Bundeskanzlerin die Zahl von 19.000 Neuinfektionen pro Tag in den Raum gestellt. Nicht wenige im Land waren darüber erschrocken. Auch nicht wenige im Land haben gesagt: Na, jetzt übertreibt sie aber! - Sie hat gesagt, es sei durchaus möglich, dass diese Zahl, wenn wir jetzt nicht noch einmal zusätzliche Maßnahmen ergreifen und uns im Übrigen an das halten, was wir schon auf den Weg gebracht haben, zu Weihnachten erreicht würde. Nun, es hat nicht bis Weihnachten gedauert. Bereits vor wenigen Tagen haben wir die Zahl von 19.000 Neuinfektionen pro

(Ministerin Rehlinger)

Tag erreicht. Das ist nur eine der Zahlen, die uns verdeutlichen, dass wir in einer Lage sind, bei der wir nicht länger zuschauen dürfen, dass wir in einer Lage sind, angesichts der wir nicht sagen dürfen, das werde schon irgendwie gutgehen. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass wir uns ein bisschen auf dem ausruhen dürfen, was wir beschlossen haben, was aber vielleicht gar nicht umgesetzt wird.

Wir sind vielmehr, meine Damen und Herren, hinsichtlich des Infektionsgeschehens in einer besorgniserregenden Lage, sowohl in Deutschland insgesamt als auch bei uns im Saarland im Besonderen. Daraus darf nicht ein Abwarten resultieren, daraus muss konkretes und konsequentes Handeln derjenigen, die Verantwortung tragen, folgen, aber auch all derjenigen, die wir auf diesem Weg mitzunehmen versuchen, nämlich der Saarländerinnen und Saarländer. Das ist die Antwort auf die Herausforderung, die sich uns in diesen Stunden und Tagen stellt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall der Regierungsfractionen.)

Allein zu sagen, was man unter einem solchen konkreten und konsequenten Handeln versteht, das reicht nicht aus. Es genügt auch nicht, das mit mehr oder weniger Überzeugung in eine Rechtsverordnung geschrieben zu haben. Voraussetzung ist vielmehr, dass das, was nun an Maßnahmen auf den Weg gebracht wurde, auf die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Dafür müssen wir werben. Wir müssen das erklären. Vielleicht müssen wir dabei auch auf offenkundige oder auch weniger offenkundige Widersprüchlichkeiten eingehen und verdeutlichen, warum das in dieser Weise und nicht in anderer Weise entschieden wurde.

Und ja, wir müssen als Regierung auch in diesem Haus um Vertrauen bitten. Ich hoffe, dass das geschehen kann im Sinne einer gemeinsamen politischen Kraft all derjenigen, die in diesem Land Verantwortung tragen, an welcher Stelle auch immer. Das bezieht sich nicht nur auf die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, sondern gilt für alle Parlamentarier, die ja mit einer Aufgabe ins Parlament gewählt worden sind, also auch für die Opposition. Wir müssen uns, ich will das noch einmal sagen, so positionieren, dass wir um Vertrauen bitten. Wir bitten um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger dafür, dass wir gerechte Sachwalter sind und mit einem Blick in die Zukunft - leider nicht immer mit einem so weit in die Zukunft reichenden Blick, wie wir das gerne hätten - das Erforderliche unternehmen, um vor allem auch sehr viele Menschen hinsichtlich ihrer Gesundheit zu schützen.

Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, um Vertrauen werben, aber eben auch um Gemeinsinn. In diesem Fall meint Gemeinsinn tatsächlich auch das Gegenteil von Eigensinn. Das meint, dass man, auch wenn man es gerade für sich als

Einschränkung empfindet, auch wenn man die Auffassung vielleicht gar nicht zu 100 Prozent teilt, doch die Überlegung hat: Nun gut, wenn es eine Chance gibt, damit zu helfen, das Infektionsgeschehen einzudämmen, wenn sich damit eine Chance bietet, dass andere nicht erkranken, weil ich mich an eine Regel halte, dann mache ich diese Regel zur Grundlage auch meines eigenen Verhaltens. Insofern kommt von uns die Bitte um Vertrauen und der Appell an den Gemeinsinn, das treibt uns in diesen Tagen um, jenseits aller von uns auf den Weg gebrachten Verordnungen.

Ja, wir haben im Frühjahr gedacht, wirklich radikale Maßnahmen auf den Weg gebracht zu haben. Die Maßnahmen waren ja auch radikal. Und wir hatten gehofft, dass das ausreichen würde. Immer wieder wurde davon gesprochen, dass im Herbst eine zweite Welle kommen könnte. Vielleicht hatten wir alle ja auch ein wenig das Gefühl: Möglicherweise haben wir ja Glück und die zweite Welle bleibt aus. Über den Sommer wähten wir uns in Sicherheit, und allen, die das mit der zweiten Welle immer mal wieder fallenließen, haben wir zwar zugehört, aber doch gedacht, das Ganze ginge doch vielleicht an uns vorbei. Das tut es aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, augenscheinlich nicht! Wir lernen jetzt auch, dass der Umgang mit dieser Pandemie kein Sprint ist, sondern ein Marathon, bei dem es darauf ankommt, Kampfwillen zu zeigen, auch Verzicht zu üben und das einzubringen, wodurch man mehr als üblich gefordert wird.

Jetzt ist die Zeit zu handeln, auch wenn das wehtut. Es ist die Zeit, an den Stellen, bei denen wir das am ehesten verantworten können, den Verzicht einzufordern. Im Lichte dessen haben die Länderchefs und die Kanzlerin am vergangenen Mittwoch zusammengesessen und miteinander die Leitlinien besprochen. Anders als bei vorangegangenen Treffen ist man aus dieser Zusammenkunft mit einem sehr geschlossenen Bild an die Öffentlichkeit gegangen. Das ist, so glaube ich, auch für Zweifler in der Republik ein Signal, das von diesem Treffen ausgeht, ein Signal, dessen Wirkung man gar nicht hoch genug einschätzen kann: Wenn 16 Länderchefs und die von ihnen vertretenen Landesregierungen und die Kanzlerin diese Zeichen der Zeit so klar erkannt haben, dass sie sich alle selbst disziplinieren, auch angesichts ihrer teilweise differenzierenden Ansichten in diesen Fragen, ist das ein Signal auch an die Bevölkerung in unserem Land. Ein solches Signal der Geschlossenheit geht auch von dieser saarländischen Landesregierung an die Adresse der Saarländerinnen und Saarländer aus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Zahlen steigen, obwohl wir ja schon einige Maßnahmen auf den Weg gebracht haben und sicherlich auch schon die Debatte im Vorfeld dieses Treffens

(Ministerin Rehlinger)

dazu geführt hat, dass der eine oder andere seine Verhaltensweisen angepasst hat. Die Zahlen werden auch noch weiter ansteigen, denn wir wissen ja mittlerweile alle, dass die Zahlen, die wir heute sehen, die uns das RKI meldet, die uns allen das Gesundheitsministerium zur Verfügung stellt, nicht das Heute abbilden, sondern das Verhalten vor 10 bis 14 Tagen. Die Maßnahmen werden also auch noch nachwirken. Das ist wichtig zu bedenken, wenn es darum gehen wird, die Entscheidung zu treffen, wie es nach diesen für einen Zeitraum von vier Wochen in Aussicht gestellten Einschränkungen, mit denen wir zu nächst einmal zu leben haben, weitergehen wird.

Ja, es wird dabei keineswegs nur auf das Infektionsgeschehen abgestellt, das ist eben schon deutlich geworden. Auch die dahinter folgenden Zahlen, die aber eben auch allesamt erst mit Wirkverzögerung in der Statistik abgebildet werden, werden eine Rolle spielen - und spielen heute schon eine Rolle. Sie haben auch am Freitag bei uns im Ministerrat eine Rolle gespielt. Wir haben ja nicht einfach nur einen Blick in irgendeine Statistik geworfen, sondern haben diejenigen befragt, die sich jeden Tag mit diesen Themenstellungen befassen: Pneumologen des Uniklinikums, die dortigen Mitarbeiter der Virologie, die dort auf der Intensivstation Tätigen. Die haben uns ohne eine dahinterstehende politische Idee berichtet, wie der Stand der Dinge ist. Sie haben uns berichtet, was zu erwarten wäre, wenn wir hier einen ungehinderten Fortgang der Entwicklung zuließen. Das, was sie uns berichtet haben, hat dazu geführt, dass wir gesagt haben: Ja, wir müssen jetzt handeln, ja, wir müssen auch harte Maßnahmen auf den Weg bringen, denn unternehmen wir nichts, wird es noch viel härter werden - für den Einzelnen, für viele in ihrer Gesundheit Betroffene. Und ich sage hier auch einmal ausdrücklich mit Blick auf die Wirtschaft: Ein ungehindertes pandemisches Geschehen bedeutet einen viel größeren Schaden für die Wirtschaft als das, was wir jetzt gemeinsam zu stemmen haben. Deshalb ist es richtig, jetzt konsequent zu handeln, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es bleibt aber auch dabei, dass es heute mehr Erklärungsbedarf als im Frühjahr gibt. Nun mag man überlegen, weshalb das im Frühjahr einfacher war. Vielleicht war der Schock größer. Vielleicht waren diejenigen, die es betrifft, noch nicht so vertraut mit der finanziellen Situation, in der sie sich befinden, und sehen sich jetzt am Ende und können kaum noch glauben, dass sie auch diesen Eingriff wirtschaftlich verkraften werden. Vielleicht hat man auch seit dem Frühjahr gelernt, was es wirklich heißt, auf bestimmte Rechte und bestimmte Freiheiten zu verzichten. Das alles trägt sicherlich dazu bei, auch die zunehmende öffentliche Debatte trägt dazu bei. Deshalb sind wir auch immer stärker in der Erklärungs-

verpflichtung, müssen darlegen, warum wir das für notwendig halten. Und ja, wir sind auch insoweit in einer Erklärungsverpflichtung, als wir darlegen müssen, was sich bewährt hat, was wir aus dem im Frühjahr Veranlassten gelernt haben, was wir besser machen können. Und ja, man muss in diesem Zusammenhang auch Fehler benennen, auch Fehler in dem Sinne, dass man heute angesichts eines besseren Kenntnis- und Wissenstandes anders entscheiden würde, als man ehemals entschieden hat.

Ich will auch darauf hinweisen, dass ich es angesichts der Tragweite und der Dimension der Entscheidungen, die wir hier zu treffen haben, als notwendig erachte, hier miteinander zu diskutieren und auch miteinander zu ringen. Ich würde sogar umgekehrt formulieren: Was wären wir denn für eine Regierung, wenn wir in diesen Fragen nicht gemeinsam um die beste Lösung streiten würden? Welches Abbild der Gesellschaft würden wir denn dann bieten? Und was wären wir denn für Entscheidungsträger in den Ministerien, wenn wir nicht, unterschiedlich akzentuiert, unsere Sichtweisen zu diesem Thema einbringen würden, bevor wir am Ende zu einem Ergebnis kommen, das wir gemeinsam vertreten können? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Grundlage unseres gemeinsamen Handelns!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das ist nichts, was man kritisieren müsste, sondern zeigt die besondere Qualität dieser Regierung, getragen von den Fraktionen in diesem Hause. Daran zeigt sich die besondere Qualität auch der Großen Koalition in dieser Zeit. Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehe ich ausdrücklich!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was wird aber inhaltlich kritisiert? Es gab irgendwelche Diskussionspunkte, die hier nun auch aufgegriffen worden sind. Ich will ergänzen: Es gab noch viel mehr Diskussionspunkte. Ich will ergänzen: Manchmal streite ich quasi mit mir selbst! Denn auch ich ringe um diese Lösungen, und es gibt eben nicht die eine richtige Antwort. Dass man aber daraus hier einen solchen Popanz macht, zeigt mir eines sehr deutlich: Von uns, von der Regierung, wurden in diesem Zusammenhang nicht allzu viele Fehler gemacht. Das würde ich als Schlussfolgerung aus dem hier eben gehörten Vortrag ableiten.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Ich will in inhaltlicher Hinsicht auf das Bild eingehen, das zu zeichnen hier eben versucht wurde. Ich halte das für gefährlich, ja, ich bin sogar ein wenig erschüttert. Einerseits wurde gesagt, es sei zu wenig unternommen worden, es sei zu langsam geschehen, das sei nicht schnell genug gewesen. Es sei auch nicht richtig reagiert worden. Rückblickend wird das so dargestellt. In die Zukunft blickend aber heißt

(Ministerin Rehlinger)

es, wir würden übertreiben. Wir würden Angst verbreiten und Panik schüren. Ich stelle fest: Ihre Sicht auf die Lage ist nicht konsistent. Was gilt denn nun? Handelt es sich um ein Problem, das man zu langsam und zu inkonsequent angeht? Oder ist das ein Problem, das wir zu groß darstellen und das man gar nicht so sehr in den Vordergrund stellen müsste? Eine dieser Sichtweisen muss man den Bürgerinnen und Bürgern als LINKE-Fraktion und als Partei DIE LINKE doch einmal als die richtige anbieten. Ich kann das bei Ihnen nicht klar erkennen, man versucht einfach, überall zu fischen. Auch diejenigen, die als Zweifler unterwegs sind, sollen von Ihnen eine Ansprache erhalten. Ich finde es durchaus richtig, auch diese Menschen anzusprechen. Man kann aber nicht sagen, die Frage, wie wir uns mit dieser Pandemie auseinandersetzen, stelle eine unangemessene Selbstbeschäftigung dar. Das ist doch keine Selbstbeschäftigung, das schulden wir vielmehr den Menschen: Wir haben alles dafür zu tun, dass sie nicht erkranken. Das ist doch keine Selbstbeschäftigung, sondern Aufgabe einer Regierung. Und diese Aufgabe nehmen wir hier wahr, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Man muss sich, so glaube ich, entscheiden, wo man stehen möchte: Stellt man sich der Verantwortung oder stellt man sich ihr nicht? Ich kann für uns sagen: Wir stellen uns dieser Verantwortung, auch wenn das Schwierigkeiten mit sich bringt. Und schwierig wird es in den kommenden Wochen und Monaten noch werden. Wir stellen uns dieser Aufgabe in einer kritischen Auseinandersetzung, da wir auch die Rechtsgüter abzuwägen haben. Natürlich muss man feststellen, dass Freiheitsrechte da sind, um das Leben auch zu retten. Man muss aber auch klar sagen, dass wir gehalten sind, Verzicht zu üben. Das ist hart, das ist es aber, was jetzt von allen gefordert ist - von uns, aber auch von den Saarländerinnen und Saarländern.

Ich frage mich natürlich auch, wie wir mit den Sorgen und Nöten umzugehen haben, denn auch das gehört dazu. Klar und eindeutig in den Maßnahmen zu sein, ist das eine. Aber zu begleiten, was daraus an Sorgen und Nöten für unsere Saarländerinnen und Saarländer entsteht, ist das andere, und auch das ist zwingend. Man sollte gar keine Kluft entstehen lassen zwischen uns, die wir Entscheidungen treffen, und den Saarländerinnen und Saarländern. Denn auch uns in der Regierung geht es doch nicht anders als den meisten im Land: Ich frage mich als Saarländerin natürlich auch, wie es mit unserer Gesellschaft weitergeht. Was macht das Virus mit uns, auch in langfristiger Perspektive, auch über den gesundheitlichen Aspekt hinausgehend? Als Mutter frage ich mich, wie es mit dem Unterricht in der Schule weitergeht. Welchen Stundenplan gibt es in der kommenden Woche? Kann der Unterricht auf-

rechterhalten werden? Was passiert, wenn wieder, was wir alle nicht wollen, das Homeschooling kommt? Als Ehefrau eines Arztes, der jeden Morgen in seine Hausarztpraxis geht, frage ich mich natürlich auch, was das alles für die Versorgung der Patientinnen und Patienten und für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsdienst bedeutet. Und ich frage mich als Freundin vieler Bekannter, die selbstständig sind, was es mit denen macht, mit dem, was sie aufgebaut haben. Was macht es mit ihren wirtschaftlichen Planungen? Mit Familienbetrieben, die seit mehr als 100 Jahren bei uns im Land bestehen? Als Wirtschaftsministerin frage ich mich natürlich auch, was konkret es bedeutet, in diesen Zeiten politische Verantwortung zu übernehmen.

Ich habe für mich entschieden, das zu tun, indem ich gesagt habe, ich will, dass es gerechter zugeht in dieser Welt, und ich will dafür sorgen, dass wir solidarisch miteinander umgehen. Aber heute müssen wir feststellen, dass der Kampf um Freiheit auch ein Kampf gegen ein Virus ist, das uns die Freiheit raubt, und solange es nicht besiegt wird, wird es auch unsere Freiheit, unsere Nähe und unseren Zusammenhalt unablässig bedrohen. Insofern ist es nicht das Auspielen von Werten, sondern es ist das Zusammenbringen von Werten in unserer Gesellschaft.

Auf diesem Weg muss man schwierige Entscheidungen treffen, viele davon sind eben angesprochen worden, aber man muss auch eine Richtschnur haben. Diesmal ist es sehr deutlich geworden, indem man gesagt hat, wir wollen nicht wieder die gesamte Wirtschaft lahmlegen, sondern nur einzelne Bereiche, dort, wo man einen besonderen Freizeitbezug herstellt. Ob das im einzelnen Abgrenzungsfall immer so gut gelungen ist, das ist sicherlich nicht immer eindeutig zu beantworten.

Wichtig und eindeutig beantwortet ist aber die Frage, dass wir nicht unmittelbar direkt in einem der ersten Schritte Schulen und Kitas in diesem Land schließen wollen, weil wir die Lehren aus den Maßnahmen des Frühjahrs gezogen und gesagt haben, das hat doch mehr Schleifspuren hinterlassen in unserer Gesellschaft, bei unseren Kindern, bei den Eltern. Die Tatsache, dass die Schulen und Kitas offenbleiben, ist wichtig für die Bildungschancen hier in unserem Land, für die Kinder, und wir wollen alles dafür tun, dass wir am Ende nicht über eine Generation Corona sprechen müssen, weder bei denjenigen, die jetzt in die Schule oder Kita gehen, noch bei denen, die im Ausbildungsverhältnis stehen. Das hat eine überragende Bedeutung für uns und wir müssen uns besonders verantworten. Das ist eine der zentralen Schwerpunktsetzungen, die ich voll und ganz teile und wo ich sage, wir müssen alles dafür tun, dass wir an dieser Idee möglichst lange, am

(Ministerin Rehlinger)

besten bis zum Ende dieser Pandemie, festhalten können.

Wenn es auf dieser Wegstrecke notwendig ist, dafür die Sicherheitskonzepte in den Schulen, in den Einrichtungen immer wieder nachzuzustieren, auch im Sinne der Verhältnismäßigkeit, nicht mit dem strengsten Mittel anzufangen, aber immer noch einmal nachzulegen, dann ist das notwendig und dann werden wir das tun. So haben wir das gemeinsam in der Ministerratssitzung, in der Vorbereitung dessen, was das Bildungsministerium dazu neuerlich noch einmal auf den Weg bringen will, besprochen.

Das ist auch ein wichtiges Signal an die Lehrerinnen und Lehrer, wenn es um den Schutz ihrer eigenen Gesundheit geht, an die Erzieherinnen und Erzieher, auch an diejenigen, die in den Heimeinrichtungen für behinderte Menschen arbeiten, aber eben auch an die Eltern und an die Kinder in diesem Land: Bildung und Bildungschancen sind für uns ein hohes Gut, die Gesundheit genauso, und wir bringen sie an dieser Stelle zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und wenn man sich schweren Herzens dazu durchringt, weil es sicherlich nicht das Mittel der Wahl ist, im Unterricht Masken zu tragen, dann werden eben auch Masken getragen. Und wenn man dazu neue Lehrerstellen schaffen oder befristete Einstellungsverhältnisse auf den Weg bringen muss, damit der Stundenplan nicht völlig auseinanderfranst, dann werden wir auch das tun.

Ich habe am Wochenende erlebt, wie engagierte Lehrerinnen und Lehrer, wie die Schulleitung bemüht ist, auf die Corona-Fälle einzugehen und zu schauen, dass sie nicht nur die Schulen offenlassen, sondern dass sie vor allem auch dafür sorgen, dass ein möglichst regelgerechter Unterricht stattfinden kann, so wie man das über das Wochenende hochengagiert auch hinbekommen hat. Aber je mehr Lehrer in Quarantäne müssen, desto schwieriger wird es, das in diesem Maße aufrechtzuerhalten. Deshalb brauchen wir dort ein Aufstocken der Lehrerreserve und insofern ist das ein richtiger Vorstoß der Bildungsministerin, einer, der die Unterstützung des Kabinetts findet und in die Umsetzung kommen wird. Es ist aber auch ein richtiges Signal, dass wir nicht nur sagen, was wir wollen, sondern dass wir auch sagen, wie wir daran arbeiten, dass es auch tatsächlich eintritt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Gesundheitsministerin sagen, die hier fokussiert viel Verantwortung in den letzten Wochen und Monaten mit ihrem Staatssekretär zu tragen hat, genauso aber auch ein herzliches Dankeschön - fokussiert auf einen Einzelbereich, nämlich den der Bildung - an die Ministerin Christine Streichert-Clivot und ihren Staatssekretär. Ich finde, unter

diesem Druck immer die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist nicht einfach. Jeder hat eine neue Idee, jeden Tag aufs Neue und jeder nur für ein Einzelinteresse, aber als Ministerin hat man das Gesamtinteresse zu wahren. Ich finde, sie macht das gut und deshalb ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden lernen müssen, für längere Zeit mit Corona zu leben. Wie lange, das kann man heute sicherlich nicht sagen, mindestens aber mit den Auswirkungen werden wir noch viel länger leben müssen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass aus dem „Wir müssen mit Corona leben lernen!“ nicht wird, dass wir unser Leben Corona überlassen. Deshalb geht es auch um die eigene Souveränität in diesem Korsett und wie wir das organisiert bekommen und wie wir Leben schützen können.

Es ist eben schon darauf hingewiesen worden, dass nicht nur die Fragen der Infektion eine Rolle spielen, sondern eben auch die Belegungszahlen, die Intensivbetten. Ich will insofern noch einen weiteren Gedanken anfügen, denn auch das ist uns ja eindrücklich geschildert worden, auch da wäre der Blick in die bloße Statistik viel zu kurz gesprungen: Es geht nicht nur um die Anzahl der gemeldeten Betten, es geht nicht nur um die Anzahl der Beatmungsgeräte, die zur Verfügung stehen, sondern es geht tatsächlich um die Anzahl von Fachkräften, die uns zur Verfügung stehen und sich nicht selbst womöglich in Quarantäne befinden, die in der Lage sind, diese schwierige Arbeit an einem Intensivbett zu erledigen.

Deshalb müssen wir unsere Entscheidungen nicht nach der Frage, wie viele Betten herumstehen, ausrichten, sondern exakt danach, wie viel Pflegepersonal wir in diesem Land haben, das diese Aufgaben wahrnehmen muss, plus die Frage, wie viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wir im öffentlichen Gesundheitsdienst haben, um die Kontaktnachverfolgung zu organisieren und dem ein konsequentes Quarantäneregime folgen zu lassen. Ich halte es nach wie vor für ein extrem wichtiges Steuerungsinstrument, das uns bisweilen auch von anderen europäischen Ländern unterscheidet und uns deshalb vielleicht noch einmal einen zeitlichen Vorsprung gegeben hat. Wir sollten es nicht aus der Hand geben, sondern gemeinsam überlegen, wie wir an der Stelle den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken können.

Wir dürfen den Blick natürlich nicht nur auf die Gesundheit lenken, auch wenn das die Hauptmotivation für unsere Entscheidungen ist, sondern eben auch auf die Bekämpfung der Folgen all unserer Maßnahmen. Da sind etwas in Abkehr der übrigen Beschlusslagen durch die Ministerpräsidenten diesmal nicht nur Entscheidungen getroffen worden, was eingeschränkt wird, sondern auch, was wie kompetent

(Ministerin Rehlinger)

siert wird. Das halte ich für ganz maßgeblich für das Zustandekommen dieses Beschlusses auf der einen Seite, aber eben auch für die Akzeptanz der Maßnahmen.

Bis zu 75 Prozent des entsprechenden Monats des Vorjahres, in dem Fall November, ist das, was als plakativste Zahl im Raum steht. Jetzt gilt es, das konkret auszugestalten. Jetzt geht es darum, dass man sagt, was „bis zu 75 Prozent“ heißt. Da bin ich vollkommen bei all denjenigen, die das mit ange-mahnt haben und ich funke quasi auf allen Kanälen in dieser Frage, wir funken gemeinsam auf all diesen Kanälen, um zu sagen, das sind Punkte, die klar sein müssen. Es sind aber auch Punkte, die schnell klar sein müssen, denn viele haben ihre Reserven schon im Frühjahr aufgebraucht und haben nicht die Zeit, einen Monat und mehr darauf zu warten, bis das erste Geld als Kompensation auf dem Konto eingeht. Deshalb müssen Maßnahmen und Entschädigungen zeitnah miteinander abgewickelt werden.

Ich glaube, dass es wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass wir diese Entscheidungen nicht einfach so treffen, nach dem Motto: Pandemieschutz über alles, um den Rest kümmern wir uns irgendwie nachher noch einmal. Das ist mitnichten der Fall. Dafür kennen wir diese Schicksale, die damit einhergehen, viel zu gut und viel zu genau, und zwar in jeglicher Größenordnung, von großen Betrieben bis hin zu Soloselbstständigen. Dafür habe ich in den letzten Wochen mit zu vielen aus der Wirtschaft zusammengesessen, telefoniert, SMS geschrieben, Videokonferenzen abgehalten. Unternehmerfamilien, die mit Tränen in den Augen dasitzen, weil sie eigentlich auf das Ende ihrer über 100-jährigen Familiengeschichte blicken und fragen, was sie jetzt noch tun sollen.

Sie haben nichts falsch gemacht. Sie sind nur in einer Branche, die in einem übergroßen Maß betroffen ist. Ich finde, da ist es unsere Pflicht - genauso wie es unsere Pflicht ist, dafür zu sorgen, dass wir die Menschen in Gesundheit und im Leben schützen -, auch dafür zu sorgen, dass nicht das Kapital von vielen Unternehmen, egal ob groß oder klein, in diesem Land unnütz vernichtet wird. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie nicht in die Insolvenz gehen, dass wir ihnen nicht nur unter die Arme greifen, sondern dass wir sie stützen, denn wir wollen aus dieser Krise irgendwann auch wieder heraus. Wir wollen das mit den Unternehmern, wir wollen das mit den Beschäftigten tun, und deshalb kann man nicht nur mit großen Zahlen in Berlin jonglieren, sondern man muss auch sagen, wer wann davon was abbekommt. Das ist die Forderung! Wir unterstützen alle, wir gehen selbst voran, aber wir wollen auch, dass geliefert wird, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der SPD.)

In einigen Bereichen steht das noch aus. Spätestens da muss nachgeliefert werden, aber gerade mit Blick auf die November-Maßnahmen bedarf es hier einer zügigen Abwicklung. Es bedarf auch deshalb einer zügigen Abwicklung, weil wir miteinander vereinbart haben, dass wir als Land noch einmal mitreingehen, insbesondere dort, wo der Bund Lücken lässt, Stichwort Unternehmerlohn, Soloselbstständige und andere Branchen, die ganz besonders betroffen sind, Veranstaltungswirtschaft, Reisebranche und alle, die dazugehören.

Wir haben miteinander vereinbart, dass wir dafür auch noch einmal zusätzliches Geld in die Hand nehmen, zusätzliche Stützungsmaßnahmen auf den Weg bringen, aber zusätzlich zu was, meine sehr verehrten Damen und Herren? Deshalb ist es auch für uns dringend notwendig zu wissen, was der Bund macht. Wenn ich sage, ich will die Lücke schließen, dann muss ich auch wissen, wo die Lücke ist! Nur dann können wir vernünftig handeln, weil wir ansonsten doppelte Arbeit und unnötige Bürokratie machen und die Menschen in diesem Land verwirren. Das ist nicht das, was sie brauchen, sie brauchen Klarheit. Wir machen eine klare Aussage, wir helfen und wir unterstützen, aber wir brauchen auch die notwendigen Botschaften aus Berlin!

(Beifall von der SPD.)

Ich will vielleicht gegen Ende noch einmal das Bild des Marathons bemühen, denn eines ist deutlich geworden: Es liegt nicht nur die Strecke des Novembers vor uns, sondern auch die Frage nach dem Danach und die Frage, auf welchem Niveau sich die Maßnahmen dann einzupendeln haben. Weniger als das, was jetzt auf den Weg gebracht worden ist, aber wie viel weniger? Das ist die entscheidende Frage, denn der Grat, auf dem wir hier gehen, ist ein mehr als schmaler Grat.

Wenn man das an dieser am Anfang noch bedeutenderen Zahl des Reproduktionsfaktors einmal festmachen will: Ich habe aus den letzten Gesprächen mitgenommen, dass wir zwischen 0,9 und 1,1 einen schmalen Grat haben. Wenn wir danebentreten, haben wir einen kaum mehr rückholbaren Feldversuch. Insofern müssen die Maßnahmen sauber gesteuert sein.

Die Juristen sprechen von verhältnismäßig, ein Begriff, den wir jetzt alle gelernt haben, was übersetzt bedeutet: erforderlich, geeignet, angemessen, verhältnismäßig im engeren Sinne. Das ist immer wieder aufs Neue zu überprüfen, denn in jeder Situation kann eine Maßnahme auch unter diesen Prüfungskriterien anders zu beurteilen sein, auch das gehört zur Geschichte mit dazu.

Ich für meinen Teil glaube, wenn wir es hinbekommen, sauber zu kommunizieren, die Menschen auf diesem Weg mitzunehmen und zu erklären, wo wir jetzt stehen, was wir vorhaben und wo wir damit hin-

(Ministerin Rehlinger)

wollen, dass es uns dann gelingt, an Verantwortungsbewusstsein, aber eben auch an Disziplin zu appellieren. Wenn wir mit Vernunft und einem realistischen Blick auf die Notwendigkeiten vorgehen, wird es uns gelingen, diese Welle zu brechen, bestenfalls ein Maßnahmenniveau zu finden, das eine weitere Welle gar nicht erst anschwellen lässt.

Ich glaube, dass wir den Zeitpunkt erreichen, ab dem wir mit einer klugen Impfstrategie endlich ein wirksames medizinisches Instrument in Händen halten. Denn das ist ein wesentlicher Unterschied dieser Pandemie zu allen anderen beschriebenen, heute auch schon genannten Krankheiten: COVID-19 ist mehr als nur ein übler Schnupfen, es ist mehr als nur eine Grippe, denn wir haben bis heute weder einen Impfstoff noch ein wirklich wirksames Instrument medizinischer Art dagegen. Deswegen darf man es nicht verharmlosen, sondern muss wissen, was es mit den Menschen macht.

Ich glaube aber, dass es uns gelingen kann, wenn die Saarländerinnen und Saarländer mitmachen. Das ist meine herzliche Bitte, das ist mein dringender Appell: Jeder Einzelne, jede Einzelne kann mit dem Einhalten der Regeln und mit dem, was er oder sie sich selbst noch ein bisschen mehr abverlangt, sich und auch seine Lieben schützen und einen Beitrag dazu leisten, dass wir diese Pandemie in den Griff bekommen, dass wir Leben schützen und die Wirtschaft nicht unnötig beeinträchtigen. Das ist mein Appell, das ist meine Bitte, und ich würde mich freuen, wenn uns möglichst viele auch aus diesem Haus auf diesem Weg unterstützen würden! - Glück auf!

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie sagen, wir brauchen den demokratischen Dialog auch zwischen Kritikern und Befürwortern Ihrer Politik. Aus diesem Grunde werden Sie auf diese Kritiker zugehen. An dieser Stelle erlaube ich mir dann die Frage: Was ist Ihre Vorstellung von demokratischem Dialog mit Ihren Kritikern?

Sie haben nun zum wiederholten Male auf dem Verordnungswege größtmögliche Einschränkungen von Grundrechten und von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben durchgepeitscht, ohne dass die Legislative daran auch nur im Geringsten beteiligt war. Daran kann auch nicht das COVID-19-Maßnahmengesetz etwas ändern, ganz im Gegenteil. Wenn

dort in § 2 steht, „Dieses Gesetz ermächtigt die Landesregierung (...)“, dann weckt diese Wortwahl in diesem Zusammenhang bei mir erhebliches Unwohlsein. Die Beteiligung des Landtages beschränkt sich gemäß diesem Gesetz zum einen auf eine unverzügliche Information über Rechtsverordnungen und auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen, was an sich schon eine Selbstverständlichkeit und Grundvoraussetzung für die Kontrollaufgaben des Parlamentes ist.

Zum Zweiten kann der Landtag eine Rechtsverordnung jederzeit durch Gesetz aufheben. Dieser an sich lobenswerte Ansatz wird aber sofort wieder konterkariert und zunichtegemacht, da im folgenden § 4 die größten Grundrechtseinschränkungen mittels einer Rechtsverordnung auf 14 Tage begrenzt werden, was einerseits ein Gesetzgebungsverfahren im Landtag rein zeitlich schon praktisch unmöglich macht und andererseits den Erlass einer weiteren Rechtsverordnung mit ebendiesen Grundrechtseinschränkungen nicht verhindert.

Zurück zur Frage, was Ihre Vorstellung von demokratischem Dialog mit Kritikern ist. Im August hatte ich Ihnen an dieser Stelle die Frage gestellt, wie viele der im Saarland in Zusammenhang mit dem neuartigen Coronavirus Verstorbenen an dem Virus und wie viele mit dem Virus verstorben waren. Diese zunächst einmal rein sachliche Frage, die immer wieder Gegenstand von Diskussionen unter Medizinern ist, haben Sie aus meiner Sicht völlig zutreffend beantwortet mit der Aussage, dass zur Beantwortung dieser Frage letztlich nur die Obduktion der Verstorbenen zuverlässig Auskunft geben kann.

Diese Antwort und die nachfolgenden Erläuterungen Ihrerseits entsprechen durchaus auch meinen Vorstellungen eines demokratischen Dialogs. Was jedoch ganz und gar nicht diesen Vorstellungen entspricht, ist Ihre nachfolgende Diskreditierung der Fragestellung als zynisch und menschenverachtend. Ich empfand das als arrogant. Wenn das Ihre Vorstellung eines demokratischen Dialogs mit Kritikern ist, dann ist dieser Dialog wertlos. Er ist weiterhin wertlos, wenn er wie jetzt zum wiederholten Male im Nachgang auf gravierende Maßnahmen erfolgt, die die Grundrechte der Saarländer und das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben erheblich einschränken. Die Debatte muss vorher geführt werden, und zwar zuallererst hier im Parlament und nicht nur nachher an irgendwelchen runden Tischen.

Im Mittelpunkt dieser Debatte muss die Frage stehen ob die Maßnahmen verhältnismäßig sind, das heißt geeignet, erforderlich und angemessen. Und diese Frage kann angesichts des existenzbedrohenden Herunterfahrens ganzer Branchen und der halbgaren Begründung nach dem Motto: „Wir wissen ja bei 75 Prozent der Infizierten gar nicht, wo sie sich angesteckt haben“ nicht guten Gewissens mit Ja beantwortet werden. Im Übrigen, wenn diese Zahl

(Abg. Hecker (fraktionslos))

stimmt, wozu dann noch die massenhaften PCR-Tests?

Nun wird weiterhin der Katalog der Einschränkungen mit einer drohenden Überlastung des Gesundheitswesens begründet. Auch hier ist schwer zu erkennen, wie das begründet werden kann; jedenfalls ist das nicht transparent nachvollziehbar. Wir hatten am 09. April den Höchststand von intensivmedizinisch behandelten Corona-Patienten mit 71 von damals 649 verfügbaren Intensivbetten. Das entsprach knapp 11 Prozent der verfügbaren Betten. Bis Ende August waren sogar 728 Intensivbetten verfügbar, aktuellere Zahlen liegen mir nicht vor, sie werden in den täglichen Lageberichten der Gesundheitsministerin auch nicht veröffentlicht. Warum eigentlich nicht, Frau Ministerin? Wir hatten laut Lagebericht gestern 33 mit Corona-Patienten belegte Intensivbetten, sind also noch ein Stück von den Höchstzahlen des April entfernt. Und ja, es gibt Anzeichen, dass die Zahlen aus dem April in den nächsten Wochen übertroffen werden. Um aber beurteilen zu können, ob eine Belegung der Intensivbetten von bald vielleicht 20 oder 30 Prozent statt 11 Prozent wie im April zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen kann, fehlen uns schlicht und einfach die Daten! Warum, Frau Ministerin, geben Sie in Ihren täglichen Lageberichten nicht endlich auch die Gesamtzahl der verfügbaren Intensiv- und Beatmungsbetten an und auch die Gesamtzahl der belegten Betten und eben nicht nur die mit Corona-Patienten belegten? Denn ohne solche Referenzwerte sind Ihre Zahlen wenig aussagefähig. Das hatten wir im August hier schon diskutiert, ohne dass bis heute diese Zahlen in Ihren täglichen Berichten auftauchen.

Wir hatten im Saarland auf dem Höhepunkt der Grippewelle 2018 in KW 10 415 Todesfälle, in KW 15 dieses Jahres auf dem Höhepunkt der Corona-Welle hatten wir 313 Todesfälle im Saarland, also mehr als 25 Prozent weniger als 2018. Bereits Anfang März haben die Vertreter des Gesundheitsministeriums im Innenausschuss berichtet, dass unser System im April 2018 an der Grenze der Belastbarkeit gewesen ist. Damals gab es keine Kanzlerrunden, keine Lockdowns, keine Grundrechtseinschränkungen. Warum eigentlich nicht?

Fazit: Ja, es gibt Anzeichen einer erheblichen Belastung unseres Gesundheitssystems in den kommenden Wochen. Ob die Maßnahmen des Herunterfahrens ganzer Branchen wie Gastronomie, Kultur und so weiter und auch des Amateursports in einer Krise, die gemäß Wirtschaftsminister Altmaier jetzt bereits die schwerste der Nachkriegszeit ist, geeignet, erforderlich und angemessen sind, darf und muss bezweifelt werden.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Hecker, Ihre Redezeit ist schon zu Ende.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Ich komme zum Ende. - Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass gerade in diesen Bereichen die Maßnahmen gravierendere Schäden verursachen als das Virus selbst. - Ein Satz noch. - Ein Dialog ist oft sinnvoll, Herr Ministerpräsident, und Sie haben gesagt, Sie sind daran interessiert. Es gibt jedoch Voraussetzungen für einen solchen Dialog.

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet. - Abg. Hecker (fraktionslos) fährt ohne Mikrofon fort: Er muss ernst gemeint und von einem Mindestmaß an Respekt geprägt sein. Diesen zu einem Zeitpunkt zu führen, wo alle Spatzen schon gefangen sind, ist Augenwischerei.)

Vizepräsidentin Ries:

Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Petra Berg von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Berg (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten sie befürchtet, wir wollten sie verhindern, jetzt trifft sie nicht nur uns im Saarland, sondern das gesamte Bundesgebiet und auch unsere europäischen Nachbarn mit voller Wucht: Die zweite Welle der COVID-19-Infektionen ist da, im Vergleich zu Frühjahr und Sommer trifft sie uns härter, das Infektionsgeschehen rückt näher an uns heran, wir erleben es alle in unserem direkten sozialen und familiären Umfeld; jeder, denke ich, kennt jemanden, der Kontaktperson ist oder gar infiziert, oder schlimmstenfalls jemanden, der daran gestorben ist. Das war vor einigen Monaten noch nicht der Fall, da schien alles noch etwas weiter weg, und viele von uns haben das Risiko einer Infektion als ein rein theoretisches Risiko gesehen.

In vielen Diskussionen wird die Frage gestellt, wer sich falsch verhalten hat, wer nicht genug Abstand gewahrt hat, wer schuld an einer Infektion ist. Das, finde ich, ist die falsche Fragestellung. Mehr denn je müssen wir zu dieser Zeit achtsam miteinander umgehen, wir müssen uns gegenseitig schützen und für die sorgen, die dieses Virus erwischt hat.

Drei Kriterien entscheiden über den Erfolg oder den Misserfolg in der Krise. Erstens ist es die Zahl der Todesopfer, die das Virus fordert, oder der infizierten Menschen. Zweitens ist es das Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden, die das Coronavirus verursacht, und drittens ist es die Stabilität des politischen Systems. Zu Beginn dieser Pandemie war die Landesregierung ermächtigt, schnell und wirksam

(Abg. Berg (SPD))

Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Menschen in unserem Land zu schützen. Und die Exekutive hat das gut gemacht mit ihren Fachressorts, mit der Verwaltungsorganisation. In den Krisenstäben wurde in dieser Lage eine erste Gefahren einschätzung abgegeben und erste Maßnahmen durch die Verordnungen eingeleitet. Diese Maßnahmen beinhalten aber seit der ersten Stunde massive Eingriffe in die elementaren Grundrechte der Menschen in diesem Land. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass diese Maßnahmen auch einer Rechtfertigungskontrolle unterzogen werden.

So viel Freiheit wie möglich und so wenig Beschränkung wie nötig - dies zu kontrollieren ist am besten möglich, wenn sich die Regierung, wie heute Morgen geschehen, durch den Ministerpräsidenten im saarländischen Landtag erklärt. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die angeordneten Maßnahmen zum Schutz unserer Bevölkerung wirken sollen, dann müssen die Saarländerrinnen und Saarländer Vertrauen in die Wirksamkeit dieser Maßnahmen haben und sie müssen die handelnden Personen für glaubwürdig halten. Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind die Schlüssel für die Wirksamkeit der Maßnahmen und zur Bekämpfung der Pandemie. Herr Lafontaine, Angst machen, nein, das ist sicherlich nicht der richtige Weg. Aber ich halte eine Verharmlosung der Risiken dieser Infektion für hochgefährlich für die Menschen in diesem Land. Man muss ehrlich gegenüber den Menschen sein und darf nicht verharmlosen, denn wir sehen tagtäglich, was die Infektion mit den Menschen macht.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Und die Corona-Maßnahmen wirken bei Bürgerinnen und Bürgern auf lange Sicht umso nachvollziehbarer und glaubwürdiger, je näher sie an die Menschen heranrücken und je weiter auch die Verantwortung in die Nähe der Bürgerinnen und Bürger verlagert wird. Deshalb muss die Entscheidung auch in das Parlament hinein, denn dort sitzen die Personen, denen die Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen geschenkt haben. Das Parlament muss die staatlichen Eingriffe in Freiheit und Eigentum für die Bürgerinnen und Bürger hinreichend legitimieren. Es muss alle wesentlichen Entscheidungen, die die grundlegenden Lebensbereiche berühren, selbst treffen.

Unsere Demokratie, und das sage ich jetzt, weil ich noch mal erklären will, warum wir diesen Gesetzentwurf heute vorlegen, ist im Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und den Gerichten verwurzelt. Die wesentliche Funktion der Gewaltenteilung ist die gegenseitige Kontrolle und Machtbegrenzung. Das ist ein großer Vorteil der Gewaltenteilung in einer funktionierenden Demokratie. Dabei spielt jede staatliche Gewalt in diesem System ihre eigene Rolle: die Regierung zu Anfang der Maßnahmen mit ihrer Einschätzungsprärogative,

das heißt, sie hat die Gefährlichkeit der Maßnahmen eingeschätzt. Die Gerichte sind in der Rechtsprechung an die bestehenden Gesetze gebunden. Und dort, wo staatliches Handeln auf Dauer keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage hat, werden Maßnahmen, darauf hat der Ministerpräsident heute Morgen schon hingewiesen, völlig zu Recht von den Gerichten infrage gestellt beziehungsweise aufgehoben. In zahlreichen Eilverfahren werden diese Fragen zur ausreichenden Ermächtigung der Regierung gestellt, mit größeren Erfolgsaussichten, je länger die Eingriffe in die Rechte der Menschen andauern und je tiefgreifender diese sind.

Es kann aber nicht Rolle der Justiz sein, durch Rechtsprechung faktisch einen gesetzlichen Rahmen vorzugeben. Das ist unsere Aufgabe, das ist die Aufgabe der Abgeordneten in diesem Landtag. Das machen wir jetzt, das ist genau der richtige Zeitpunkt. Die Landesregierung hatte ein ausreichendes Legitimationsniveau. Aber je länger die Maßnahmen andauern, je intensiver sie in die Grundrechte eingreifen, umso höher ist auch der Maßstab, den wir als Parlament anlegen. Deshalb müssen wir jetzt handeln, weil die gestern in Kraft getretenen Maßnahmen sehr tief in die Grundrechte der Menschen in diesem Land eingreifen. Wir werden deshalb hier das Für und Wider auch breit erörtern.

Diese Maßnahmen sind auch gegenüber diesem Parlament zu rechtfertigen. Wir als Abgeordnete und Vertreterinnen und Vertreter der Menschen hier im Saarland haben dann zu entscheiden, ob das Handeln der Landesregierung auch tatsächlich gerechtfertigt ist. Das tun wir und das können wir als Parlament in der größtmöglichen Öffentlichkeit und mit der größtmöglichen Transparenz. Das wird, das garantiert dieses Gesetz, in Zukunft bei allen Maßnahmen so sein. Das Parlament wird sich mit den Verordnungen, ihren Aufhebungen, ihren Änderungen und auch mit einem Neuerlass befassen und all dies in der Öffentlichkeit diskutieren.

Ich möchte noch eines klarstellen, weil ich glaube, das ist heute Morgen nicht ganz klar herausgekommen. Das heutige Gesetz erweitert nicht die Rechte des Parlamentes. Das Parlament hat seine Rechte durch die Verfassung garantiert. Mit dem heutigen Gesetz machen wir einen gesetzlichen Rahmen für zukünftige Maßnahmen, die in Verordnungen zu treffen sind, und legen auch fest, wie wir die Regierung als Parlament kontrollieren. Das ist unsere Pflicht, die uns die Verfassung vorgibt. Und genau das beinhaltet dieses Gesetz.

Die Pandemie, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellt uns vor immer größere Herausforderungen und begründet ganz persönliche Einschnitte in die Lebensführung eines jeden Einzelnen. Dabei ist die Abwägung zwischen Freiheit und Gesundheit immer ein Dilemma. Ich will drei Beispiele nennen. Es geht in allen immer um Kontaktbeschränkungen, ich glaube,

(Abg. Berg (SPD))

das ist das Mittel der Wahl, Anke Rehlingen hat das sehr, sehr deutlich gemacht: Abstände einhalten, Kontakte beschränken. Dabei sehen wir sehr wohl, dass wir dort die Menschen sehr, sehr stark einschränken und ihnen sehr viel abverlangen. Wir können ihnen heute nicht sagen, wie das Fest der Familie, wie Weihnachten in diesem Jahr für uns alle aussehen wird. Aber ich kann ihnen eines versprechen: Es wird nur die Einschränkungen geben, die absolut nötig sind, um ihre Gesundheit zu schützen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Diese Abwägung werden wir auch im Bereich der Bildung vornehmen. Christine Streichert-Clivot hat jetzt die Maskenpflichten ab Klasse 5 eingeführt, um einfach sicherzustellen, dass Schulen und Kitas weiterlaufen können, dass die Infektionen eingedämmt werden. Und sie hat da sehr wohl im Blick gehabt, dass es pädagogisch auch sehr wichtig ist für Kinder und Jugendliche, so lange wie möglich in das Gesicht ihrer Lehrerinnen und Lehrer blicken zu können, denn Kinder hängen an den Lippen ihrer Lehrerinnen und Lehrer, das können sie mit Maske nicht mehr. Deshalb war es das letzte Mittel, zu dem jetzt gegriffen werden musste, das war jetzt richtig für den Monat November. Ich finde auch, das macht unsere Bildungsministerin richtig gut.

Ich möchte am Schluss noch auf die beiden Anträge der Oppositionsfractionen kommen. Ich möchte nur eine Frage stellen. Wir haben einen Gesetzentwurf, der von den Fractionen hier geeint eingebracht worden ist, der den gesetzlichen Rahmen schafft, der sagt, unter welchen Voraussetzungen die in der Verordnung getroffenen Maßnahmen legitimiert sind. Dann kommen zwei Anträge, die sagen: Ja, aber bitte hebt doch die Einschränkungen auf, die ihr gemacht habt im Freizeitbereich, in der Gastronomie, im Sport. - Haben Sie sich das nicht überlegt, bevor Sie dieses Gesetz mit beschlossen haben? Was bleibt denn am Ende, wenn wir nicht diese Dinge im Freizeitbereich einschränken? Was bleibt denn dann? Wie können wir dann die Pandemie bekämpfen, deren Risiken Sie ja auch nicht leugnen, Herr Lafontaine. Sollen wir etwa die Kontakte in der Familie weiter beschränken? Sollen wir die Kreise noch kleiner machen, in denen Familien und Freunde zusammenkommen können? Oder sollen wir gar eine endgültige Schließung der Schulen und Kitas beschließen? Sollen wir das tun? Ich sage Nein, das ist nicht der richtige Weg, das ist auch für meine Fraction nicht der richtige Weg. Wir möchten den größtmöglichen Schutz der Gesundheit der Menschen in diesem Land garantieren bei so wenig Einschränkungen wie möglich. Dass das funktioniert, es wurde schon gesagt, ist auch in die Verantwortung des Einzelnen gestellt, davon wird es abhängen, ob diese Maßnahmen funktionieren. Das eigene Tun bestimmt letztlich, ob wir diese Krise gut bewältigen.

Aber ich sage gleichzeitig, wir müssen auch dazu beitragen, dass diejenigen, die für uns alle jetzt an vorderster Front kämpfen, in den Krankenhäusern, bei der Polizei, in den Pflegeeinrichtungen, bei den Rettungsdiensten und in den Schulen und Kitas, nicht noch mehr belastet werden. Wir, die Saarländerinnen und Saarländer, haben den Kampf gegen das Virus in der ersten Welle gewonnen, weil wir zusammengehalten haben. Und wir gewinnen diesen Kampf auch jetzt in der zweiten Welle, wenn wir zusammenhalten, gemeinsam, stark und solidarisch. - Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat danach der Abgeordnete Rudolf Müller von der AfD-Fraction.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu den Versäumnissen, die seit Frühjahr passiert sind, hat Herr Lafontaine vorhin ausführlich gesprochen, ich kann das nur unterstreichen. Zu ergänzen wäre vielleicht noch, dass der Ministerpräsident nach seinen eigenen Worten schon zum Jahreswechsel gewusst hat, was kommen wird. Vor dem Hintergrund ist allerdings wirklich sehr wenig getan worden!

Die Debatte, die wir heute führen, wäre in einer richtig funktionierenden Demokratie schon vor längerer Zeit geführt worden, eventuell auch noch am Samstag oder Sonntag, jedenfalls nach der Ministerratsentscheidung vorige Woche und vor dem Eintreten dieses sogenannten Lockdowns. Die Entscheidung, die dann über die Einschränkung oder Nicht-Einschränkung von nichts weniger als Grundrechten gefallen wäre, wäre direkt durch die Volksvertreter gefallen und von ihnen zu verantworten und nicht durch ein Gremium - Ministerpräsidenten und Kanzlerin -, das es in unserer Verfassung überhaupt nicht gibt.

In der Debatte wäre dann zum Beispiel erwähnt worden, dass von März bis Oktober in Deutschland etwa 650.000 Menschen gestorben sind, die meisten an Krankheiten, die mit dem Alter einhergehen. Bei knapp 11.000 dieser Verstorbenen hieß es, sie seien mit oder an COVID-19 gestorben, und ihr Durchschnittsalter lag bei etwa 80 Jahren, also in der Nähe des Durchschnittsalters, das wir Heutigen erreichen, und zwar mit und ohne Corona. Der Median liegt sogar bei 82 Jahren, es waren also viele dabei, die mehr als 90 oder sogar 100 Jahre erreicht haben. Aber es sterben ja leider auch Tausende von Menschen im Straßenverkehr, ohne dass man auf die Idee käme, den Straßenverkehr abzustellen.

Ein weiteres Beispiel zum Vergleich: Nach Einschätzung des RKI gibt es in Deutschland jährlich circa

(Abg. Müller (AfD))

10.000 bis 20.000 Todesfälle durch Krankenhauskeime, die trotz aller Hygienemaßnahmen leider passieren. Von den 40.000 Toten durch Lungenentzündungen wird auch kaum geredet. Herr Lafontaine hat es vorhin kurz erwähnt.

Um vom Saarland zu sprechen: Seit Mitte März sind ungefähr 8.000 Saarländer gestorben, ebenfalls meistens an den typischen Krankheiten, die im Alter auftreten. Die 197 Menschen, die mit oder an Corona gestorben sind, hatten auch ein Durchschnittsalter von 80 Jahren. Sie hatten in aller Regel erhebliche sonstige Vorerkrankungen, was wohl leider die Hauptursache war. Um es noch einmal zu sagen: Natürlich wünscht man jedem und jeder ein langes, erfülltes und gesundes Leben. Das ewige Leben ist uns aber nicht gegeben, jedenfalls nicht im Diesseits.

Es hat sich also erwiesen, dass diese Infektion, diese Krankheit vor allem für alte Menschen mit Vorerkrankungen gefährlich werden kann. Was muss also die Konsequenz sein? - Die Konsequenz muss sein, dass diese Altersgruppe entweder selbst besonders vorsichtig sein muss oder dass sie von Angehörigen oder in Alters- und Pflegeheimen besonders geschützt werden muss. Alle anderen sollten sich an die AHA-Regeln halten. Das tun sie ja auch, die Leute sind jedenfalls sehr diszipliniert.

Den besonders gefährdeten Alten nutzt es aber nichts, dass wesentliche Teile der Wirtschaft mit einem Lockdown überzogen werden. Es nutzt ihnen nichts, wenn alle möglichen Freizeiteinrichtungen geschlossen werden. Es nutzt nichts, wenn wesentliche Teile des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens stillgelegt werden. Da trifft es besonders diejenigen, die alles Erdenkliche und Vorgeschiedene getan haben. Restaurants, Kneipen, Hotels, Theater, Musiker und Fitnessstudios, Kosmetikstudios und andere haben viel investiert, um Infektionen in ihrem Bereich zu vermeiden. Es gibt auch keine Belege dafür, dass seit dem Frühjahr diese Bereiche Schwerpunkte von Infektion waren. Trotzdem sollen sie jetzt für die steigenden Infektionszahlen verantwortlich sein und für einen Monat schließen.

Neben den ganz erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen muss man damit rechnen, dass sich insbesondere junge Leute nicht einsperren und nicht aussperren lassen. Viele werden sich privat treffen, ohne weitere Hygienemaßnahmen, ohne Abstand, ohne Dokumentation und Nachverfolgung. Dass die Zahlen der schweren und behandlungsbedürftigen Fälle in jedem Fall steigen, sagen Fachleute. Für Ende November, Anfang Dezember werden volle oder überfüllte Krankenhäuser erwartet und die Auslastung aller verfügbaren Intensivbetten und der dazugehörigen Pflegekräfte. Wie gesagt, mit und ohne Lockdown wird das von Fachleuten jetzt erwartet. Die Reaktion von Merkel und den Ministerpräsidenten sieht so aus, dass sie für die Bilder, die man

dann sehen wird, nicht verantwortlich sein wollen und deshalb jetzt die Schließung veranlassen. Dann hat man ja etwas getan.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Müller, Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. Müller (AfD):

Ja, noch ganz kurz. - Wenn es dann kommt, wie es sowieso kommt, dann sind die Leute eben selbst verantwortlich. Ich kürze etwas ab: Wir sind gegen diesen Lockdown, wie er gekommen ist.

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet. - Abg. Müller (AfD) fährt ohne Mikrofon fort: Risikogruppen schützen, Wirtschaft und gesellschaftliches Leben retten, Freiheitsrechte bewahren! Dafür steht die AfD! Egal, ob Sie mir den Saft abdrehen oder nicht, das muss gesagt werden! - Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Jeder hat hier eine festgelegte Redezeit. Ich habe sie Ihnen sogar schon ein bisschen verlängert. Eigentlich ist es einen Ordnungsruf wert, wenn Sie einfach weitermachen. - Das Wort hat Hermann Scharf von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es noch einmal sehr eindringlich betonen: Es kommt auf jeden Einzelnen an! Diese Pandemie macht vor niemandem halt. Vielleicht ist das das Gerechte. Es trifft Reiche, es hat sogar den amerikanischen Präsidenten getroffen, es trifft vor allem aber in ganz harter Art und Weise die Ärmsten der Armen. Diesen Ärmsten der Armen, ob es kranke, alte oder behinderte Menschen sind, ihnen gehört unsere besondere Solidarität. Dass wir diese Anstrengungen unternehmen und von vielen Menschen Unendliches abverlangen, hat damit zu tun, dass wir vor allem diese Gruppen schützen wollen. Daher noch einmal die Bitte und Aufforderung an jeden Einzelnen: Halten wir die Regel, die wir uns gegeben haben, bitte, bitte ein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich betone nochmals: Unser Gesundheitssystem mit all seinen Schwächen ist trotzdem eines der besten der Welt. Wir haben es in unserem Land mit großer Mühe geschafft, dass wir mit unseren 23 Krankenhäusern aktuell 718 einsatzfähige Betten in der Intensivmedizin vorhalten können, dass wir 512 Betten mit Beatmungsmöglichkeiten haben. Ich will die Zahlen nennen: Aktuell sind knapp 50 Prozent der Intensivbetten belegt, bei den Beatmungsplätzen sind es

(Abg. Scharf (CDU))

über 26. Ich möchte uns eine Zahl in Erinnerung rufen: Von den 20.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Krankenhäusern sind aktuell 1.000 nicht einsatzfähig. 1.000 sind nicht einsatzfähig! Es werden jeden Tag mehr, weil diese Menschen sich in keiner Art und Weise schonen. Deswegen wiederhole ich: Wir verlangen den Menschen im Moment einiges ab, dies aber mit dem Ziel, dass wir eben nicht die Bilder vor uns haben, die wir aus Italien kennen. Es muss unser Bestreben sein, dass wir unser Gesundheitssystem und vor allen Dingen diejenigen, die dort arbeiten, jetzt stärken, damit sie dieses gesamte Thema weiter regeln können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir brauchen hierzu dringend - diese Forderung richte ich an den Bund - die Freihalteprämie beziehungsweise die Vorauszahlung, damit wir am Ende des Jahres im Budgetplan spitz abrechnen können. Das ist ganz wichtig. Damit helfen wir auch den 23 Krankenhäusern in unserem Land. Ein weiterer wichtiger Player, das haben wir heute schon mehrmals gehört, sind unsere Gesundheitsämter. Ich möchte allen, die in unseren Gesundheitsämtern eine ganz hervorragende Arbeit leisten, ein herzliches Wort des Dankes aussprechen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir sind alle mit vielen im Gespräch. Diese Menschen machen einen Job, der wirklich nicht hoch genug einzuschätzen ist. Ich finde es auch ganz toll, das will ich heute noch einmal herausarbeiten, dass es in unserem Land innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, 100 Bundeswehrsoldaten in allen Gebietskörperschaften einzusetzen. Auch an die Frauen und Männer unserer Bundeswehr ein herzliches Wort des Dankes. Auch das ist eine tolle Leistung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es wird in den Gesundheitsämtern aber immer schwieriger, weil wir immer mehr infizierte Menschen haben. Meine Damen und Herren, die Testkapazitäten sind nicht unendlich. Wir haben zwar dank des Pooling-Roboters am UKS die Kapazitäten deutlich erhöhen können, wir haben unsere fünf Labore im Saarland zu 100 Prozent ausgelastet und sind natürlich auch sehr dankbar, was ich ebenfalls darstellen will, dass wir uns verschiedener Labore außerhalb des Saarlandes bedienen können. Es ist hervorragend im föderativen System, dass nicht nur in die eigene Richtung gedacht wird, sondern Solidarität ein Stück weit gelebt wird. Auch dafür ein Dankeschön.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden aber weitere Menschen brauchen. Deswegen will ich heute klar und deutlich sagen: Viele Ehrenamtliche bringen sich dort ein. Auch das ist nicht hoch genug einzuschätzen. Diese Ehrenamtlichen haben gesagt, dass sie nicht zu Hause herumsitzen wollen, sondern sich für andere engagieren

wollen. Denn die Kontaktnachverfolgung, wenn wir sie immer noch schaffen, ist eines der besten Mittel, damit wir früh genug agieren können. Dann können wir die Menschen in Kenntnis setzen, dass sie sich womöglich infiziert haben.

Ich will einen weiteren wichtigen Punkt nennen. Ja, Herr Lafontaine, wir haben in unserer Pflege auch Schwächen. Das will ich nicht kleinreden, aber ich habe mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den letzten Monaten trotz Corona sehr viel Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime und Behindertenheime besucht. Ich bin meiner lieben Freundin Monika Bachmann unendlich dankbar. Das Thema Pflege ist durch sie zum Megathema in diesem Land geworden. Monika, dafür hast du keine Schelte verdient, sondern unsere Anerkennung und unseren aufrichtigen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will ein paar Beispiele dafür nennen, was wir alles getan haben. Wir haben den Pflegepakt Saarland von A wie Arbeitskammer bis V wie Verdi. Wir haben Werbekampagnen für den Pflegeberuf, wir haben die jährliche Durchführung des Tags der Pflege. Ich bin sehr stolz, dass wir zusammen die generalistische Ausbildung geschaffen haben. Wir haben die zweijährige Ausbildung zum Pflegeassistenten hinbekommen. Im Haushalt stehen für die Jahre 2021 und 2022 hierfür über 12 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine tolle Sache, denn damit können wir Menschen in die Pflege bringen, die die generalistische Ausbildung nicht direkt schaffen, sondern eben den Einstieg. Das ist wichtig. Wir brauchen in der Pflege Menschen mit Herz. Diese gewinnen wir dadurch. Wir haben die Praxisanleitung neu geregelt, wir haben es mit der Bundesagentur für Arbeit geschafft, dass an Winterberg und UKS eine Kooperation mit Mexiko stattfinden kann. Ich betone, dass die Menschen, die aus Mexiko hierherkommen, den Tariflohn erhalten. Wir beuten sie nicht aus. Wir sind uns das insgesamt schuldig, denn wir wollen mit diesen Menschen solidarisch umgehen. Wir haben es mit dem Bundesgesundheitsministerium geschafft, die DeFa, die Deutsche Fachkräfteagentur einzurichten. Wir konnten viele Menschen gewinnen. In Quierschied unterstützen wir die Fachberufe für Pflege. Auch dort haben wir einige Dinge wunderbar hinbekommen. Im Krankenhausplan ist es uns zusammen mit den Krankenkassen gelungen, die Ausbildungsplatzkapazitäten um 25 Prozent zu erhöhen.

Natürlich könnte man noch mehr tun, natürlich ist es unendlich wichtig, dass wir uns dem Thema Digitalisierung in der Pflege stellen. Deswegen steht auch hier noch einmal 1 Million Euro zur Verfügung. Ich kann aber nur sagen: Wir schaffen es nur, junge Frauen und Männer für den Pflegeberuf zu gewinnen, wenn wir den Beruf nicht schlechtreden. Ich appelliere heute an viele Menschen, die sich jetzt Gedanken machen, in welche Ausbildung sie gehen:

(Abg. Scharf (CDU))

Liebe junge Menschen, überlegt, ob ihr nicht in den Bereich der Pflege gehen wollt. Es macht unendliche Freude, kranken, behinderten und alten Menschen nahe zu sein. Ich erlebe es in meiner Lebenshilfe-Einrichtung jeden Tag, wo sich junge Menschen einbringen. Sie tun dem Gesamtbild unendlich gut. Sie bringen neue Ideen ein, sie tragen mit ihren bunten Haaren auch zur Buntheit bei. Ich glaube, auch hier müssen wir deutlich machen: Ihr jungen Leute, engagiert euch in diesem Berufsfeld, es macht Freude!

Die Tarifverhandlungen im TVöD sind doch gelungen. Ich will nur eine Summe nennen: Ein Intensivkrankenpfleger erhält nach der Neugestaltung des Tarifvertrages, wenn er im Schichtdienst tätig ist, knapp 500 Euro im Monat mehr. Da sage ich: Tarifpartner, das habt ihr Klasse gemacht! Diese Menschen haben es mehr als verdient.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will zum Schluss kommen. Diese Regierung und die sie tragenden beiden Fraktionen sind nicht der Gesangverein Harmonie. Wir streiten schon, aber das ist doch das Salz in der demokratischen Suppe. Dieser Streit hat nämlich das Ziel, dass wir diese Pandemie gut überstehen. Wir verlangen den Menschen im Moment unendlich viel ab, aber wir können auch sagen: Nur wenn wir diesen Weg gehen und wenn wir ihn gemeinsam gehen, können wir erfolgreich sein. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung und die Große Koalition haben in den letzten Monaten einen sehr guten Job gemacht bei der Bekämpfung der Pandemie. Herr Kollege Lafontaine, heute streiten wir nicht darüber, wer irgendetwas falsch gemacht hat, sondern wir diskutieren darüber, wie wir diesen erfolgreichen Weg gemeinsam in den nächsten Monaten fortführen können. Wir tun dies nicht, damit sich der eine oder andere profilieren kann, sondern weil wir in Verantwortung stehen für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und weil wir versuchen, gemeinsam das Bestmögliche umzusetzen. Das ist unsere feste Überzeugung.

(Beifall von der SPD.)

Ich will eine kurze Bemerkung zum Thema Stärkung der Parlamente machen. Ich bin sehr froh, dass wir heute diese Debatte führen. Ich wäre froher gewe-

sen, sie hätte vor einigen Tagen stattgefunden. Deshalb will ich für die Beratungen zum vorliegenden Gesetzentwurf anmerken, dass sowohl die Frage wichtig ist, was das Parlament zu tun hat, als auch die Frage, wann es eingeschaltet wird. Deshalb wünsche ich mir für das vorliegende Gesetz, dass das Parlament in Zukunft möglichst vor Entscheidungen der Regierung die Möglichkeit hat, sich einzubringen und die Planungen, die es dort gibt, auch zu kennen.

Für mich sind heute zwei Dinge als Botschaft aus dieser Debatte wichtig. Das eine ist Folgendes: Ich fürchte wirklich um den sozialen Zusammenhalt in diesem Land, wenn ich sehe, in welcher Weise die Bürgerinnen und Bürger miteinander nicht nur über den richtigen Weg streiten, sondern sich in schlimmer Art und Weise beschimpfen. Dafür haben wir als Politik eine Verantwortung, nämlich in der Frage, wie wir über diese Pandemie reden. Deshalb will ich einen Gedanken einbringen, der dabei sehr wichtig ist: Jawohl, wir müssen darauf hinweisen, dass es auf den Einzelnen ankommt. Ohne das verantwortungsbewusste Verhalten des Einzelnen, ohne dass sich alle an die Regeln halten, geht es nicht. Wir müssen aber auch ehrlich sagen, das alleine wird nicht reichen. Es ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung, um mit der Pandemie zurechtzukommen. Je mehr wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger einschränken, desto mehr sind wir als Staat auch in der Pflicht, alles zu tun, was der Staat tun kann.

Ein Drittes gehört ebenfalls dazu: Eine Pandemie ist eine Pandemie. Sie lässt sich nur in gewissen Grenzen steuern und bekämpfen, ansonsten ist es ein Naturereignis. Es liegt leider in der Natur der Sache, dass sie zu Krankheiten und Opfern führt, an denen niemand schuld ist. Lasst uns deshalb die Bürgerinnen und Bürger an ihre Verantwortung erinnern, aber wir sollten sie nicht gegeneinander treiben, denn niemand, der krank ist, ist schuld.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein letztes Wort: Dort, wo wir als Staat Verantwortung tragen, sind die Gesundheitsämter unser schärfstes Schwert. Sie machen einen tollen Job, aber sie brauchen jetzt in besonderer Weise unsere Unterstützung, damit es gelingt, viel zu testen, schnell zu informieren, schnell in Quarantäne zu bringen und die Menschen schnell zu schützen. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen in den nächsten Wochen und Monaten funktionsfähige Gesundheitsämter. Dafür brauchen die Gesundheitsämter mehr Personal, dazu können wir einen Beitrag leisten. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Die nächste Rednerin ist der Abgeordnete Dagmar Heib von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heib (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist von vielen Rednern deutlich gemacht worden, welche Verantwortung jeder Einzelne von uns in der Corona-Pandemie und in deren Bekämpfung trägt und was jeder Einzelne tun kann und muss. Ich möchte mich in den nächsten Minuten darauf konzentrieren, was wir als Parlamentarier uns mit dem Gesetzentwurf aufgeben, den wir heute in Erster Lesung im Parlament besprechen.

Wir beschreiben in der Drucksache das Ziel, die Infektionsdynamik des Coronavirus zu verringern, die Zahl der schweren und tödlichen Verläufe zu minimieren und jedem Infizierten in unserem Gesundheitswesen die bestmögliche Behandlung weiterhin zu ermöglichen. Das ist unser Ziel. Es ist beschrieben worden, in welcher Situation wir uns und weite Teile Europas sich derzeit befinden. Wir beobachten die sogenannte zweite Welle. Ich brauche dazu keine weiteren Ausführungen zu machen, denke ich. Das heißt, dass seit Monaten von allen Abstandsregeln und Hygieneregeln eingehalten sowie die Mund-Nasen-Bedeckungen getragen werden müssen. Dazu gehören auch darüberhinausgehende und tiefgreifende Grundrechtseingriffe.

Man muss keine Prophetin oder kein Prophet sein, um zu sagen, dass diese Eingriffe uns in unserem Alltag in der kommenden Zeit auch weiterhin bestimmen werden. Ich glaube, Ministerin Rehlinger hat einen sehr guten Hinweis gegeben: Es geht darum, dass wir uns von der Pandemie nicht bestimmen lassen dürfen. Deswegen denke ich, dass es gut ist, dass wir handeln. Wie gesagt, ich brauche keine Prophetin zu sein, um zu sagen, dass es uns noch lange beschäftigen wird, bevor ein Impfstoff oder Heilmittel gefunden ist. Heute wird sich nicht sagen lassen, wann das Ende der Pandemie sein wird. Diese Einschränkungen sind in der derzeitigen Rechtsverordnung, die auf der Rechtsgrundlage von § 28 und § 32 Infektionsschutzgesetz erlassen wurde, dargestellt. Die Rechtsverordnung ist über das Infektionsschutzgesetz legitimiert. Dort gibt es eine Ermächtigungsverordnung für die Landesregierung. Deshalb finde ich persönlich, dass es nicht notwendig war, dass der Landtag heute einen Beschluss oder eine Bestätigung der Rechtsverordnung auf den Weg bringt.

(Vereinzelter Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Sie gilt und fußt auf geltendem Recht. Sie ist aufgrund von geltendem Recht in Kraft getreten.

(Vereinzelter Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir alle kennen die Diskussionen der letzten Wochen und Monaten, wir führen sie selbst mit. Die Fraktionen haben schon seit Wochen Gesetzentwürfe erarbeitet.

Der Landtagspräsident hat den Verfassungsgerichtshof angesprochen. Der Gerichtshof hat uns seinen Beschluss mit auf den Weg gegeben. Ich möchte aus diesem Beschluss drei Stellen zitieren, weil ich denke, dass es für die Zuhörerinnen und Zuhörer wichtig ist, was der Verfassungsgerichtshof dazu festgestellt hat. Zunächst möchte ich nennen, was er zum Vorbehalt des Gesetzes ausgeführt hat: „(...) im Hinblick auf Rechtsstaatsprinzip und Demokratiegebot“ hat der Gesetzgeber „in grundlegenden normativen Bereichen alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen“ und darf sie „nicht dem Handeln und der Entscheidungsmacht der Exekutive überlassen (...)“. - Des Weiteren hat er ausgeführt: Ein parlamentarisches Gesetz gewährleistet „die Debatte von Für und Wider vor dem Forum der Öffentlichkeit und damit ein wesentliches Element der repräsentativen Demokratie“. - An der Stelle ist auch wichtig, darauf zu verweisen, dass er auch festgestellt hat: „Daher mag in einer Notsituation, in der kurzfristiges Handeln einer Regierung zwingend erscheint, die Verordnung auf der Grundlage einer hinreichend bestimmten Ermächtigung ein notwendiges und wichtiges Instrument der Staatsleitung sein. Je länger grundrechtliche Belastungen von Bürgerinnen und Bürgern indessen andauern, desto wichtiger wird es indessen, die Regelung ihrer Grundlagen und Gesetze dem ohnehin organisch verantwortlichen parlamentarischen Gesetzgeber zu überlassen.“ - Entscheidend ist hier die Zeit als Faktor, deshalb machen wir das jetzt an der richtigen Stelle. Man hätte es vielleicht ein paar Wochen früher machen können, wenn wir in der Diskussion so weit gewesen wären. Ich denke, es ist gut, dass wir heute diesen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Er ist die Antwort auf unsere Verpflichtung als Gesetzgeber, tätig zu werden und diese Einschränkungen auf Gesetzesgrundlage zu stellen.

Ich bin auch dankbar - und das möchte ich ausdrücklich sagen -, dass dieser gemeinsame Gesetzentwurf auf den Weg gebracht wurde. Ich bin dem Landtagspräsidenten Stephan Toscani dankbar, dass er die Projektgruppe geleitet hat. Ich bin auch allen Fraktionsvorsitzenden dankbar, die sich dort konstruktiv eingebracht haben, diskutiert haben und uns den Gesetzentwurf als gute Diskussionsgrundlage geben. Wir als saarländischer Landtag, also als Gesetzgeber, werden die wesentlichen Grundrechtseingriffe und den Grundrechtsschutz nach transparenter Debatte und verantwortungsvollen Abwägung

(Abg. Heib (CDU))

gen regeln. Es wird eine öffentliche Anhörung geben. Auch über Plenardebatten hinaus wird damit die Öffentlichkeit an den Beratungen zu dem Gesetzentwurf teilnehmen können. Unsere Anhörungen sind öffentlich, das ist so festgeschrieben. Ich denke, das ist ein wichtiger Beitrag zur Transparenz und um letztendlich Vertrauen zu gewinnen, Zustimmung zu erhalten und eine größtmögliche Akzeptanz in dem Gesetzgebungsprozess zu erhalten.

Ich freue mich auf diese Anhörung und denke, dass wir ein besonderes Augenmerk auf die Diskussion legen sollten. Ich persönlich möchte zwei Anmerkungen dazu machen, wo wir hinschauen müssen. Wir haben in Absatz 1 des § 2 Anwendungsbereich und allgemeine Bestimmungen vier Regelungsbereiche definiert. Ich kann mir vorstellen, dass es auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes durchaus noch Bereiche gibt, die ebenfalls mit einer Verordnung behandelt werden müssten. Wir sollten sie nicht ausschließen. Deshalb sollten wir eine Öffnung machen, sodass es nach wie vor möglich ist. Niemand will das notwendige Handeln der Regierung beschränken oder sogar verhindern. Das ist ein Punkt, den wir ansprechen müssen.

Wir hatten eine Anhörung zum Gesetz zur Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie, das wir nächste Woche in Zweiter Lesung beraten werden. Es gab eine umfassende Anhörung. In der Anhörung ist zum Beispiel auch darauf hingewiesen worden, dass COVID-19 als Begriff die Erkrankung selbst bedeutet. Es gibt also Symptome und man ist krank. Wenn wir von SARS-CoV-2 reden, ist nur der Virus gemeint. Wir sollten im Gesetz vielleicht noch einmal genau kontrollieren, ob wir die Begrifflichkeiten dort alle richtig stehen haben. Vor dem Inkrafttreten müssen wir das aufnehmen.

Vielleicht noch ein weiterer Hinweis. Es ist angesprochen worden, dass wir im Paragrafen 3 die Beteiligung des Landtages haben. Dort werde ich im Rahmen der Anhörung vorschlagen, dass wir das auf § 2 Abs. 1 abstellen. Wenn wir dies tun, können wir aufgrund des Infektionsschutzgesetzes auch andere Verordnungen vorlegen lassen. Ich denke, das wäre ein schlüssiges Handeln. Das können Punkte sein, die wir dann noch gemeinsam diskutieren.

Ich möchte an der Stelle ganz ausdrücklich der Landesregierung für ihr entschiedenes, besonnenes und verantwortungsvolles Handeln danken, das in den vergangenen Monaten gezeigt wurde. Es zeigt, dass es einen vernünftigen und verantwortungsvollen Umgang mit einer Ermächtigungsgrundlage gibt, die das Infektionsschutzgesetz hergibt. Die Landesregierung wird nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, nur weil wir in ein Gesetzgebungsverfahren eintreten und ein Gesetz machen. Liebe Landesregierung, ihr seid weiter in eurem Job drin! Das Wichtige ist, dass wir in dieser Gesetzgebung die Unterstützung des Landtages bei dieser schwierigen Aufgabe

sehen, die weiterhin besteht. Das vorliegende Gesetz schafft eine konkrete gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für besonders eingriffsintensive Regelungen mit konkreten Regelungsbereichen und konkreten Regelungsmaßnahmen. Das ist uns nach Art. 80 Abs. 4 GG genauso möglich. Ich denke, das vorgelegte Gesetz dient der parlamentarischen Stärkung der Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das ist unser Ziel. Heute Morgen ist auch gesagt worden - und das findet sich auch in der Drucksache wieder -, dass das demokratische Legitimationsniveau der Verordnung durch die gesetzliche Grundlage erhöht wird. Insbesondere wird die Verhältnismäßigkeit der Regelung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in besonderer Weise betont. Das ist eine wichtige Voraussetzung.

Wir sind weiterhin in einem Prozess - auch das ist in den Redebeiträgen deutlich geworden. Mein Fraktionsvorsitzender Alexander Funk hat es angeführt. Es gibt auf Bundesebene Diskussionen. Wir werden auch diese Diskussionen im Blick behalten. Wenn es dort zu entscheidenden Gesetzgebungsverfahren kommt, werden wir das entsprechend zu berücksichtigen haben. Ich denke, wir bestreiten heute einen guten Weg. Wir als Gesetzgeber werden heute tätig. Es ist ein Weg - die Kollegin Petra Berg hat das auch angesprochen -, der elementarer Bestandteil unserer Demokratie ist, und zwar das Prinzip der Gewaltenteilung, die gegenseitige Kontrolle und die Machtbegrenzung für jeden Einzelnen.

Ich will am Schluss meiner Ausführungen nicht pathetisch klingen, aber meines Erachtens ist ganz deutlich beschrieben worden, welchen Stellenwert unsere Demokratie hat und wie wichtig es ist, für unsere Demokratie einzustehen und für sie zu streiten, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt beizubehalten. Ich denke, wir sind dazu bereit, ich rufe aber auch alle dazu auf, die die Gesellschaft bilden. An alle Zuhörer und Zuschauer richte ich meine Bitte: Machen Sie mit! Es gilt, unsere Demokratie zu unterstützen und zu erhalten. Wir wollen für sie streiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich kurzfassen. Zunächst einmal wurde von Frau Heib der gesamten Landesregierung gedankt. Mir hat man schon vorgeworfen, dass ich mich diesem Dank nicht immer anschließe.

(Sprechen.)

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Mir ist aufgefallen, dass der Landesregierung in den letzten Jahren so viel gedankt worden ist, wie ich das in den letzten 50 Jahren meiner Parlamentsarbeit noch nicht erlebt habe.

(Heiterkeit. - Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und der AfD.)

Mir ist schon mal ein Lapsus passiert. Beim Frühstück wollte ich saarländische Landesregierung sagen, habe aber saarländische „Danke-Regierung“ gesagt. Ich wurde dann darauf aufmerksam gemacht, dass ich mich versprochen hätte. Also danke ich auch. Ich danke Ihnen, Herr Kollege Commerçon, dafür, dass Sie auch gesagt haben, dass es besser gewesen wäre, den Landtag vorher zu befragen. Im Namen meiner Fraktion danke ich Ihnen, dass Sie das auch so sehen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Dann gab es zwei Argumente. Der Kollege Funk hat gesagt, dass man die Angst nicht so ansprechen könnte, wie ich es getan habe, und hat Hannah Arendt zitiert. Das ist schon etwas anderes, da muss man differenzieren, Herr Kollege Funk. Wenn man über die Straße rennt, muss man Angst haben, dass ein Auto kommt und man überfahren wird. Wenn man nicht schwimmen kann, sollte man nicht in tiefes Wasser springen. Diese Angst rettet uns das Leben. Ich wollte Ihnen mitteilen, dass es zulasten der Gesundheit geht, wenn Menschen, insbesondere ältere Menschen, ständig in Angst sind. Mehr wollte ich gar nicht sagen. Es gibt umfangreiche Bücher und Untersuchungen dazu.

Weiterhin haben Sie sich beschwert, dass ich gesagt habe, dass Sie zu sehr auf die Infektionszahlen starren. Sie müssen doch aber sehen, dass das Kriterium, nach dem Sie arbeiten, eine Infektionszahl ist. Es ist die Zahl 50. Ich habe dafür plädiert, eine Art Ampel einzuführen, und habe sogar noch einen Punkt hinzugefügt, nämlich die Todeszahlen, die mich und viele andere beschäftigen.

Wenn Sie mit älteren Leuten reden, sagen viele: „Oh Gott, es sind schon fast 200 Menschen gestorben!“ Wie viele Leute im Saarland sterben, wissen die meisten nicht. Ich habe Journalisten und Kollegen gefragt. Sie wissen das nicht. Wenn man aber diese Zahl kennt, kann man das irgendwie einordnen. Wir haben 13.555 im Jahr 2019 gehabt. Deswegen habe ich aus demselben Grund gesagt, dass man mit Daten umgehen können muss. Atemwegserkrankungen haben bei 851 Saarländern im Jahr zum Tode geführt. Dann relativiert sich die Zahl 211. Damit will ich gar nichts verharmlosen, weil das öfter so gesagt worden ist. Ich möchte einfach nur, dass die Menschen die Möglichkeit haben, die Dinge richtig einzuordnen. Aus diesem Grund habe ich die Zahl von circa 40.000 Toten genannt. Da könnte man sagen: Wieso sagen Sie dazu nichts? Warum wird nicht jeden Tag darüber berichtet? Warum wird nicht immer

gesagt, was gemacht wird, um diese Krankheit einzudämmen? - Das muss man doch beantworten können.

Es ist völlig klar, dass man gegen die Ausbreitung dieses Virus kämpfen muss. Völlig klar ist auch, dass es nicht harmlos ist. Die Todesrate ist hinreichend untersucht, endgültige Zahlen haben wir immer noch nicht. Wir sollten auf der anderen Seite auch sehen, dass wir bei all unseren Maßnahmen, die Zahlen richtig einordnen. Deshalb habe ich Ihnen eine ganze Reihe von Zahlen genannt. Das gilt auch für die Pflege. Allgemeine Zahlen nützen da nichts.

Selbstverständlich erkennen wir die Arbeit des Pflegepersonals an. Ich bin der Erste, der sagt: „Donnerwetter! Was sie leisten, ist enorm.“ Als ich Ministerpräsident war, habe ich das in einem Altersheim gesehen. Die Pflege von demenzkranken Menschen hat mich dort zutiefst beeindruckt. Ich habe das in frühen Landtagssitzungen auch mal gesagt. Es nützt aber nichts, wenn ich lese, dass die Ärzte sagen, dass wir genug Betten haben, aber nicht genug Pfleger. Warum hat man das verdammt noch mal nicht früher gesehen? - Wir wollen der „Danke-Regierung“ nicht über Gebühr zusetzen. Wir wollen Sie auf Fehler aufmerksam machen mit dem Ziel, dass Sie die Arbeit verbessern.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Parlament und diese Landesregierung gehen einen gemeinsamen und guten Weg. Wir setzen auf den Schutz der Bevölkerung, wir setzen auf Prävention, wir setzen auf Kontaktnachverfolgung. Wir testen und bereiten das Impfen vor. Wir monitoren die Betten und Versorgungskapazitäten, wir sichern Liquidität der Krankenhäuser, wir unterstützen und verbessern die Arbeitsbedingungen in der Pflege. Deshalb konnte ich, sehr geehrter Herr Lafontaine, über Ihren letzten Beitrag vielleicht als einzige nicht lachen. Ich lasse mir diese gute Debatte heute Morgen nicht durch Ihren Beitrag ins Lächerliche ziehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage Ihnen, wofür ich mich bedanke. Wir von der Landesregierung haben unsere Arbeit hier zu leisten. Es ist gut, dass unser Ministerpräsident und seine Stellvertreterin dieses Kabinetts jeden Tag auffordern, alles nur Mögliche zu tun. Das zu tun, das ist

(Ministerin Bachmann)

auch die Aufgabe des Parlaments. Ich bedanke mich aber vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern - die das mitmachen, die zu einem großen Anteil den Verordnungen Folge leisten. War man zum Beispiel am Wochenende zu Allerheiligen auf dem Friedhof, konnte man sehen, dass es keine Gräbersegnung gab. Man konnte sehen, dass vielerorts jeder Einzelne seinen Mundschutz getragen hat. Die Bürger folgen uns also. Sie folgen uns bei dem, was wir veranlassen. Dafür haben wir alle, die wir hier sitzen, ein herzliches Dankeschön zu sagen!

(Beifall von der CDU.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil es im Moment eben überhaupt nicht lustig ist, haben wir auch den Krisenstab wieder hochgefahren, unter Leitung meines Staatssekretärs. Wir haben ein Infektionsmonitoring aufgebaut. Meine Damen und Herren, wir haben jeden Tag über die Hotline so viele Anrufe, dass wir sie schon gar nicht mehr zählen können. Es sind tausende Anrufe. Allein in meinem Haus sind in den zurückliegenden Monaten 50.000 Anrufe eingegangen. Das sind keine Anrufe, mit denen mir gesagt würde: Ach, Frau Ministerin, Sie sind aber eine nette Frau! - Oder: Sie arbeiten aber gut! - Nein, es rufen Menschen an, die Sorgen haben. Diese Menschen haben Ängste. Sie fragen, was sie tun sollen und wie sie sich selbst schützen können - und damit auch ihre Liebsten.

Angesichts dessen war es gut, dass wir sehr früh, schon im März, begonnen haben, uns auf diese Herausforderung einzustellen. Wir haben Angebote geprüft und Schutzkleidung, Masken, Beatmungsgeräte beschafft. Wir haben die Sauerstoffversorgung in den Versorgungszentren gewährleistet, damit, sollte es schlimm kommen, die Bilder, die immer wieder angesprochen werden, bei uns nicht zu sehen sein werden. Gott sei Dank haben wir die Versorgungszentren bis heute nicht gebraucht. Wir haben den Schaumberger Hof als Quarantänereserve eingesetzt, für den Fall, dass es wirklich schlimm käme. Wir haben die Aktivierung ärztlichen und pflegerischen Personals abgestimmt - Hermann Scharf hat es gesagt -, auch mit der Arbeitskammer und mit Verdi. Das waren nicht wir alleine, wir haben uns die Expertise abgeholt, die man in diesen Institutionen hat. Wir haben den Aufbau eines Testzentrums und die Koordinierung von Testangeboten betrieben, fünf saarländische Testlabore haben ihre Tätigkeit bis zum Anschlag hochgefahren. Wir haben die Koordinierung der Schutzmaßnahmen und Präventionskonzepte für die Einrichtungen der Altenhilfe, der Krankenhäuser, der Reha-Einrichtungen, der Kindertagesstätten, der Schulen, der Tagespflege, der Kurzzeitpflege vorgenommen. Das alles wurde gemacht. Die Erstellung der Hygienekonzepte, die Sie ja schon angesprochen haben, war äußerst wichtig.

Aktuell werden die Schutzkonzepte mit den Krankenhäusern und allen Beteiligten, die ich gerade an-

gesprochen habe, fortgeführt. Daraus resultieren jeden Tag neue Zahlen, und man kann nicht einfach sagen, dass man mit den Zahlen arbeitet, die man vielleicht vor 14 Tagen einmal gesammelt hat. Wir stellen uns tagesaktuell auf die Situation ein.

Einen Aspekt möchte ich nun noch ansprechen: den ÖGD. Er ist wichtig. Im Moment ist er, wie die Landrätinnen und Landräte, wirklich so überlastet, dass jede Hilfestellung, die wir geben können, gebraucht wird. Wir wissen darum, dass der Bund ab dem kommenden Jahr 4 Milliarden Euro einsetzen wird, um Digitalisierung und Personalisierung voranzubringen. Jetzt sind wir aber erst im November des laufenden Jahres. Angesichts dessen hat mein Kollege Klaus Bouillon gemeinsam mit meinem Haus und mit Unterstützung des gesamten Kabinetts gesagt, dass wir den Gesundheitsämtern die Chance eröffnen müssen, schnell auszuschreiben, damit wir die Leute bekommen, mit denen wir die Kontaktnachverfolgung auch wirklich leisten können. Das ist es ja, was unsere beiden Chefs, der Ministerpräsident und seine Stellvertreterin, jeden Tag aufs Neue von uns verlangen, was wir aber in vielen Ämtern schon nicht mehr leisten können. Deshalb hat Klaus Bouillon 500.000 Euro eingesetzt und gesagt: Das machen wir! - Wir werden diese Mittel nutzen, um schon jetzt, bevor im kommenden Jahr die 4 Milliarden Euro für weiteres Personal fließen werden, auf die Situation zu reagieren. Denn das ist nicht nur wichtig, das ist das Allerwichtigste.

Deshalb, Herr Lafontaine, will ich hier ein Dankeschön sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Tag für Tag in den Gesundheitsämtern arbeiten! Und das tut mancher, das will ich abschließend erwähnen, bis zu seinem letzten Atemzug. Warum reagiere ich so empfindlich, wenn die Debatte ins Lächerliche gezogen wird? Wir sind dankbar für die Amtshilfe durch unsere Bundeswehr. Auch gestern wurden, bis in den späten Abend, mit denjenigen, die uns als Angehörige der Bundeswehr zur Verfügung stehen, die Testungen durchgeführt. Einer von ihnen ist heute Nacht verstorben. Gestern noch hat er getestet, heute Nacht ist er, aus welchen gesundheitlichen Gründen auch immer, verstorben. An ihn denke ich in diesem Moment. Und auch angesichts dessen muss ich sagen: Die Menschen, die dort arbeiten, leisten wahnsinnig viel, sie gehen bis an ihre Grenzen! Deshalb, Herr Lafontaine, gilt es, auch ihnen in diesen schwierigen Zeiten Danke zu sagen.

Ich danke auch allen Saarländerinnen und Saarländern. Begleiten Sie uns bitte auch weiterhin auf diesem Weg, dem gemeinsamen Weg von Parlament und Landesregierung! - Ich danke Ihnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, zunächst über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1475, das ist das Saarländische COVID-19-Maßnahmengesetz in Erster Lesung. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen ist und in den Ausschuss überwiesen wird. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD, DIE LINKE und AfD sowie die fraktionslose Abgeordnete Enschede, dagegen gestimmt hat der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1477. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1477 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1477 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die DIE LINKE-Fraktion, die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten Enschede und Hecker, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU und SPD.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1476. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1476 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Dagegen gestimmt haben die CDU- und die SPD-Fraktion und die fraktionslose Abgeordnete Enschede, enthalten hat sich die DIE LINKE-Fraktion, zugestimmt haben die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.